

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



16. Januar 1982
Jg. 3 Nr. 2

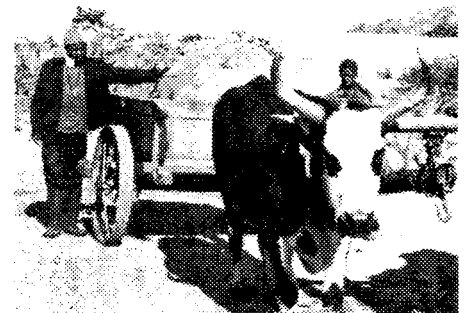
G 7756 D Preis:
2,50



Forderungen nach Reallohnsicherung würden der Situation nicht gerecht, meint der Arbeitgeberpräsident. Handelsblatt, Silvester 81



Beschäftigungsprogramm: Kann die Arbeiterbewegung den Druck und das Elend der Arbeitslosigkeit mildern, und unter welchen Bedingungen? Seite 3



Zimbabwe: Bauern wollen Land – Verfassung hemmt unabhängigen Wirtschaftsaufbau Seite 32



Reichstagsbrandprozeß: Kampf um bestehende Recht gegen das reaktionäre Bündnis Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Inhalt

Beschäftigungsprogramm: Kann die Arbeiterbewegung den Druck und das Elend der Arbeitslosigkeit mildern, und unter welchen Bedingungen? Seite 3

Einzelhandel: reales Umsatzwachstum 2 – 3%, deutlich schlechtere Lebenshaltung der Massen Seite 4

F.D.P.-Vorschlag für Lohnsenkung: „Beteiligung der Arbeitnehmer am Risikokapital“ Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Gemeinden: Die Bundes-Haushaltsbeschlüsse spannen die finanzielle Lage weiter an Seite 7

Renten: Bundesregierung erweitert Rentenbesteuerung Seite 7

Rationalisierung im Bankbereich: „In zehn Jahren redet keiner mehr von Kassierern.“ Seite 8

Ausländer: Forderungen der GEW zur Ausbildung Seite 9

Arbeitsschutzgesetz: Höchstarbeitszeit: 48 Stunden die Woche Seite 9

Lohnbewegung: Kapitalisten lassen SPD ideologisch weißbluten Seite 10

Die bürgerliche Presse zur Lohnbewegung Seite 10

U.S.A.: Einwanderer gegen Internierungslager Seite 11

EG-Mittelmeerpolitik: Ein Spinnennetz aus Assoziierungsverträgen Seite 12

BRD-Exportoffensive: Warum sollten die Lohnabhängigen für die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der BRD“ sich den Lohn senken lassen? Seite 13

Nur in wenigen Ländern ist das Recht auf Lohn-/Gehaltsfortzahlung erkämpft Seite 14

„Arbeitsteilung“ zwischen Gläubigern und Schuldern Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Bosch-Siemens-Hausgerätewerk: Keine Möglichkeit zur Rationalisierung soll ausgelassen werden Seite 19

Bosch-Malaysia: Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Kämpfe Seite 19

Sozialhilfe: Auswirkungen der Änderung des Bundessozialhilfegesetzes Seite 20

Rettungsdienst: CDU fordert Privatisierung Seite 21

Trinkwasser: Verdreckt durch Kapitalisten Seite 21

Ausländerpolitik: Stuttgart richtet Ausländerausschuß ein Seite 22

CDU Niedersachsen: Weniger Ausbildung, stärkerer Erziehungsauftrag der Schule Seite 22

SPD-Entwurf zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes in Bayern vorgelegt Seite 23

Schmücker-Prozeß: Seit über 7 Jahren in Untersuchungshaft Seite 23

Benteler: „Interessenausgleich“ vereinbart Seite 24

Teststrecke: „Flurbereinigung schnell neu anordnen“ .. Seite 24

Metall- und Bauhandwerk: Auseinandersetzung um die Anerkennung von Gesetzen und Tarifen Seite 25

Rechtsstellung der Arbeiter im Handwerk Seite 26

Stichwort: Handwerk Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

VR Polen: Wirtschafts- und Preisreform in Kraft – Lohnsenkungen sicher Seite 29

VR China: Wieder „Lernen von Daqing“? Seite 29

Japan: Militärhaushalt erhöht Seite 30

Lohnkampf Frankreich: Gewerkschaften wollen Spaltung verringern Seite 30

Großbritannien: Ford setzt „Bestrafungsklauseln“ nicht durch Seite 31

El Salvador: Militärische Erfolge der Befreiungsfront .. Seite 31

Zimbabwe: Bauern wollen Land — Verfassung hemmt unabhängigen Wirtschaftsaufbau Seite 32

SADCC: Wirtschaftliche Zusammenarbeit der freien Länder des südlichen Afrika Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Endlose Liebe: Erste Liebe überdauert Unterdrückung durch Eltern- und Staatsgewalt Seite 34

Filmbeitrag zur Hebung der Wehrkraft Seite 34

Vom Kopfgeldjäger zum Kopffjäger Seite 34

Der deutsche Treck nach Texas Seite 35

Schönhuber-Memoiren: Erinnerung an die Waffen-SS — Neue-alte Kriegsziele Seite 35

Reichstagsbrandprozeß: Kampf um bestehende Rechte gegen das reaktionäre Bündnis Seite 36

„Humanisierung des Arbeitslebens“: IG Metall enttäuscht über Erfahrung mit Aktionsprogramm Seite 37

Bericht über die Lohnstichprobe metallverarbeitende Industrie Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17) Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrich Grothus; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Kann die Arbeiterbewegung den Druck und das Elend der Arbeitslosigkeit mildern, und unter welchen Bedingungen?

Nach den Abmachungen, die der DGB Anfang Dezember mit der SPD-Bundestagsfraktion getroffen hat, wird die Bundesregierung Ende Januar, nach der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts, über ein Beschäftigungsprogramm beraten, das der DGB seit einem Dreivierteljahr verlangt.

Welche Reformerwartungen hatten sich an die Regierungsverantwortung der SPD geknüpft, welche Hoffnungen, daß den übelsten Erscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftens durch staatliche Eingriffe beizukommen wäre. Um so bitterer ist die Bilanz, die die in den Gewerkschaften tätigen Sozialdemokraten nun ihren in der Regierung tätigen Parteifreunden vorlegen und deren Hauptschwerpunkte positiv in drei Zielsetzungen des DGB-Beschäftigungsprogramms zu-

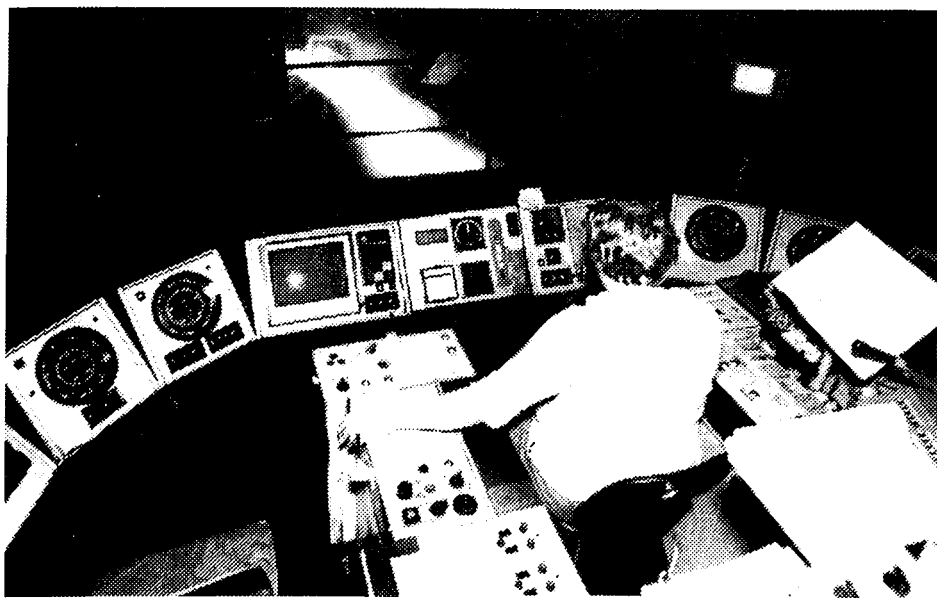
bei den Arbeitsämtern registriert, da sie ohnehin weder Arbeitslosengeld noch Arbeitsvermittlung zu erwarten haben. Im nächsten Monat soll nach den Voraussagen der Bundesanstalt für Arbeit die offizielle Arbeitslosenzahl die Zwei-Millionen-Marke überschreiten, und für die nächsten Jahre rechnen die Wirtschaftsinstitute mit einer Dauerarbeitslosigkeit von bis zu drei Millionen: eine grausame Bescheinigung für die Trostlosigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen Existenzunsicherheit und Verzweiflung zur alltäglichen Erfahrung der Arbeiterbevölkerung werden.

In krassem Widerspruch zu der ungeheuerlichen Verschwendung gesellschaftlicher Produktivkräfte, zu der Beschäftigungslosigkeit von Millionen steht die Erscheinung, daß grundlegen-

den, drückt auf die Gesundheit und ruiniert die allgemeinen Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen. Für die Schul- und Berufsausbildung ihrer Jugend fehlen allein schon ausreichende sachliche Voraussetzungen, Gebäude, Klassenräume, Ausstattungen, fehlen Lehrer, obwohl diese in großer Zahl arbeitslos sind. Selbst die durchaus zweischneidige, weil gegen Chauvinismus nicht standfeste Kritik des DGB an der Energiepolitik stellt der herrschenden Klasse ein erbärmliches Zeugnis aus, ihrer Verschwendung von Reichtümern einerseits und ihrer Unfähigkeit und ihrem Unwillen andererseits, vorhandene natürliche Ressourcen wirklich zu erschließen.

Tatsächlich handelt es sich bei den DGB-Forderungen um mehr als ein bloßes Beschäftigungsprogramm: Die in den Gewerkschaften tätigen Sozialdemokraten antworten auf die Krise der kapitalistisch organisierten Wirtschaft mit einem Reformprogramm. So fordert der DGB gegen die Unterversorgung mit Wohnungen in ausreichender Qualität v.a. die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus in Ballungsgebieten, die Fortführung besonderer Wohnungsbauprogramme, z.B. für Bergarbeiter oder Studenten, „sozial gezielte“ Wohnungsmodernisierungsprogramme, die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden u.a. durch Lärmschutzmaßnahmen und Verkehrsberuhigung. Gegen die unzureichenden Verkehrsverhältnisse u.a. den Ausbau des kommunalen öffentlichen Personennahverkehrs und die Beseitigung von Verkehrsengpässen. Gegen die Zerstörung der Umwelt den Ausbau und die Erneuerung der Entsorgungssysteme (z.B. Abfallbeseitigung) und die Sanierung der Flüsse und Seen zur besseren Trinkwasserversorgung. „Zur Verbesserung der Qualität von Bildung und beruflicher Bildung“ insbesondere den Bau und Ausbau moderner Schulen (v.a. Gesamt- und Ganztagschulen; berufliche Schulen), die Eingliederung der Kinder der ausländischen Lohnabhängigen, mehr Lehrer und kleinere Klassen.

Im Dezember hatte der DGB-Vorstand in Verhandlungen mit den Bundestagsparteien, der Bundesregierung, der Bundesbank, Kapitalistenverbänden, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Mieterbund die neue Runde zur Durchsetzung seines Forderungsprogramms eingeleitet. Die SPD-



Nach Angaben des Bundesministers für Forschung und Technologie werden in den nächsten fünf Jahren 300 000 Arbeitsplätze durch Anwendung der Elektronik wegrationalisiert.

sammengefaßt sind: „dem zu befürchtenden dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahrzehnt entgegenzuwirken“, „eine umweltfreundliche und der Devise ‚Weg vom Öl‘ entsprechende Energieversorgung der Bundesrepublik sicherzustellen und damit das durch die Ölabhängigkeit bedingte Leistungsbilanzdefizit abzubauen“ und „die Lebens- und Umweltqualität in der Bundesrepublik zu verbessern“.

Auf 1,7 Millionen ist im Dezember die Zahl der arbeitslos Gemeldeten gestiegen; rund weitere 800 000 sind arbeitslos und arbeitssuchend, aber nicht

de gesellschaftliche Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, die nur durch gesellschaftlich organisierte Arbeit zu befriedigen sind. Ist nicht die „Lebensqualität“ der Arbeiterbevölkerung und ihrer Jugend, die eine eigene Existenz gründen will, entschieden durch Wohnungsnot, durch Unterversorgung mit Wohnungen in ausreichender Qualität beeinträchtigt? Unzureichende Verkehrsverbindungen, insbesondere im öffentlichen Nahverkehr und außerhalb der großen Pendlerströme, kosten die Lohnabhängigen Zeit und Nerven. Die Zerstörung der Umwelt etwa durch die Verseuchung der Gewässer, die nicht oder nur mangelhaft saniert wer-

Einzelhandel 1981: reales Umsatzminus 2—3% deutlich schlechtere Lebenshaltung der Massen

1981 ist der reale Umsatz des gesamten Einzelhandels zwischen 2 und 3% zurückgegangen, schätzt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels.

Ein reales Umsatzminus gab es im westdeutschen Einzelhandel bisher nur 1974 mit 1,4%. Mit einem weiteren Rückgang rechnen die Einzelhandelskapitalisten für die nächsten sechs Monate, und zwar um weitere zwei Prozent des Realumsatzes. Diese Zahlen zeigen die starke und zunehmende Verschlechterung für die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Massen an.

Die Lohnabhängigen sind gezwungen, bestimmte Waren aus ihrem Verbrauch zu streichen, weniger zu kaufen und auf billigere und andere, schlechtere Waren umzusteigen. Der Lebensmittelhandel schätzt ebenfalls, daß der Rückgang des realen Umsatzes sich weiter entwickelt, für das nächste halbe Jahr wird ein reales Umsatzminus von 2% erwartet. Bei bestimmten Frischwaren würde „zunehmend auf ein günstiges Verhältnis zwischen Preis und Qualität geachtet.“ „Deutliche Verlagerung zugunsten anderer Frischwaren sind in den Bereichen hochwertiges Frischfleisch, Spirituosen sowie bei Süßwaren und Säften zu verzeichnen.“ Statt Schnitzel also Bauchfleisch, statt Apfelsinensaft also „Getränk mit 2%-Saftzusatz“. Noch weiter am Gemüse einzusparen ist nicht möglich, denn der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch beträgt in der Bundesrepublik nur 79,9 kg, gegenüber durchschnittlich 116,6 kg in der EG.

Eine deutliche Entwicklung in Richtung Aufspaltung des Marktes ist festzustellen. Die Leute kaufen die alltäglichen Waren öfter in den billigeren SB-Warenhäusern. Wenn sie hohe Anforderungen an Dauerhaftigkeit und Qualität stellen müssen, gehen sie mehr zum Fachhandel. In den „mittleren Preislagen“ wird zunehmend weniger gekauft, vor allem bei Textilien. Diese Entwicklung haben besonders die Kaufhauskonzerne zu spüren bekommen, deren Umsatz real zwischen 5 und 6% zurückging.

Am meisten mußten die Lohnabhängigen bei den langlebigen Gebrauchsgütern sparen. Lebensmittel muß man kaufen, auch wenn man gezwungen ist, in der Qualität und der Menge herunterzugehen. Der Ersatz für die alte Waschmaschine kann verschoben werden, auch wenn der

Neukauf günstiger wäre als die nochmalige Reparatur.

1980 hatten die 4-Personenhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen zu 80% einen Wagen. Hier können die Lohnabhängigen nicht oder nur mit sehr schwerwiegenden Auswirkungen streichen. Möglich ist, die Neuananschaffung zu verschieben. Von März bis Oktober 1981 ist der Verkauf von Neuwagen beständig zurückgegangen. Die Erstzulassungen gingen von Januar bis November 81 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,5% zurück. Die Verbrauchsstatistiken ausgewählter privater Haushalte zeigten schon 1980 gegenüber 1979 eine starke Senkung der Ausgaben „Neukauf von Personenkraftwagen“. Die 4-Personenhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen gaben 1980 38% weniger dafür aus. Nicht nur kauften weniger Haushalte einen Wagen, je Kauf wurde im Durchschnitt weniger aus-



Kaufhäuser 1982: Weniger Beschäftigte, beständig mehr Arbeit

gegeben, 1980 waren es 7999 DM, 1979 9644 DM. Gebrauchtwagen wurden mehr gekauft und kleinere Neuwagen.

Für den Kauf eines neuen Wagens ist meistens ein Kredit erforderlich. Wie schlecht die Finanzlage der Lohnabhängigenhaushalte geworden ist, zeigt die Entwicklung der Konsumentenkredite von Lohnabhängigen. Das Kreditvolumen nahm zwar gegenüber 1980 um 10% zu. Die Steigerung beruhte aber nur auf Verlängerung von früher aufgenommenen Krediten. Der Lohn reicht nicht, Kredit und Lebenshaltung zu zahlen.

Fraktion „stimmt überein“, aber sie hatte auch schon vorher übereingestimmt und den Forderungen dennoch, als es darauf angekommen wäre, nämlich in der Haushaltsauseinandersetzung, die Unterstützung verweigert. Der Deutsche Mieterbund und der Deutsche Städtetag sagten den Gewerkschaften Unterstützung zu, letzterer deshalb, weil der DGB sich gegen die weitere Senkung und für eine Erhöhung der Gewerbesteuer und z.T. für die Stärkung der Kommunen, die rund 70% des Beschäftigungsprogramms abwickeln würden, gegenüber dem Bund einsetzt.

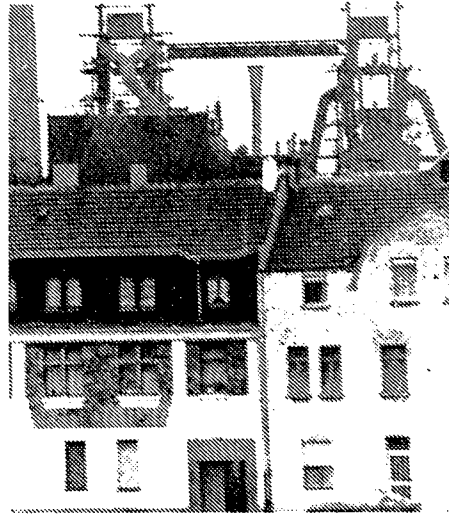
Natürlich, „Beschäftigung“ wollen die Kapitalistenverbände, die Konservativen und Liberalen auch, von den Reformzielen des DGB und vor allem von den Kosten des Programms dagegen nicht das Geringste wissen, und wie „Beschäftigung“ zu erreichen sei, darüber haben sie gänzlich andere Vorstellungen. Ihr erstes Ziel ist die brutale Lohnsenkung, mit direkten und indirekten Mitteln erzwungen. Mit direkten: „In unserer Lage wäre am bestmöglichen für alle eine allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhungspause“, drängt beispielsweise der CDU-Abgeordnete Häfele („Handelsblatt“ v. 8.1.). Einige Wochen zuvor hatte das Kieler Institut für Weltwirtschaft sogar Lohnkürzungen in „Problembranchen“ angeraten. Mit indirekten: „Arbeit muß sich in jedem Fall lohnen“, so wiederum Häfele. Die Reaktion will neben weiteren Zwangskürzungen bei Versicherungs- und staatlichen Leistungen vor allem die drastische Kürzung des Arbeitslosengeldes, so daß sich „Arbeit wieder lohnt“, wenn auch nicht durch den Lohn, der durch den Verkauf der Arbeitskraft zu erzielen ist, dann doch durch den Hunger, den die Reaktionäre den Arbeitslosen verschreiben und mit dem sie sie zur Arbeit um jeden Preis treiben wollen.

Eine Folge solcher „Beschäftigungspolitik“ ist gewiß: Das Elend der Arbeiterbevölkerung, ob in Beschäftigung oder beschäftigungslos, wächst. Höchst zweifelhaft ist dagegen, daß die Finanzbourgeoisie, ließe sich die Gewerkschaftsbewegung darauf ein, ihr Versprechen auf „Beschäftigung“ erfüllen würde. Die Ursache der Massenarbeitslosigkeit sind mitnichten die angeblich zu hohen Löhne – wie wäre dann möglich, daß die Arbeitslosigkeit in den schlechtest gezahlten Beschäftigungen ungleich höher ist als in den besser gezahlten? Ursache ist die durchgreifende Rationalisierung in den Fabriken und Büros, die rasante Vernichtung nicht mehr konkurrenzfähiger Kapitale – Konkurse meist kleiner Unternehmen, denen durch die hohen Zinsen der Todesstoß versetzt wird, Stilllegung veralteter Anlagen, oft gan-

zer Betriebe; Ursache ist auch, daß die Kapitalisten im Kampf um den Weltmarkt wie nie zuvor Kapital exportieren und dabei oft ganze Produktionen in andere Länder verlagern.

Dieser Prozeß würde nicht gestoppt, sondern noch beschleunigt. Durch die Senkung des Lebensstandards der lohnabhängigen Bevölkerung, die ihnen zusätzliche Mittel in die Hände spült, werden die Finanzbourgeois zu neuen Rationalisierungen geradezu ermuntert, können sie ihren Vorsprung vor kleineren Konkurrenten noch weiter ausbauen, ihre Vernichtung vorantreiben, können sie nicht zuletzt den Kapitalexport noch steigern.

Gegen den Ansturm auf den Lohn bzw. das gesamte Einkommen der Lohnabhängigen, zu dem die Finanzbourgeoisie samt ihrer Politiker und Ideologen angesetzt hat, enthält das DGB-Beschäftigungsprogramm offene Flanken. Es ist sogar zu befürchten, daß sich die DGB-Gewerkschaften in ihrem Widerstand gegen die im vergangenen Jahr noch beschlossenen Zwangskürzungsmaßnahmen haben lähmen lassen durch die Hoffnung, um so eher würde ihrer Forderung nach dem Beschäftigungsprogramm ent-



Der DGB fordert Wohnungs- und modernisierungsprogramme.

sprochen. Denn mit Ausnahme der Kürzungen im öffentlichen Dienst, gegen die die betroffenen Gewerkschaften den Kampf organisieren und die noch längst nicht durchgesetzt sind, sind diese Maßnahmen zur Tatsache geworden, ohne daß die Gewerkschaften wirklich alle Kräfte mobilisiert hätten zur Verhinderung. Tatsächlich enthält das gesamte Beschäftigungsprogramm nicht eine einzige Forderung,

mit der sich der „Spar“wut von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat und dem Lohnraub der Kapitalisten entgegengetreten ließe. Im Gegenteil lassen die Sorgen über die „Produktionskosten“, im ersten Teil des Programms entwickelt, den Schluß zu, daß so mancher niedrige Tarifabschlüsse in Kauf nähme, wenn dies nur zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führe. Und auch die Forderungen zur Finanzierung des Programms (durch neue Kredite, Umschichtung der öffentlichen Ausgaben und Investitionshilfen und -anreize für die Kapitalisten, jedoch mit Auflagen) schließen die Inkaufnahme weiterer Steuererhöhungen oder Zwangskürzungen oder von beidem nicht wasserdicht aus.

Viel wäre jedoch gewonnen, wenn die Gewerkschaftsbewegung sich auf dreierlei einigt: Erstens, daß sie bei der „Umschichtung der öffentlichen Ausgaben“ zur Finanzierung des Programms v.a. den Rüstungshaushalt ins Visier nimmt, daß sie zweitens für die Umschichtung zugunsten der Gemeinden gegenüber Bund und Ländern eintritt. Drittens, daß sie die Forderung nach Verbot des Kapitalexports in ihr Kampfprogramm aufnimmt.

F.D.P.-Vorschlag für Lohnsenkung: „Beteiligung der Arbeitnehmer am Risikokapital“

Die hohe Arbeitslosigkeit wird in den letzten Monaten immer mehr als Argument angeführt, den Kapitalisten Steuererleichterungen und bessere Investitionsbedingungen durch die Parteien und Regierung zuzubilligen. Der Bundesvorstand der F.D.P. hat im Rahmen der Bundeshaushaltsberatungen ein liberales Horrorpapier über die „Initiativen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit“ beschlossen. Frech stellte das Papier angesichts der Dauerarbeitslosigkeit fest: „Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung kann nicht von heute auf morgen gelingen“. Dies nimmt der F.D.P.-Vorstand als Grund, unter dem Kapitel „Weniger Konsum, mehr Investition“ ein umfassendes Förderungsprogramm für die Kapitalisten vorzuschlagen. Für eine Gewerkschaftsveranstaltung mit F.D.P.-Politikern ein ergiebiges Thema. Einen Gipfelpunkt bildet der Vorschlag nach „Beteiligung der Arbeitnehmer am Risikokapital“:

„Die Beteiligung der Arbeitnehmer an Gewinn und Verlust erhöht das Interesse der Arbeitnehmer am Schicksal ihres Unternehmens. Die Beteiligung am Produktivvermögen

ist nicht nur verteilungspolitisch erwünscht, sondern auch unter Mitbestimmungsgesichtspunkten für Liberale anzustreben.“

Der Vorschlag zieht Kreise. Das Jahreswirtschaftsgutachten und das Kieler Institut für Weltwirtschaft unterbreiten gleiches. Derartige Vorschläge sind aber nicht neu. Anfang der siebziger Jahre hat das vermögenswirksame Sparen erst einmal dazu geführt, daß eine große Kapitalsumme in die Hände der Banken und Konzerne floß. Seit Jahren versuchen die Kapitalisten, ausländische Konkurrenten nach Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit – die immer erst Investitionen bedürfen – mit neuen billigeren Waren auf dem Weltmarkt den Extraprofit abzubauen.

Sind die Betriebs- und Personalräte laut Gesetz verpflichtet, „zum Wohle des Betriebes“ zu handeln, soll die Unternehmensbeteiligung nicht nur die Arbeit der Betriebsräte binden, sondern ideologisch auf „ein Gemeinwohl“ beziehen. Im übrigen zeigen alle Erfahrungen bei Betrieben, die eine Unternehmensbeteiligung praktizieren, daß die Jahreslohnsumme nicht höher und die Arbeit der Betriebsräte durch dieses „Prämiensystem“ erschwert ist.

Der F.D.P.-Vorschlag ist aber vor allem aus aktuellen Gründen vor den beginnenden Lohntarifverhandlungen gemacht. So soll sich Wilhelm Christians von der Deutschen Bank gegenüber einem Vorschlag der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, einen Teil der zu vereinbarenden Lohnerhöhung als Darlehen des Arbeitnehmers dem Betrieb zu belassen, „kritisch aufgeschlossen“ gezeigt haben. Der deutliche Rechtsschwenk der Liberalen ist Tatsache, und ein Zusammenwirken der DAG und der christlichen Gewerkschaften auf solche Ziele hin nicht wünschbar.

In den „Freiburger Thesen“ von 1971, die die Programmatik der F.D.P. seither bestimmten, ist die Mitbestimmung nicht so reaktionär gefaßt, wie sie die F.D.P. in den letzten Jahren und jetzt in ihren Vorschlägen fordert. Dort ist nur in der These 11 von „Unternehmensmodellen“ die Rede. Erläuternd heißt es: „Sie kann jedoch weder die Organisationsstruktur für eine volle Selbstbestimmung des Faktors Arbeit im Wirtschaftsleben, noch für eine dem Faktor Kapital grundsätzlich gleichberechtigte Ertragsbeteiligung des Faktors Arbeit darstellen.“

Quelle: Schriftenreihe der F.D.P. Bundesgeschäftsstelle, Thomas-Dehler-Haus, 5300 Bonn I: Liberale Initiative zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

NATO-Ministerkonferenz „geent“?

Mit Ach und Krach ist auf der NATO-Ministerkonferenz am 11.1.82 herausgekommen, daß jeder Bündnispartner „in Übereinstimmung mit seiner eigenen Situation“ wirtschaftliche Maßnahmen „prüfen“ werde. Keineswegs sind also die Differenzen zwischen der BRD und ihren Hauptkonkurrenten in NATO und EG ausgestanden. Daß Einmischung in Polen sein muß, war und ist unumstritten, der Streit geht ums „Wie“. Vorausgegangen waren der NATO-Konferenz Schmidts USA-Besuch und die Erklärung der EG-Außenminister zu Polen. Die BRD-Imperialisten haben zu beiden Anlässen unmißverständlich klargestellt, daß sie nicht bereit sind, sich den Wirtschaftssanktionen der USA gegenüber Polen und der Sowjetunion anzuschließen.

Die holländische Zeitung „Volkskrant“ wittert, daß es

um mehr als Polen geht: „...es ist ein tiefgreifender Argwohn im Spiel gegen eine Bundesrepublik, die die Ostpolitik und vor allem die deutsch-deutschen Beziehungen immer gewichtiger werden läßt.“ Den westlichen Konkurrenten sind die Höchstleistungen der BRD in der wirtschaftlichen Infiltration der Ostmärkte und Krediterpressung der RGW-Staaten zunehmend ein Dorn im Auge, zumal die Bundesregierung keinerlei Anstalten macht, sich ihre Röhren- oder Kreditgeschäfte durch amerikanische Sanktionswünsche beeinträchtigen zu lassen. „Es heißt, in Bonn sei man dafür, die polnische Regierung mit weiteren Kreditangeboten auf den Weg der Reformen zurückzuführen ... Als Beweis für die Richtigkeit seiner These hatte Wischniewski auf den Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten

in Bonn hingewiesen. Bei dieser Reise des polnischen Politikers, so Wischniewski, sei es auch um Geld gegangen, und wenn es um Geld gehe, ließen die Polen an der Macht auch mit sich reden.“ (FAZ 11.1.) Vermutlich geht es schon wieder „um Geld“, wenn derzeit der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank Friderichs in Warschau weilt.

Eine Sorge ganz anderer Art bereitet den NATO-Imperialisten die Tatsache, daß Griechenland mehreren Punkten der NATO-Erklärung seine Zustimmung verweigerte — mit dem Hinweis auf die Militärdiktatur des NATO-Mitglieds Türkei. Hier müsse man sich noch etwas gedulden, so die FAZ, „da ... eine Umbildung des griechischen Kabinetts erst in einiger Zeit möglich sein wird ...“ Es wäre nicht die erste NATO-adäquate „Kabinettsumbildung“ in Griechenland!

Parteispenden — reaktionäre Pläne

Die Schatzmeister der bürgerlichen Parteien CDU, SPD und F.D.P. werden beschuldigt, illegale Spenden und Schmiergelder von großen Konzernen entgegengenommen zu haben. Konzernnamen wurden genannt: Unilever GmbH Hamburg, Flick Industrieverwaltung KGaG Düsseldorf, Henkel KGaG Düsseldorf, VEBA AG Düsseldorf, Liebherr Verzahntechnik Kempten/Allgäu und die Klinge Pharma GmbH & Co. München. Die Gelder der Kapitalisten fließen in den letzten Jahren aber zunehmend über Vereinigungen mit „gemeinnützigen Zwecken“ im In- und Ausland an die Parteien. Der § 10b des Einkommenssteuergesetzes regelt, daß der Betrag steuerlich abgesetzt werden kann, wenn er bis zu 5% (für wissenschaftliche und staatspolitische Zwecke 10%) der Einkünfte beträgt oder aber 2 von 1000 bezüglich des Umsatzes. Millionen von Geldern sind über solche Umwege an die Parteien geflossen. Direkte Parteispenden dagegen können bis zu 1800 DM im Jahr steuerbegünstigt abgesetzt werden.

Nachdem dies bekannt wurde und eine Amnestie für die Betrüger eine Woge der Empörung auslösen würde, sprechen

die bürgerlichen Politiker über eine Verfassungsänderung. Demnach sollen die Parteien im Artikel 21 des Grundgesetzes auch zu „gemeinnützigen Vereinigungen“ erklärt werden. Dieser Vorschlag ist offen reaktionär und soll ermöglichen, daß die Kapitalisten die Parteien direkt und unter „legalen“ Bestimmungen finanzieren.

Demgegenüber sind die Verfassungsbestimmungen des Artikel 21 zu den Parteien erhaltenswert: „Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.“ Vielen ist bekannt, daß diese Passage eine Abgrenzung gegen faschistische Kräfte und Positionen war und als Zugeständnis nach den Erfahrungen des Faschismus zu werten ist.

Grüne: Kandidat mit brauner Vergangenheit

Bei den Kandidatenaufstellungen für die niedersächsischen Landtagswahlen am 21.3. findet bei den Grünen ein besorgniserregender Vorgang statt. So wurde, trotz heftiger, berechtigter Kritik von Teilen der Grünen und der Alternativen, der 48jährige Kaufmann Edgar Langer, der auch Mitglied des Landesvorstandes der Grünen

ist, als Direktkandidat für den Wahlkreis Hannover-Linden aufgestellt. Seine den Grünen und ihrem Landesvorstand nicht unbekannte frühere Mitgliedschaft in der faschistischen „Vereinigung Deutsche Nationalversammlung“ stand dem nicht entgegen. Für diese faschistische Vereinigung verfasste E. Langer 1971 die Schrift „Weltanschauliche Grundlagen für die Zukunft“. In ihr wird mit faschistischer Ideologie für ein Großdeutsches Reich geworben. So heißt es u.a.: „... ein dritter Teil des deutschen Volkes ist bereits auf dem Wege, sich innerhalb des österreichischen Staates zu einer dritten eigenen Nation heranzubilden“. Die Folgen des Verständnisses für „Vergangenheiten“: Nach den Kommunalwahlen heben Grüne Abgeordnete einen CDU-Bürgermeister in Langenhagen in den Sattel. Der von 1975–1981 amtierende Landesvorsitzende der Jungen Arbeitnehmerschaft in der CDU, Schmelich, wird keine drei Wochen nach seinem Wechsel zu den Grünen Direktkandidat im Wahlkreis Duderstadt. Ob bei Schmelich, der DGB-Sekretär ist, die Gewerkschaftstätigkeit oder die ehemalige Funktion in der CDU den Ausschlag für seine Tätigkeit bei den Grünen geben wird, ist nicht geklärt.

Zahlungsfähige Lustigkeit

Das Bedürfnis eines zahlungsfähigen Publikums, jene unverbundlich handlungsarme Abart von Prostitution zu genießen, die das Pornoheft vermittelt, lockt Investoren auf den Platz, ihr Kapitalchen zu riskieren. Redakteure, Fachkräfte für Fotografie, Gestaltung, diskreten Vertrieb sowie Darsteller finden sich zusammen, der Arbeitsmarkt wird belebt, Steuern werden fällig. Der Markt machts möglich.

Der Münchner Faschingsverein Bavaria bedurfte auch dieses Jahr einer Prinzessin. Eine Befriedigung dieses Genußwunsches aus eigenen Kräften des Vereinskörpers erwies sich als schwierig. Auch hier hilft der Markt. Man gab eine Anzeige auf nach einem weiblichen Wesen, bereit, diesen Leuten darzustellen, was sie öffentlich sehen, aber nicht persönlich vorführen wollten. Der Markt erwies sich ausreichend elastisch, auch für dieses eigenartige Bedürfnis.

Samstags wurde Marlene im Kolpinghaus der Öffentlichkeit vorgestellt. Dienstag erwies sich, daß die Konsumentenkreise von Pornoheften und Faschingsprinzessinnen sich überschneiden. Marlenes darstellerische Mitwirkung in der Pornoindustrie bewog den Vereinsvorstand, Marlene ihres Amtes zu entheben.

Die Bildzeitung — aus der alle hier verwendeten Tatsachen entnommen sind — verbreitete die Botschaft mit voller Angabe des bürgerlichen Namens, des Berufes, des Arbeitsplatzes, des Wohnortes und des ländlichen Herkunftsgebietes der jungen Frau. Mit Bildern, einmal mit Krönchen, ein andermal in Strapsen.

Das unappetitliche Vereinsgeschwür mit hohem sittlichen Standard stieß bei seiner Suche nach einem prinzeßlichen Objekt mit deutlich niedrigerem auf Marlene, die bereits darstellerisch tätig war und sich den kombinierten Tätschel- & Tuschelangriffen organisierter Lustigkeit gewachsen fühlen durfte. Nun wimmelt Sittlichkeit: Der anonyme Angeber und Pornoheftkonsument, der getäuschte Vereinsvorstand, die namenlosen Redakteure und Fotografen des Magazins, sein distinguierte Geldgeber, die Bildzeitungsreporter, alle außer Marlene, deren Tätigkeit bloß Ergebnis der zahlungsfähigen Bedürfnisse jener war.

Gemeinden

Die Bundes-Haushaltsbeschlüsse spannen die finanzielle Lage weiter an

Nach einer Steigerung von durchschnittlich fast 10% 1980 und von über 10% 1981 haben die Gemeinden für dieses Jahr noch weitaus drastischere Erhöhungen der Gebühren und Beiträge angekündigt. München z.B. wird u.a. die Volkshochschul-Gebühren um 60%, die Straßenreinigungsgebühren um 47% und die Friedhofsgebühren um 17% erhöhen, in Köln steigen etwa die Eintrittspreise für Theaterbesucher um 30 bis 50%, in Bochum und Stuttgart werden u.a. die Eintrittspreise für Sport- und Freizeiteinrichtungen um 15% teurer, usw. usf.

Zwar scheint auf den ersten Blick, als befänden sich die Gemeindehaushalte in ausgeglichenerem Zustand als der Bundeshaushalt oder die Länderhaushalte. Ihre Nettoverschuldung ist nicht nur weitaus niedriger, sondern wächst auch deutlich langsamer. Doch dieser Eindruck täuscht über die ungeheuren Belastungen, denen die Gemeinden in der nächsten Zukunft ausgesetzt sind und die allesamt als Stachel zu weiteren Zwangkürzungs- und Ausplünderungsmaßnahmen wirken.

Infolge der 1979 von der Bundesregierung beschlossenen Abschaffung der Lohnsummensteuer, der Senkung der Gewerbesteuerhebesätze und der Erhöhung des Freibetrags der Gewerbeertragssteuer wurden die Kapitalisten allein 1980 um rund 4 Mrd. DM entlastet. Diese 4 Mrd. pro Jahr fehlen den Gemeinden. Zwar wurden sie v.a. durch die Erhöhung ihres Anteils an der Lohn- und Einkommensteuer von 14 auf 15% „entschädigt“ (ihr Interesse an der Lohnsteuerauspressung damit angeheizt). Doch schon droht die Bundesregierung mit „gerechterer Einnahmeverteilung“, d.h. mit der Kürzung des Steueranteils der Gemeinden zugunsten des Bundes, so daß diese schließlich doch die volle Last der Kapitalistenentlastung – mindestens – tragen sollen.

Zusätzlich dazu reißen die Steuererleichterungen für die Kapitalisten, die mit dem 2. Haushaltsstrukturgesetz 1981 beschlossen wurden, schon 1982 ein Loch von 148 Mio. DM in die Gemeindekassen; bis einschließlich 1985 fehlen ihnen auf diese Weise mindestens 2,5 Mrd. DM, die stattdessen bei den Kapitalisten verbleiben. Schließlich sind die Zinszahlungen der Gemeinden an die Finanzbourgeoisie, die von 1975 bis 1979 nur geringfügig stiegen, 1980 aufgrund der Hochzinspoli-

tik explodiert. Zählt man nur die Mehrkosten bei den Zinszahlungen und die Steuerentlastungsmaßnahmen für die Kapitalisten zusammen, so kommt man schnell auf eine Summe von über 5 Mrd. DM, die den Gemeinden 1982 entzogen werden.

Die Rechnung der Finanzbourgeois ist brutal einfach: Fast möchte man sa-



Im Haushalt veranschlagt: Erhöhung der Friedhofsgebühren, Kürzung beim Personal

gen, sie lassen den Gemeinden keine andere Wahl, als ebenfalls die Ansprüche der Arbeiterbevölkerung zusammenzustreichen und gleichzeitig die Ausplünderung durch Gebührenerhöhungen voranzutreiben. Die Kürzung der Bezüge im öffentlichen Dienst würde die Gemeindehaushalte 1982 um knapp 295 Mio. DM und bis 1985 um knapp 1,5 Mrd. „entlasten“. Auch die anderen im Bundestag beschlossenen Zwangkürzungen, v.a. beim Beamtenversorgungsgesetz, beim Schwerbehindertengesetz, beim Vermögensbildungsgesetz, verringern das Haushaltsloch der Gemeinden und können ihrer Zustimmung sicher sein. Doch damit nicht genug. Nach den Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung im September 1981 hatten die Kommunalverbände Protest eingelegt: Sie erwarteten als Folge der Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, bei Kinder- und Wohngeld einen drastischen Anstieg der Sozialhilfe, die von den Gemeinden gezahlt werden muß. Der Vermittlungsausschuß wußte den Protest jedoch zu dämpfen: Auch die Sozialhilfe wurde rigide eingeschränkt. Die Angaben des Bundesfinanzministeriums, nach denen die Gemeinden

1982 auf diese Weise 248 Mio. DM „einsparen“, treffen jedoch nicht zu: Durch die oben erwähnten Kürzungen werden die Zahl der Sozialhilfeempfänger und damit die Sozialhilfeausgaben dennoch wachsen. Nach der Rechnung der Kommunalverbände werden sich die Haushaltsbeschlüsse des Bundestags 1982 unter dem Strich mit rund 750 Mio. DM Mehrbelastung für die Gemeinden niederschlagen.

Durch diese doppelte Umverteilung – Entlastung des Bundes auf Kosten der Gemeinden und Entlastung der Kapitalisten auf Kosten der Lohnabhängigen – wird den Gemeinden die Rolle

des Vorreiters bei weiteren Zwangkürzungs- und Ausplünderungsmaßnahmen zugewiesen. Ohne für die Stärkung der Gemeinden gegenüber Bund und Ländern einzutreten, läßt sich deshalb der Kampf gegen Zwangkürzung und Ausplünderung kaum erfolgreich führen.

Quellennachweis: Städte und Gemeindebund, Der Städtetag, jeweils lfd. Ausgaben; BMF-Finanznachrichten 47/81; Monatsberichte der Dtsch. Bundesbank, FAZ 23.12.81.

Renten

Bundesregierung erweitert Rentenbesteuerung

Im Rahmen der Steueränderungsgesetze 1982 hat die Bundesregierung die Besteuerungsgrenze für Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung soweit gesenkt, daß spätestens nach den nächsten Rentenerhöhungen ein Großteil der Renten der Besteuerung unterworfen wird. Da bisher wegen sehr hoher Freigrenze nur höchste Renten überhaupt besteuert werden, ist die Auffassung weit verbreitet, daß Renten ei-

gentlich steuerfrei seien. Schon ab 1.1.82 aber muß z.B. ein Alleinstehender, der nach 45 Beitragsjahren mit 60 Jahren in Rente geht, nur ein um sechs oder mehr Prozent höheres Einkommen als der Durchschnitt aller Rentenversicherten gehabt haben, um die Besteuerungsgrenze von in diesem Fall 1432 DM Rente im Monat zu erreichen (1981 lag diese Grenze noch bei 1661 DM).

Nach §22 Einkommenssteuergesetz unterliegen Renten als „sonstige Einkünfte“ der Einkommenssteuer; übersteigt die Rente die jeweilige Freigrenze, erfolgt die Einkommenssteueranlagung vom Finanzamt (während Pensionen als nachträgliche Entlohnung aus einem Arbeitsverhältnis gelten und per Lohnsteuerkarte versteuert werden). Ohnehin muß die Begründung schwerfallen, warum Versicherungsleistungen bei Auszahlung nochmals als Einkommen versteuert werden sollen, da sie ja durch Beitragszahlung aus versteuerten Löhnen/Gehältern finanziert werden.

Alter	Ertragsant. 1981	Ertragsant. 1982	Alter	Ertragsant. 1981	Ertragsant. 1982
54	30%	36%	61	24%	28%
55	29%	35%	62	23%	27%
56	28%	34%	63	22%	26%
57	27%	33%	64	21%	25%
58	26%	32%	65	20%	24%
59	25%	31%	66	19%	23%
60	25%	29%	67	18%	22%

Tabelle umfaßt nur ausgewählte Altersstufen

Ein Rentnerehepaar z.B., das mit 62 Jahren in Rente gegangen ist, muß jetzt also 27% der gemeinsamen Rente versteuern (1981: 23%). Es werden die Freibeträge lt. EStG abgezogen: 2x Grundfreibetrag = 8424 DM, 2x Sonderausgabenpauschale = 540 DM, 2x Versorgungspauschale (Mindestbetrag) = 600 DM, 2x Werbekostenpauschale für Renten (wenn beide Renten beziehen) = 400 DM; ergibt einen Gesamtfreibetrag von 9964 DM im Jahr. Die Steuerpflicht beginnt bei der Rentenhöhe, bei der 27% Ertragsanteil 9964 DM übersteigen, das ist in diesem Fall eine Gesamtrente von 36903 DM/Jahr oder 3075 DM/Monat. 1981 lag die Besteuerungsgrenze in diesem Fall bei 43322 DM/Jahr, die Senkung beträgt also 17,4%.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung diese Gesetzesänderung in aller Stille durchführt, die Opposition keinerlei Geschrei erhoben hat, läßt vermuten, daß die Reaktion den Angriff auf die Renten von dieser Seite geschlossen betreiben will.

Rationalisierung im Bankbereich

„In zehn Jahren redet keiner mehr von Kassierern.“

Auf diese Formel bringt Wolfgang Schmelz, Leiter der Organisationsabteilung der Commerzbank Frankfurt, die Absichten der Bankkapitalisten für die nächsten Jahre. Das geplante jährliche Investitionsvolumen westdeutscher Banken für Automation von 1,4 Mrd. DM bis 1990 soll Früchte tragen. Nach der expansiven Ausweitung des Bankensektors bis Mitte der 70er Jahre – das Verhältnis Bruttosozialprodukt : Geschäftsvolumen der Kreditbanken wuchs von 100 : 40 im Jahre 1950 auf 100 : 156 im Jahre 1979, die Zahl der Zweigstellen von 16783 1960 auf 38753 1979 – stürzen sich die Banken mit den Mitteln der Rationalisierung von Aufbau-, Ablaufs- und Arbeitsorganisation und der Intensivierung der Kundenkontakte in den Kampf um Marktanteile. Können sie ihr Konzept ohne

Dresdner Bank Frankfurt geben heute jeder 500–1000 Aufträge pro Tag am Bildschirm ein. Eingetippt werden Bank und Kontonummer des Auftraggebers, Bank und Kontonummer des Begünstigten, Betrag, Währung. Benötigte Informationen werden über die zentrale Adressdatei an den Bildschirm geholt. Mit einem Tastendruck sind Buchung und Belastung vollzogen. In 10 Minuten kommt das Empfangssignal aus New York, in 5 Minuten von jedem europäischen Bankenplatz.

Weggefallen sind briefliche und telegraphische Aufträge, d.h. weggefallen ist das Briefeschreiben, -eintüten, -verschicken, -empfangen, -öffnen, -verteilen, Unterschriftenprüfen. Weggefallen ist die Bearbeitung von Reklamationen, da diese sofort durch Rückfrage über SWIFT berichtet werden.



Automatisierter Bankschalter

nennenswerten Widerstand der bisher gewerkschaftlich schwach organisierten Bankangestellten durchsetzen – nur 16% am Bankenplatz Frankfurt in der HBV – , dann dürfte der Banksektor zum Modell für den gesamten Angestelltenbereich, insbesondere für die öffentliche Verwaltung, in Sachen Rationalisierung werden.

Die Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs seit 1980 über SWIFT, ein Computernetz von Frankfurt über Brüssel, Amsterdam bis New York, veranschaulicht die Auswirkungen technischer Rationalisierung auf die Arbeitsbedingungen. Die Kollegen in der Auslandszahlungsabteilung der

Die Telexabteilung ist im Abbau, völlig aufgelöst die Zentralkartei, da innerhalb einer Minute Kontonummer oder Kundenname am Bildschirm stehen. Geistige Anstrengungen wie Prüfung und Vergabe von Sonderkonditionen, Courtage, Provision entfallen, da diese im Kundendatensatz abgespeichert sind.

Durch den DM-Online-Verkehr, die inländische elektronische Buchung und Überweisung, die in der gewerkschaftseigenen BfG und den Genossenschaftsbanken bereits Realität ist, entfallen Telefongespräche und Rückfragen zwischen Zentrale und Zweigstellen, Arbeitsplätze zur Kontokorrentführung,

Verfilmung, Registratur und Postversand. Die Aufstellung eines Kassenterminals in einer Zweigstelle beeinflusst spätestens am Tage seiner on-line-Verbindung zum Zentralcomputer nicht nur die Organisation der Arbeit in dieser Zweigstelle, sondern die gesamte Bankorganisation.

Noch verdecken zwei Tendenzen die personellen Auswirkungen der Rationalisierung im Bankwesen: die Einstellung von EDV-Personal für die Durchsetzung der Rationalisierung und die Intensivierung der Kundenberatung durch freigesetzte Angestellte. 1981 stieg die Zahl der Beschäftigten am Frankfurter Bankenplatz um 2,2% auf fast 40000. Mit dem Ende der Doppelarbeit während der Einführungsphase der Anwendungsprogramme wird die erste Tendenz zum Stillstand kommen.

Die Kundenberatung wird durch die neue Zweigstellenpolitik und den Einsatz des Bildschirmtextes rationalisiert werden. Die Deutsche Bank erprobt derzeit an 26 Zweigstellen eine Struktur von vier Zweigstellentypen. Nur Typ 1 führt noch Basis-Angebot plus Baufinanzierung, Wertpapiergeschäft und Firmenkundengeschäft. In abgestufter Folge fallen einzelne Sparten weg bis hin zu Typ 4, der vollautomatischen Zweigstelle. Das technische Mittel dafür, Geldausgabeautomat mit Magnetkartenleser und Kontoauszugsdrucker und Anschluß an den Zentralcomputer wird in Westberlin in einem Großversuch mehrerer Banken getestet. Der Bildschirmtext wird einen Großteil der Beratungstätigkeit an das Fernsehgerät verlagern, der Kunde ohne solche Gerätschaft wird vom Bankvertreter mit tragbarem Terminal mit Telefon- oder Kabelfernsehverbindung zum Computer heimgesucht. Bankkaufmännische Kenntnisse sind nicht nötig.

Die Gewerkschaft HBV, Fachgruppe Banken, führt gegenwärtig eine Aufklärungskampagne über Auswirkungen der Rationalisierung und die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Gegenwehr durch. Informationsschriften, spezifiziert nach einzelnen Banksektoren oder einzelnen Großbanken, werden verteilt, Arbeitskreise „Rationalisierungsschutz“ eingerichtet, Fachtagungen wie jüngst in Frankfurt veranstaltet. Neben dem verstärkten Einsatz für Betriebsvereinbarungen z.B. über die Arbeit an Datensichtgeräten dienen diese Aktivitäten der Stützung der laufenden Verhandlungen über ein Rationalisierungsschutzabkommen. Kernpunkte des HBV-Entwurfs: Einigungspflicht über Rationalisierungsmaßnahmen, die Wegfall von Arbeitsplätzen oder Veränderungen von Arbeitsinhalten, Arbeitszeit, -belastung oder Quali-

fikation zur Folge haben; 5 Tage im Jahr berufliche Fortbildung in der Arbeitszeit, bei Qualifikationsverlust 15 Arbeitstage; Pflicht zum Angebot eines gleichwertigen Arbeitsplatzes im Betrieb oder der Branche, d.h. keine Entlassung aufgrund Rationalisierung; vorgezogene Pensionierung unter Weiterzahlung der Gesamtbezüge bis zum 59. Lebensjahr; Kündigungen und Änderungskündigungen nur mit Zustimmung des Betriebsrats, Teuermachen dieser Kündigungen durch hohe Abfindungen. In ihrem Gegenentwurf wollen die Kapitalisten von der HBV ein Bekenntnis zur „wirtschaftlichen Notwendigkeit von Rationalisierungsmaßnahmen“ erzwingen.

Ausländer Forderungen der GEW zur Ausbildung

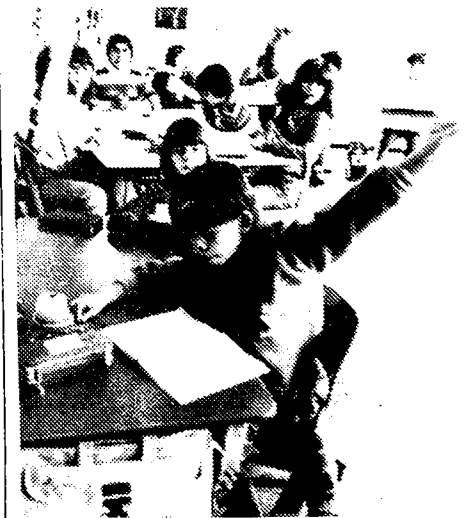
Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat seinen Beschluß „Ausländische Kinder und Jugendliche im deutschen Bildungssystem“ vom 7.11.1981 veröffentlicht. Er soll von den Landesverbänden präzisiert und im März auf einer Bundesfachtagung debattiert werden.

Die GEW bemüht sich darum, daß mehr ausländische Lehrer in den Schulen eingesetzt werden, und verlangt ihre Anstellung mit unbefristeten Verträgen nach BAT, durch die sie materiell nicht schlechter gestellt werden als beamtete deutsche Lehrer. Sie verlangt, daß die Bedingung, ein „dringendes dienstliches Bedürfnis“ müsse vorliegen, entfällt, da sie regelmäßig zur Bevorzugung deutscher Bewerber bei der Einstellung führt.

Grundsätzlich sollen deutsche und ausländische Kinder nicht getrennt unterrichtet und ausgebildet werden. Zu dem Zweck soll Deutsch als Zweitsprache in solchem Umfang und mit dem nötigen Personal erteilt werden, daß der Anschluß an die Regelklassen so schnell wie möglich gewährleistet wird. Um die Kenntnis der Kultur des Herkunftslandes und die Möglichkeit der Rückkehr zu erhalten, sollen ausländische Kinder fünf Wochenstunden Unterricht in der Muttersprache erhalten, der auf die übrige Studentafel abgestimmt und wie Leistungen in einer Fremdsprache beurteilt werden soll.

Sicher muß man die Forderung unterstützen, daß ausländische Jugendliche nicht nur für den gewerblich-technischen Bereich als Arbeitskräfte eingeplant werden sollen, sondern daß ihnen auch kaufmännische Ausbildungsgänge offenstehen müssen. Richtig wäre sicher auch, daß sie nicht in Sonderkurse gesteckt werden können, die

nicht dem Zweck eines allgemein anerkannten Abschlusses der Ausbildung dienen, sondern bloß der Entfernung aus der Arbeitslosenstatistik und der anschließenden Zuführung zu Hilfs- und Anlernarbeiten. Dies wird gegenwärtig vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung mit den „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung (MBSE)“ praktiziert.



In den Großstädten sind 30 bis 47% der Grundschüler Ausländer.

Problematisch ist die Auffassung der GEW, daß die Lohnabhängigen die Schwierigkeiten, die durch die staatliche Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik geschaffen werden, durch Anstrengungen in der privaten Sphäre, aus der diese Schwierigkeiten doch nicht stammen, zu lösen hätten: „Die Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft, die Eröffnung gleicher Bildungschancen für ihre Kinder, die Förderung des gegenseitigen Verständnisses ..., die Bereitschaft zum Lernen voneinander oder die Verminderung von Vorurteilen sind gesellschaftliche Aufgaben, die ... auch von den einzelnen zu leisten sind, die als Nachbarn oder Kollegen engeren Kontakt zu Ausländern haben.“

Arbeitsschutzgesetz Höchst Arbeitszeit: 48 Stunden die Woche

Der wichtigste Teil des Entwurfs für ein neues Arbeitsschutzgesetz, Ende Dezember vom Arbeitsministerium als Referentenentwurf veröffentlicht, ist die Änderung der Arbeitszeitordnung. Die Kapitalistenverbände griffen sofort heftig an, daß die gesetzliche Höstarbeitszeit von bisher 60 Stunden in der Woche, bzw. mit Sonntag 72 Stunden, auf 48 Stunden gesenkt werden soll. Die Kapitalistenverbände fragten empört, was denn die Senkung

der Höchstarbeitszeit mit Gesundheits- und Unfallschutz zu tun habe, was doch der eigentliche Zweck des neuen Arbeitsschutzgesetzes sein solle. Sie sehen die „Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt“. Die CSU sah „verheerende Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit“ voraus. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff erklärte, er werde wie in der letzten Legislaturperiode des Bundestages verhindern, daß die Arbeitszeitordnung wesentlich verändert werde, „die Betriebe müssen flexibel sein“. Seit langem haben die Gewerkschaften entschieden gefordert, daß die Arbeitszeitordnung von 1938 endlich geändert wird und die tarifliche 40-Stundenwoche gesetzlich als Grenze der Arbeitswoche festgelegt wird.

Dagegen hatte noch am 28. Juli des letzten Jahres das Bundesarbeitsgericht, gestützt auf die bestehende Arbeitszeitordnung, verkündet: Da als regelmäßige Arbeitszeit 48 Stunden in der Woche gelten – den Samstag als Werktag gerechnet –, könnten die über den 40-Studentarif hinausgehenden acht Stunden von den Kapitalisten als Arbeitszeit verlangt und erzwungen werden.

Der jetzige Gesetzentwurf schränkt die Möglichkeiten der Kapitalisten ein, weitgehende Überstunden durchzusetzen, und bestätigt die Position der Betriebsräte. Der Gesetzentwurf bestimmt: „§ 40 (1) Die regelmäßige Arbeitszeit soll 8 Stunden nicht überschreiten. (2) die regelmäßige tägliche Arbeitszeit kann durch Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung im Rahmen der Höchstarbeitszeit des §42 verlängert werden. §42 (1) Die Höchstarbeitszeit darf 10 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.“

Die Kapitalisten können aber, wie in der bisherigen Arbeitszeitordnung, an 30 Tagen im Jahr bis zu 2 Überstunden täglich im Rahmen der Höchstarbeitszeit erzwingen. Die Schichtarbeit soll über 10 Stunden am Tag und 48 Stunden in der Woche hinausgehen können.

Der DGB hat den Gesetzentwurf begrüßt: „Es komme ... darauf an, durch entsprechende Regelungen sicherzustellen, daß die tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen nicht durch unangemessene Überstundenleistung unterlaufen werden.“

Selbst angesichts der unangenehmen Einschränkungen, die der Gesetzentwurf gegen die Forderungen der Arbeiterbewegung macht, so schreibt er die Contischicht fest, werden die Gewerkschaften einen harten Kampf führen müssen, um das, was gegenüber dem Nazigesetz an Fortschritt vorhanden ist, durchzusetzen.

Lohnbewegung

Kapitalisten lassen SPD ideologisch weißbluten

Die öffentliche Verarbeitung der Lohnbewegungen hat in den letzten Wochen eingesetzt. Die propagandistische Situation dieser Lohnbewegungen ist einigermaßen verwickelt. Die Kapitalisten, geführt durch die Gesamtmetallclique, geben sich zur Abwechslung gemäßigt. Sie vermeiden unhaltbare Provokationen und erklären, sie wollten einen Abschluß knapp unter der – geschätzten – Inflationsrate für 1982. Zu beachten ist: Seitens der Brüder von der Wirtschaftswissenschaft war weniger ins Gespräch gebracht. Das Kieler Institut ist jüngst mit dem Nachweis hervorgetreten, daß für „Problembranchen“ sogar Nominallohnkürzungen die Rettung seien. Zu derartigen Forderungen der Wissenschaft nicken die Kapitalisten zustimmend, erklären aber von vorneherein, das wäre leider nicht kompromißfähig. Durch diese kulante Haltung gelingt den Kapitalisten bislang ganz gut, den wirtschaftlichen Inhalt ihrer Lohnpolitik zu verdecken.

Ein Abschluß unterhalb der Inflationsrate würde ja nicht dasselbe be-

deuten wie im vorigen Jahr. Er würde eine weitere, zusätzliche Senkung der Kaufkraft des Lohnes bedeuten. Dieser Umstand wird in der Presse gar nicht mehr verhandelt. Das weist auf eine Schwäche der Lohnkampagne der Gewerkschaften, hauptsächlich der IG Metall, hin. Die IG Metall behauptet, diese Lohnkampagne diene der Sicherung des Reallohnes. Dies Ergebnis kann aber nicht eintreten. Möglich ist lediglich eine Bremsung der Fallgeschwindigkeit des Reallohns. Die Marke wäre zu nennen, an der die IG Metall der gegenwärtig wirkenden Falltendenz mit allen verfügbaren Mitteln Einhalt gebieten wird. Diese Marke ist aber nicht aus den Arbeitsmarkt- und Konjunkturmständen erklärlich, sondern bloß aus der Situation der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte, die leben müssen.

Und hier tritt die zweite Schwierigkeit auf. Die Leistungskürzungs- und Sozialversicherungsbeitragssteigerungsprogramme der Bundesregierung greifen brutal in die Situation der Haushalte ein. Dort sieht man dem Verlust

Bürgerliche Presse zur Lohnbewegung

FAZ, 13.1.81: „Die Arbeitgeber der Metallindustrie gehen in die am Dienstag aufgenommenen Tarifverhandlungen mit dem Ziel, einen Tarifabschluß zu erreichen, der ‚deutlich unter dem Lohndatum von 1981‘, also deutlich unter 4,9% liegt ... Kirchner sagte, daß in den nächsten Jahren deutlich niedrigere Tarifabschlüsse als 1981 notwendig seien, um eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten ... Die Vorschläge einer Lohnpause habe sich Gesamtmetall nicht zu eigen gemacht, obwohl aus wirtschaftlicher Sicht viel dafür spreche. Angesichts der höchsten Arbeitslosigkeit seit 25 Jahren sei es aber sozial zumutbar, wenn die Beschäftigten 1982 keinen vollen Inflationsausgleich erhielten.“

Handelsblatt, 12.1.82: „IG Metall beharrt auf dem vollen Ausgleich. ‚Wir fordern einen Ausgleich für die voraussichtlichen Mehrleistungen der Arbeitnehmer und einen Ausgleich für die steigenden Lebenshaltungskosten‘, erklärte Hans Janßen ... Im abgelaufenen Jahr seien die Realeinkommen ... gesunken. ‚Das ist ein

Vorgang, der sich 1982 auf keinen Fall wiederholen darf‘, meinte Janßen.“

Handelsblatt, 13.1.82: „Die Arbeitgeber haben den Fehler des letzten Jahres nicht wiederholt, ihren Beton so vorzeitig zu mischen, daß er bis zur Lohnrunde 1981 hart geworden war. Der Zement ist noch weich, kann noch in jede Form gegossen werden ... Da für die IG Metall 1982 wie 1981 die Reallohnsicherung das Ziel ihrer Tarifpolitik ist, bedeutet diese Schätzung der wahrscheinlichen Inflationsrate 1982 auch, daß die Gewerkschaft keinen Tarifabschluß erwartet, der über das 81er Datum (ca. 5%) hinausgeht. Man könnte sich also vorstellen, daß ein Abschluß mit einer Vier vor dem Komma innerhalb des gewerkschaftlichen Horizonts liegt ...“

Handelsblatt, 12.1.82: „Der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, vermutet, daß einige Politiker durch Lohnabzug und Lohnverzicht im öffentlichen Dienst Druck auf die Tarifverhandlungen in der Wirtschaft ausüben wollen ... Viele Zeitgenossen fänden jetzt Gefallen daran, gegen den öffentlichen Dienst zu pole-

nicht an, ob mangelnde Zahlung des Bruttolohnes durch die Kapitalisten das auslösende Moment war, oder staatliche Ein-, Zu- und Durchgriffe. Wenn die IG Metall ihre Lohnagitation auf der Propaganda unabwiesbarer Bedürfnisse der Arbeiterhaushalte aufbauen wollte, dann würde sie eben in Konflikt zur Regierungspolitik geraten. Diesen scheut sie. Obwohl vor Monaten noch große Demonstrationen ge-



gen diese Kürzungsprogramme stattfanden, findet jetzt nichts mehr gegen diese Kürzungen statt.

Nichts ist nicht ganz richtig. Die Position der ÖTV gegen die von der Regierung verordnete 1%-Kürzung wird von dieser Gewerkschaft gehalten. Die ÖTV und die mit ihr verbundenen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stehen vor dem politischen Streik.

misieren, um so einen Keil zwischen die verschiedenen Arbeitnehmerbereiche zu treiben. Kluncker ist sicher, daß die Solidarität innerhalb des DGB dies verhindern wird.“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 12.1.82: „ein Streik im öffentlichen Dienst, der nach Ansicht der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) bei einer allgemeinen Einkommenskürzung im öffentlichen Dienst um ein vH zum 1. März unausweichlich wäre, käme ‚schlagartig und umfassend‘. Das erklärte der stellv. ÖTV-Vorsitzende Siegfried Merten. Diesmal gehe es nicht um ein paar Zehntelprozente mehr Lohn und Gehalt, sondern um Wahrung gewerkschaftlicher Rechte.“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 13.1.82: „ÖTV: Bei Streik wird NRW ein Schwerpunkt ... Die Terminplanung: Nach dem Spitzengespräch am 19. Januar wird der Bezirk die Kreisgeschäftsführer für den folgenden Tag in der Bochumer Ruhrlandhalle versammeln. Dort wird ÖTV-Chef Kluncker die Ergebnisse des Spitzengesprächs darlegen und ‚mögliche Direktiven für das weitere Verfahren geben‘. ... Seit dem 11. Januar sind die hauptamtlichen Sekretäre und das Verwaltungs-

Zum politischen Streik wird dieser rein wirtschaftliche Kampf durch politische Manipulationen. Die 1%-Kürzung ist vom Parlament beschlossen. Mithin hoheitlicher Akt der Bundesrepublik Deutschland. Ein Zusammenstoß von politischer Parlamentsautorität und Gewerkschaftskampfkraft ist unvermeidlich. Die ÖTV gibt sich gelassen. Aber auch für diese starke Gewerkschaft wird ein derartiger Kampf strapazios. Einstweilen lachen sich die Kapitalisten im Hintergrund krank, und die Unionsparteien lachen mit. In der Öffentlichkeit ist nämlich nicht erkenntlich, daß die SPD/FDP-Koalition bloß vollstreckt, was die Kapitalisten von ihr verlangen und zur Not auch erpressen. Die Unionsparteien vermögen sich als Kritiker der unsozialen Kürzungspolitik der Regierung aufzuspielen, die Kapitalisten vermögen sich als kompromißbereite und einsichtige Leute darzustellen.

Wenn die IG Metall nicht aufhört, den Arbeitslohn bezugslos zu der wirtschaftlichen Funktion, die er hat, zu behaupten, wenn sie nicht eine Enthüllungpropaganda betreibt und die wirtschaftliche Klemme darstellt, in der sich ein wachsender Teil der Arbeiterhaushalte wiederfindet, so wird das Lohnsenkungstempo von 81 auf 82 größer sein als von 80 auf 81. Und schlimmer noch, die Kapitalisten wer-

den in der Öffentlichkeit dastehen wie weiland Pontius Pilatus und auf die Sozialdemokraten zeigen: Sie hätten ja vor allen anderen gekürzt und zugegriffen, das Tarifrecht zertrampelt und die Löhne gesenkt.

Wenn der Abschluß der IG Metall nicht an die laufende Inflationsrate herankommt, darauf und auf den Abschluß eines Mindest- oder Sockelbetrages lassen sich die Möglichkeiten reduzieren, so wird die ÖTV in die schwierige Lage kommen, den vielleicht schwierigsten Kampf ihrer Nachkriegsgeschichte ohne materiellen Anhaltspunkt führen zu müssen. Sie muß um den Anschluß an den Metallabschluß kämpfen und zwar hart. Wenn dieser aber zu niedrig ist? Was dann?

Endlich: wie will die IG Metall die ÖTV ernstlich unterstützen, wenn sie das ganze andere Kürzungspaket widerspruchslos schluckt. Wie soll die Perspektive des Kampfes gegen die Kürzungsmaßnahmen entwickelt werden, die durch Forderungen nach Kindergelderhöhung, Steuerentlastung usw. gegeben ist?

USA

Einwanderer gegen Internierungslager

„Das Lager ist wie ein Konzentrationslager. Die Haitianer sterben allmählich“, berichtete letzte Woche ein Vertreter des „Zentrums für Flüchtlinge aus Haiti“ in Miami, Florida, über das „Krome Avenue Internierungslager“ in der Nähe der Stadt. 711 Flüchtlinge aus Haiti sind in diesem Lager, einer ehemaligen Raketenbasis, teilweise seit sieben Monaten eingesperrt. Weitere 2500 Flüchtlinge aus Haiti sind in anderen US-Lagern, in Gefängnissen usw. eingesperrt. Seit Weihnachten sind 650 der Internierten in „Krome Avenue“ im Hungerstreik, um ihre sofortige Freilassung zu erreichen. Anfang Januar demonstrierten mehrere hundert Haitianer vor dem Lager gegen die Mißhandlung der Internierten durch die Lagerbeamten, gegen die elende Verpflegung und die völlig unzureichende medizinische Versorgung. Als die Wachen ihnen den Besuch der Internierten verweigerten, stürmten die Demonstranten das Lager. 101 Internierte flüchteten.

Die Flüchtlinge aus Haiti seien „aus wirtschaftlichen Gründen hier und in keiner Weise zu einem Asylanten- oder Flüchtlingsstatus berechtigt“, erklärte trocken das US-Justizministerium als Begründung für die Internierungslager. Tatsächlich organisieren Plantagenbesitzer der Südstaaten seit Jahren regelrechte „Trecks“ von „illegalen Einwanderern“. Jeden Februar be-

personal der Kreisgeschäftsstellen angehalten, in den nächsten Wochen keinen Urlaub zu nehmen. Im westfälischen Bezirk gilt vom kommenden Freitag an „absolute Urlaubssperre“. Gegenwärtig wird in den Kreisen und Bezirken letzte Hand an die Streikpläne gelegt ... Die Planungen sind so angelegt, daß in der ersten Februarwoche mit der Urabstimmung begonnen werden könnte.“

Hannoversche Allgemeine, 13.1.82: „Kluncker klappert mit den Deckeln der Mülleimer und spielt an den Schaltern der Elektrizitätswerke ... Es gibt Anzeichen, daß er mit solchen Drohgebärden Erfolg hat. Die Kommunen, bei ÖTV-Streiks stets am stärksten betroffen, deuten Nachgiebigkeit an, und auch die Länder stehen nicht so fest, wie sie vorgeben ... Falls die ÖTV sich durchsetzt, bedeutet das unter anderem, daß das vielbeschworene finanzpolitische Signal im öffentlichen Dienst keinen Pfifferling mehr wert ist ... Kurzum, die Folgen eines Kuschens vor Kluncker wäre ein weiterer Verlust an Glaubwürdigkeit der Politik – bei den Beamten im besonderen und bei der Öffentlichkeit im Allgemeinen ...“

ginnt für diese ihre grausame Zeit als „illegale“ Erntearbeiter. Von den Tomaten- und Zitrusfeldern Floridas werden sie weiter nach Norden „vermietet“: über Georgia, South Carolina, Virginia, Maryland bis hinauf nach Pennsylvania, New Jersey und New York. Mitte September beginnt ihre „Rückkehr“ nach Haiti oder anderen karibischen Inseln. Mehr als 50000 Haitianer nutzten seit 1970 diese Wanderzüge, um auf Dauer als „illegale“ in den USA unterzutauchen. Tausende weitere versuchen jeden Monat, auf untüchtigen Booten über See einzuwandern.

Die US-Regierung begründet die Internierungslager als notwendige „Abschreckung“ gegen illegale Einwanderung. Tatsächlich wächst dadurch nur der Druck auf die genauso „illegalen“ wie alljährlichen Erntearbeiter, die beim geringsten Widerstand gegen ihre Ausbeuter fürchten müssen, an die Behörden verraten und dann bis zur Deportation monatelang in einem dieser Lager gequält zu werden.

EG-Mittelmeerpoleitik Ein Spinnennetz aus Assoziationsverträgen

Die EG-Kommission nahm den Beitritt Griechenlands zum Anlaß, in ihrem Bulletin Betrachtungen über die „einzigartige geopolitische Lage“ des neuen Mitgliedslandes und dessen „traditionell gute Beziehungen zum Nahen Osten“ anzustellen. Der Beitritt Spaniens und Portugals 1984/85 wird eine weitere Brücke, diesmal nach Marokko, schlagen helfen. Die EG-Imperialisten sind dabei, das gesamte Mittelmeerbecken zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum unter ihrer Kontrolle zusammenzufassen. Nur Libyen und Albanien haben sich dem Netz von Assoziationsabkommen, das die EG in den letzten 20 Jahren über das ganze Mittelmeer geworfen hat, bisher entziehen können. Zwar macht der Handel mit den sieben assoziierten Ländern an der Südküste (von Syrien bis Marokko) nur gut 2% des Gesamtaußenhandels der EG aus. Aber aus der Sicht der betroffenen Länder zeigt sich eine erdrückende Abhängigkeit: 40 bis 60% der Importe und Exporte entfallen auf die EG; Algerien, Syrien und Marokko exportieren dorthin mehr als ein Zehntel ihres gesamten nationalen Produkts. Zum Vergleich: Die BRD, die ja als Mitglied an den Beschlüssen der EG – oft entscheidend – beteiligt ist, wickelt rund die Hälfte ihres Außenhandels mit anderen Mitgliedern ab.

Die Pfeiler, zwischen denen das Assoziationsnetz aufgespannt wurde, wa-



60 Mio. DM Kredit investierte die Europäische Investitionsbank 1979 in den Ausbau des Suezkanals.

ren die alten Kolonialverbindungen, vor allem Frankreichs. Bereits die Römischen Verträge enthalten Erklärungen über eine Assoziation Marokkos, Tunesiens und Libyens. Der Kolonialismus hatte die traditionellen Wirtschaftsstrukturen in diesen Ländern zerrüttet; auf den Plantagen der Siedler wurden Agrarprodukte für den Export ins „Mutterland“ angebaut. Die jungen unabhängigen Staaten waren daher auf eine „Vorzugsbehandlung“ ihrer Produkte auf den EG-Märkten nachgerade angewiesen. Umgekehrt setzte die EG z.B. die westdeutschen Imperialisten überhaupt erst instand, an profitlichen Kolonialverbindungen teilzuhaben.

Wegen der unnachgiebigen Haltung der EG in der Agrarimportfrage kamen die ersten Assoziationsabkommen mit Marokko und Tunesien erst 1969 zustande. Die darin vereinbarte Senkung der Zölle für Orangen um 80% gab den Anlaß, mit Spanien und Israel ebenfalls eine Zollsenkung, um 40%, zu vereinbaren. Da die imperialistischen Konkurrenten gegen Zollvergünstigungen nur für einzelne Produkte protestierten, wurde Israel und – „aus politischen Gründen“ – auch seinen arabischen Nachbarn Ägypten und Libanon der Abschluß allgemeiner Freihandelsabkommen „angeboten“.

Damit schien die Lage reif, die bisherigen Einzelverträge zu einer systematischen „Mittelmeerpoleitik“ zusammenzufassen. Die Einleitung des dazu 1972 von der Kommission vorgelegten und bis heute maßgeblichen Dokuments behauptet kurzerhand, wohl auf speziellen Wunsch der BRD, mit Errichtung der EG seien „alle Mitgliedsstaaten ... Anrainer des Mittelmeers“ geworden. Lärmend melden die frischgebackenen Mittelmeerländer ihren Anspruch auf Hegemonie an: „Außergewöhnliche Beziehungen in den Berei-

chen des Handels ... der Zuwanderung von Arbeitskräften ... der Energiewirtschaft und des Fremdenverkehrs haben nämlich zwischen dem gesamten Mittelmeerraum und einer Gemeinschaft, deren wirtschaftliche Vorangstellung aufgrund ihrer Erweiterung und Vertiefung noch verstärkt wird, zu einer gegenseitigen (?) Abhängigkeit geführt.“

Die auf Grundlage dieses Dokuments geschlossenen Kooperationsabkommen sehen die Beseitigung der Zölle für die Einfuhr von Industrieprodukten in die EG (freilich, z.B. bei Textilien, mit erheblichen Mengenbeschränkungen) und Handelserleichterungen für Agrarprodukte vor. Gerade die einheitliche Fassung der „Vorzugsklauseln“ hat Länder, die vom Export in die EG abhängig sind, zur Assoziierung geradezu gezwungen, so 1977 Syrien und Algerien. Die assoziierten Länder mußten sich verpflichten, keinem imperialistischen Konkurrenten (wie z.B. der Sowjetunion) günstigere Bedingungen als der EG einzuräumen. Die Handels„erleichterungen“ verstärken die einseitige Ausrichtung der Produktion auf Export in die EG. In Marokko z.B. ist entgegen der allgemeinen Tendenz der Anteil der Agrarprodukte an der Ausfuhr in die EG gestiegen.

Die Einfügung der einzelnen Mittelmeerländer in eine von der EG beherrschte Arbeitsteilung wird durch „Finanzhilfen“ (vor allem zum Bau von Infrastruktureinrichtungen) beschleunigt. Für 1981–86 sind dafür 2,45 Mrd. DM vorgesehen, davon 1 Mrd. Zuschüsse und der Rest Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB). Mehr als ein Viertel entfällt allein auf Ägypten. Dr. Morawitz vom Bundeswirtschaftsministerium, der die BRD auch im Verwaltungsrat der EIB vertritt, erläuterte im „Europa-Archiv“, wie sich die EG-Imperialisten die künftige „Spezialisierung“ vorstellen. Statt mit hohen Energiekosten in mitteleuropäischen Gewächshäusern solle man Gemüse künftig anbauen, wo es ohnehin warm (und billig) ist. Nebenbei wäre damit ein – z.B. für die italienischen Bauern ruinöser – Preisfall einzuleiten.

Die Verkündung einer gemeinsamen Mittelmeerpoleitik ist noch kein Jahrzehnt her, doch die EG-Imperialisten zieht es schon weiter. Dr. Morawitz: „Die Begrenzung der Mittelmeerpoleitik auf die Anrainerstaaten zuzüglich Jordanien und Portugal scheint willkürlich.“ Leider sei am Golf wegen der „Kritik“ der Konkurrenz entsprechendes noch nicht zu schaffen gewesen.

Warum sollten die Lohnabhängigen für die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der BRD“ sich den Lohn senken lassen?

„Export-Boom: Kein Land der Erde bietet mehr“, konnte man vor wenigen Wochen im „Spiegel“ lesen. Und: „Seit Monaten melden die deutschen Unternehmen immer wieder neue Rekorde im Außenhandel. Zuletzt im Oktober stiegen die Ausfuhren auf einen bisher unerreichten Wert von 37,7 Milliarden Mark. Nach Abzug der Ausgaben für Importe verblieb der höchste Ausfuhrüberschuß aller Zeiten: 5,3 Milliarden Mark ... In den ersten zehn Monaten dieses Jahres verkaufte die Bundesrepublik in aller Welt Waren für 325 Milliarden Mark. Lieferungen an die DDR sind dabei noch nicht einmal mitgerechnet. Lediglich die Amerikaner konnten diese Werte übertreffen, bei einer fast viermal so großen Bevölkerungszahl. Natürlich stiegen auch die Einfuhren. Aber trotz aller Wunderwerke japanischer Technik, trotz aller teuren Öl- und Gasimporte betrug der Handelsbilanzüberschuß bis Ende Oktober 19 Milliarden Mark. Kein anderes Industrieland schaffte

Steht den westdeutschen Kapitalisten also ein neuer Exportboom ins Haus? Vielleicht sogar ein Konjunkturaufschwung, so wie Ende der 60er Jahre, als die westdeutschen Kapitalisten nach schweren Lohnsenkungen 1966 und 1967 und Modernisierung ihres Produktionsapparates einen gewaltigen Expansionsfeldzug auf dem Weltmarkt einleiteten und zur zweitgrößten Handelsmacht der Welt aufstiegen? Und können am Ende die Lohnabhängigen darauf hoffen, im Gefolge eines solchen Exportaufschwungs wenigstens in ein, zwei Jahren die schweren Lohnsenkungen der letzten Zeit und die brutale Steigerung der Arbeitshetze in den Betrieben wieder zurückzuschlagen?

Die Antwort der Kapitalisten ist ein schroffes: Nein! In den „Informationen“ des Deutschen Industrie- und Handelstages gab Otto Wolff von Amerongen zum Jahresanfang kund: „Die müde Binnenkonjunktur – neuerdings auch im investiven Bereich –

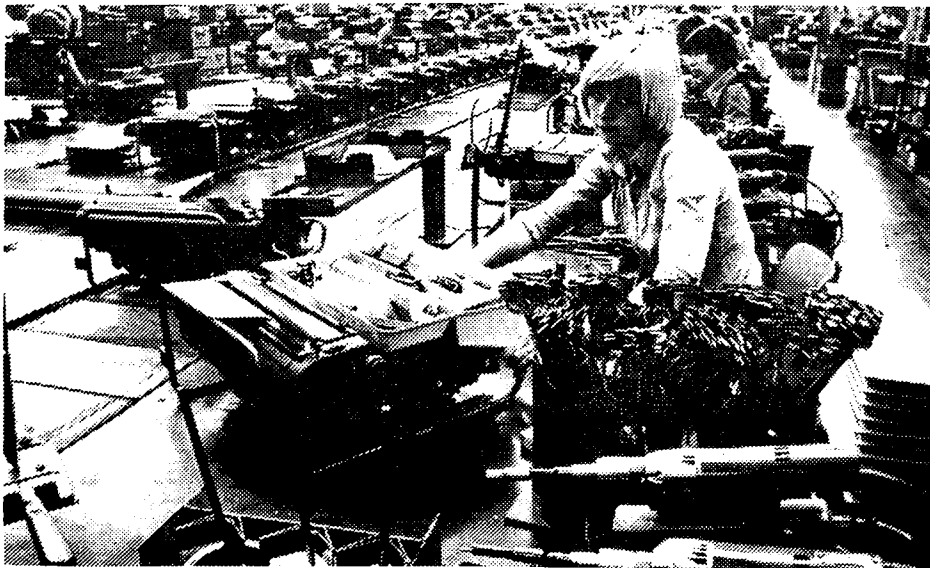
gen im Export nicht zu. Das gilt besonders im Hinblick auf unsere EG-Partnerländer und die USA. Noch mehr Protektionismus ist zu befürchten ... Die relativ guten Exportzahlen bringen nicht die so notwendigen Ertragsverbesserungen – was in früheren Perioden der Exportbooms der Fall war ... Vor allem die anstehende Tarifrunde wird zeigen, ob bei uns wieder mehr Produktion rentabel wird und somit mehr Arbeitsplätze gesichert werden.“ Nötig seien „Verhaltensänderungen von uns allen mit dem Ziel der Stärkung und des Ausbaus der Wettbewerbsfähigkeit.“

Die Sorgen der Kapitalisten sind erklärlich. Anders als in den 60er und frühen 70er Jahren müssen sie jetzt ihre Exportsteigerungen trotz wirtschaftlicher Stagnation in praktisch allen wichtigen Exportländern durchsetzen. Das aber bedeutet: ein gnadenloser Vernichtungsfeldzug um schrumpfende Märkte. Dabei sind fette Geschäfte mit hohem Profit nur schwer zu machen, und die Aussicht, daß die imperialistischen Konkurrenten sich ohne Gegenwehr von ihren BRD-„Partnern“ erdrosseln lassen, ist ja auch wirklich nicht wahrscheinlich.

Also lautet die Losung der Kapitalisten: schwere, dauerhafte Lohnsenkungen für die Exportoffensive! Wichtige Steuersenkungen für die Kapitalisten zur „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“! Massive Leistungssteigerungen der Lohnabhängigen, damit „unsere Wirtschaft“ wieder in Schwung kommt!

Um ihren Raubzug abzusichern, versuchen die Finanzbourgeois seit Monaten, den Lohnabhängigen chauvinistische Fallen zu legen. Sichert der Export etwa keine Arbeitsplätze? Muß da nicht jeder interessiert sein, daß der Export floriert, und sei es, weil dann irgendwann und irgendwie die Kapitalisten vielleicht gezwungen werden könnten, den Druck auf die Lohnabhängigen zu lockern? Könnte bei einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Kapitalisten nicht auch etwas für die Lohnabhängigen, zumindest Teile von ihnen, abspringen? So lauten die Sirengesänge der Bourgeoispolitiker und -ideologen.

Ihre Wettbewerbsfähigkeit sei gefährdet, sagen die Kapitalisten. Deutlichstes Anzeichen dafür sei das Leistungsbilanzdefizit, das die BRD seit fast drei Jahren im Exportgeschäft aufweise. Tatsächlich mußten die Kapitalisten in den letzten Jahren im



Mit Rationalisierungen, Lohnsenkungen und Massenentlassungen gerade in den unteren Lohngruppen bereiteten die Kapitalisten ihre Exportoffensive vor.

Gleiches ... In 17 von insgesamt 28 Branchen für Fertigwaren waren die Deutschen der Welt größte Exporteure: bei Textilien wie Chemikalien, bei Maschinen wie Bürobbedarf. Japaner standen viermal an der Spitze, Amerikaner und Italiener jeweils einmal ... Nur das Exportgeschäft half vielen Unternehmen, einigermaßen die Flaute der heimischen Konjunktur zu überstehen. Nur die Auslandsorders sorgten dafür, daß die Arbeitslosenzahlen nicht noch über die für den November gemeldeten 1,5 Millionen stiegen.“

wird durch die sehr günstige Exportentwicklung nicht kompensiert. Drastisch zurückgegangene Unternehmenserträge sowie unbefriedigende Auftragseingänge, rückläufige Kapazitätsauslastung und sinkende Beschäftigung kennzeichnen die wirtschaftliche Lage ... Lichtblick ist der Export, der die Konjunktur stützt. Doch die „Jubelmeldungen“ eines einzelnen Monats sind mir kein Anlaß zur Euphorie ... Die wirtschaftlich schwache Verfassung – auch unserer Hauptabnehmerländer – läßt weitere starke Steigerun-

Handel, im Export und Import von Waren, zu keiner Zeit irgendein Defizit hinnehmen. Zwar meldete die Deutsche Bundesbank im ersten Quartal 1981 ein „Handelsbilanzdefizit“, d.h. einen Überschuß der Warenimporte über die Exporte, von 195 Mio. DM. Dieses „Defizit“ aber kam durch eine von der Bundesbank angewandte Bilanzierungsmethode zustande, die wirklich fragwürdig ist. Die Bundesbank bewertet nämlich die Importe der Kapitalisten *einschließlich der Versicherungs- und Frachtkosten*. Sämtliche Exporte dagegen werden als „fob“ („free on board“)-Werte erfaßt und

veröffentlicht, d.h. ohne Versicherungs- und Frachtkosten. Das entspricht zwar den Rechnungen der Kapitalisten, für die Versicherungs- und Frachtkosten bei Verkäufen nur als „Kosten“ zählen. Volkswirtschaftlich aber läuft das auf schieren Widersinn hinaus und auf Beschönigung des Exportüberschusses der Kapitalisten. Ein Beispiel: Wäre der Außenhandel aller Länder auf diesem Globus ausgeglichen, d.h. Exporte = Importe, und würden dann sämtliche Zentralbanken die Exporte zu „fob“ erfassen, die Importe dagegen einschließlich Fracht- und Versicherungskosten, dann hätten

alle Länder dieser Erde ein „Außenhandelsdefizit“, was ersichtlich verückt wäre. Das Ergebnis dieser Bewertungsmethode der Bundesbank, die die Grundlage der meisten öffentlichen „Außenhandelsdaten“ abgibt, ist für die BRD, daß die Importausgaben der westdeutschen Kapitalisten um fast zehn Milliarden Mark „statistisch“ überhöht sind. So rechnet die Bundesbank für 1981 mit einem „Exportüberschuß“ von über 20 Mrd. DM. Tatsächlich dürfte dieser bei über 30 Mrd. DM liegen.

Wenn die BRD 1979 und 1980 dennoch einen „Rückgang des Export-

Nur in wenigen Ländern ist das Recht auf Lohn-/Gehaltsfortzahlung erkämpft

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat kürzlich die vielen einzelnen Angriffe auf die gesetzliche Lohnfortzahlung zu einem einzigen Forderungspaket zusammengefaßt mit dem Ziel, die Lohn- und Gehaltsfortzahlung faktisch zu beseitigen und so die Lohnabhängigen auch krank zur Arbeit zu jagen, auf daß sie den Reichtum der Reichen noch schneller vermehren. 27,2 Mrd. DM hätten sie 1980 an Lohn- und Gehaltsfortzahlung zahlen müssen, wehklagen die Kapitalisten. Für sie sind diese Ausgaben nichts als Kosten, die ihre Profite schmälern und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen.

In der Tat: In keinem anderen Land des imperialistischen Westens hat die Arbeiterbewegung den Anspruch des Lohnabhängigen auf Lohn auch im Krankheitsfall in dem Ausmaße durchsetzen können wie in der BRD und in Westberlin. Doch hatte die Er kämpfung dieses Rechts mit dem Lohnfortzahlungsgesetz 1970 die Bedingungen für die Arbeiterbewegung in anderen Ländern erleichtert: Wo überhaupt entsprechende gesetzliche Regelungen existieren, sind sie in dieser Form *nach 1970* entstanden. Die Beseitigung dieses Rechts in der BRD würde die Kapitalisten in den betreffenden Ländern zu entsprechenden Angriffen geradezu antreiben, wenn sie nicht ihrerseits Nachteile gegenüber den westdeutschen Konkurrenten davontragen wollen. Die „Harmonisierung“ auf allerniedrigstem Niveau wäre unweigerliche Folge einer Niederlage der westdeutschen Arbeiterbewegung bei der Verteidigung der gesetzlichen Lohn- und Gehaltsfortzahlung.

In *Belgien* gelten für Arbeiter und Angestellte hinsichtlich der Dauer der Entgeltfortzahlung unterschiedli-

che gesetzliche Regelungen: Die Angestellten haben Anspruch auf 30 Tage Gehaltsfortzahlung, die Arbeiter dagegen nur auf eine Woche Lohnfortzahlung. Nach den 30 bzw. 7 Tagen zahlt die Krankenversicherung ein Krankengeld von 60% des Bruttolohnes/-gehaltes (Dauer: ein Jahr). In einem landesweit gültigen Tarifvertrag ist jedoch geregelt, daß die Kapitalisten den Arbeitern vom 8. bis zum 30. Tag ihrer Krankheit einen Zuschuß in Höhe der Differenz von Krankengeld und Nettolohn zahlen müssen.

In *Dänemark* müssen die Kapitalisten 5 Wochen lang 90% des Nettolohns für die Arbeiter, dagegen 100% des Nettogehalts für die Angestellten zahlen; ab der 4. Woche der Arbeitsunfähigkeit erhalten sie einen Teil der Entgeltfortzahlung von den Gemeinden zurück. Nach Ablauf der fünf Wochen zahlen die Gemeinden (als Träger des staatlichen Gesundheitsdienstes) für alle Lohnabhängigen 90% des Nettolohnes weiter.

In *Frankreich* müssen die Kapitalisten nur für Lohnabhängige, die sie

mehr als drei Jahre ausgebeutet haben, Lohn- und Gehaltsfortzahlung leisten, und zwar je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit mindestens 30 Tage lang 90%, hernach ebenfalls mindestens 30 Tage lang 66,6% des Bruttoentgelts. Die anderen Lohnabhängigen haben nach drei Karenztagen lediglich Anspruch auf ein Krankengeld in Höhe von 50% des Grundlohns.

In *Großbritannien* erhalten die Lohnabhängigen ein pauschales Krankengeld, das die Nationale Krankenversicherung zahlt, in Höhe von ca. 60% des Lohnes bzw. Gehaltes. Bei weiteren Versicherungszahlungen wird das Krankengeld entsprechend gekürzt. Eine gesetzliche Entgeltfortzahlung besteht nicht, in vielen Betrieben konnten die Gewerkschaften lediglich ein zusätzliches Krankengeld durchsetzen.

Ähnliche Regelungen gelten in *Irland*.

In *Italien* ist das Recht auf Entgeltfortzahlung nur für die Angestellten durchgesetzt: Sie erhalten 100% des Gehaltes für mindestens 90 Tage. Für die Arbeiter hingegen zahlt das „Staatliche Institut für soziale Vorsorge“ nach drei Karenztagen 20 Tage lang lediglich 50%, danach 66,6% des Bruttolohnes Krankengeld.



überschusses“ hinnehmen mußte, so war das ausschließliche Folge der Preiserhöhungen der OPEC-Staaten und anderer ölproduzierender Staaten. In der gleichen Zeit konnten die BRD-Imperialisten im Vergleich zu ihren imperialistischen Konkurrenten die Lohnstückkosten weiter senken.

Die Tabelle zeigt: Zwar haben die BRD-Imperialisten ihre Währung gegenüber der Mehrzahl ihrer Konkurrenten 1974–1981 mehrfach aufgewertet, was ihre Exporte zunächst einmal verteuerte. Gleichzeitig aber konnten sie die Zunahme der Lohnstückko-

sten durch Steigerung der Ausbeutung dermaßen gering halten, daß ihre Konkurrenzposition auf den Märkten dieser Länder heute besser ist als 1974. Wobei man dazu sagen muß, daß die hohen Lohnstückkostenzunahmen z.B. in Italien oder Großbritannien durchaus keine Realloohnerhöhungen bedeuten. Die Inflationsrate lag in diesen Ländern im gleichen Zeitraum noch höher. Für die westdeutschen Kapitalisten schuf dieser erneute Vorsprung in der Ausbeutung die Grundlagen, auf denen sie ihre jetzige neuerliche Exportoffensive durchführen können.

Auch in *Luxemburg* müssen die Kapitalisten nur für die Angestellten, und zwar 90 bis 120 Tage lang, 100% des Bruttogehaltes zahlen. Für die Arbeiter zahlt die gesetzliche Krankenversicherung ein Krankengeld in Höhe des Bruttolohnes, ein Jahr lang.

Entgeltfortzahlungen gibt es in den *Niederlanden* nur auf Grundlage tariflicher Vereinbarungen, meistens aber nur für die zwei Karenztage bis zur Zahlung eines Krankengeldes in Höhe von 80% des Bruttolohnes/-gehaltes durch die gesetzliche Krankenversicherung.

Ob in *Griechenland* die gesetzliche Entgeltfortzahlung existiert, ist uns nicht bekannt. Das Krankengeld, das höchstens ein halbes Jahr gezahlt wird, beträgt 50% des Durchschnittslohns der Versicherungsklasse, in der der jeweilige Reallohn liegt (insgesamt bestehen 22 Versicherungsklassen).

Die gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlungspflicht besteht ansonsten für die Kapitalisten nur noch in Österreich – auch hier allerdings sind die Arbeiter den Angestellten nicht gänzlich gleichgestellt – und in der Schweiz.

In *Japan* erhalten die Arbeiter und Angestellten lediglich ein Krankengeld

von der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 60% des Bruttolohnes/-gehaltes (drei Karenztage). In den meisten Großbetrieben konnten die Lohnabhängigen Zuschüsse der Kapitalisten durchsetzen.

In den *USA* existiert weder eine allgemeine gesetzliche Krankenversicherung (außer in fünf Bundesstaaten) noch eine gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlungspflicht. Wenn überhaupt, konnten die Gewerkschaften einen gewissen Krankenversicherungsschutz nur tarifvertraglich durchsetzen. Aber selbst in der Großindustrie zahlten die Kapitalisten nach einer Umfrage von 1978 nur zu 76% irgendeine Art von Krankengeld. Höhe und Dauer sind je nach Kampfkraft der Belegschaften äußerst unterschiedlich. Bei General Motors z.B. betrug der tarifvertraglich abgesicherte Krankengeldanspruch knapp 60%, und dies gilt eher schon als hoch. Für unzählige Arbeiter bedeutet krank zu werden die bitterste Armut.

Quellennachweis: Achim Seifert: Einkommenssicherung bei Krankheit in westlichen Industrieländern, Deutscher Instituts-Verlag 1980; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Soziale Sicherung in der Zukunft; Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Vergleichende Darstellung der Systeme der sozialen Sicherheit, Stand 1.7.1980.

Land	Lohnstückkosten 81, nat. Währung 1.1.1974 = 100	Lohnstückkosten 1981, in DM 1.1.1974 = 100
BRD	145,8	145,8
Belgien	199,8	180,8
Dänemark	219,9	159,7
Frankr.	256,2	175,5
GB	319,9	219,3
Irland	313,1	o.A.
Italien	385,9	165,1
NL	179,7	173,3
USA	185,6	155,4
Kanada	221,5	156,0
Japan	193,6	203,6
Österr.	171,7	180,0
Schweden	251,5	224,2
Schweiz	142,4	214,4

Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1981/82, S. 18. Die Angaben in der letzten Spalte sind wie folgt berechnet: Lohnstückkostenzunahme in dem jeweiligen Land 1974–81, verringert um die Abwertung seiner Währung gegenüber der DM bzw. (im Fall Österreichs, der Schweiz und Japans) vermehrt um die Aufwertung dieser Währungen gegenüber der DM seit 1.1.1974.

Daß die westdeutschen Kapitalisten trotz dieser beständigen Überschüsse im Warenexport dennoch ein Leistungsbilanzdefizit zu verzeichnen haben, ist das Ergebnis zweier westdeutscher Besonderheiten: der Spitzenstellung der BRD-Kapitalisten in der Antreiberei und Arbeitshetze für die



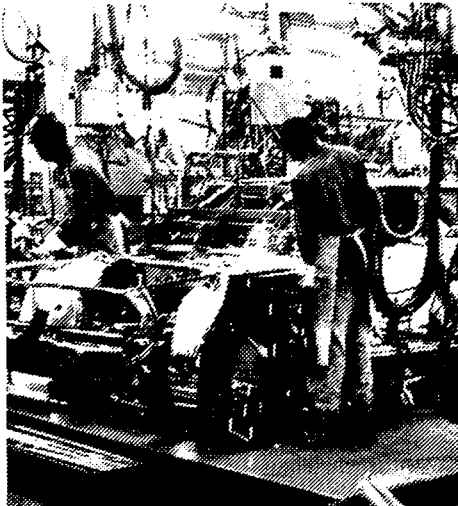
Von September 1980 bis September 1981 entließen die Kapitalisten allein in der Metallindustrie über 100 000 Lohnabhängige. In der gleichen Zeit steigerten sie ihre Exporte um 18,3%.

Lohnabhängigen und der Ausbeutung des größten Heeres ausländischer Lohnabhängiger in Europa. Das eine führt zu einem „Defizit“ vor allem in der Gesundheit und den Erholungsmöglichkeiten westdeutscher Lohnabhängiger und ist der Grund für die verhältnismäßig vielen Urlaubsreisen von Lohnabhängigen ins Ausland. Das andere führt zu alljährlich beträchtlichen Überweisungen ausländischer Lohnabhängiger in der BRD an ihre Familienangehörigen in ihren Heimatländern. Beides aber bedeutet ein „Defizit“ in der Leistungsbilanz. Die Statistik erfaßt nämlich jeden wirtschaftlichen

Gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung in ausgewählten Ländern

	Höhe in % des Bruttolohnes bzw. -gehaltes		Dauer in Tagen ¹	
	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte
Belgien	100	100	7	30
Dänemark	90 ²	100	35	35
BRD	100	100	42	42
Frankreich	90/66	90/66	30 ³	30 ³
Großbritannien	—	—	—	—
Irland	—	—	—	—
Italien	—	100	—	mind. 90
Luxemburg	—	100	—	90–120
Niederlande	—	—	—	—
Österreich	100	100/50	28 ⁴	42 ⁴ /28
Japan	—	—	—	—
USA	—	—	—	—

1) 1 Woche = 7 Tage, 1 Monat = 30 Tage. 2) des Nettolohnes bzw. -gehaltes. 3) Mindestens, die Dauer steigt mit Betriebszugehörigkeit, Maximum zweimal 90 Tage nach 33 Jahren. 4) Dauer steigt mit Betriebszugehörigkeit. Maximum 70 Tage bei den Arbeitern und 84 Tage bei den Angestellten nach 25 Jahren.



Auf den Warenexport folgt der Kapitalexport: Automobilproduktion in der BRD (links) und in Südafrika (rechts). Stundenlohn in Südafrika: 4,55 DM.

Vorgang „Geld an Ausland“ als „Defizit“ bzw. „Minus“. Zur Leistungsbilanz zählen aber neben Warenexporten und -Importen auch „Übertragungen“ (darunter die Überweisungen ausländischer Lohnabhängiger in der BRD an ihre Familien) und „Dienstleistungen“, worunter die Bundesbank auch Urlaubsreisen aufführt.

1980 betrug das gesamte Defizit der „Leistungsbilanz“ der BRD mit dem Ausland 29,832 Mrd. DM. Davon machten die Urlaubsreisen ins Ausland allein 37,818 Mrd. DM „Minus“ aus, die Überweisungen ausländischer Lohnabhängiger weitere 6,9 Mrd. DM, zusammen 44,7 Mrd. DM „Minus“. So verwandelt sich ein Überschuss im Warenexport in ein „Defizit der Leistungsbilanz“!

Das von Bourgeoispolitikern des öfteren scheinheilig beklagte „Defizit“ in der „Devisenbilanz“ (d.h. Leistungsbilanz sowie alle Kredite und Kapitalexporte und -importe) ist vor allem ein Ergebnis der Kapitalexporte der BRD-Kapitalisten. Die Bundesbank erfasst nämlich allen Kapitalexport als „Geld an Ausland“, d.h. als „Minus“. Je höher also der Kapitalexport, desto höher das Defizit in der Devisenbilanz! Es sei denn, die westdeutschen Kapitalisten erzielen solche Überschüsse im Warenexport, daß sie sämtliche Kapitalexporte (1980 immerhin 27,374 Mrd. DM langfristiger Kapitalexport!) aus ihren Warenexportüberschüssen bestreiten können.

Genau das aber haben die BRD-Imperialisten jahrelang gemacht. So erzielten sie 1974 ihren bisher größten Überschuss im Warenexport – 50,8 Mrd. DM nach Angaben der Bundesbank. Im nächsten Jahr steigerten sie ihren Kapitalexport auf die Rekordhöhe von 21,875 Mrd. DM, nach 9,484 Mrd. DM 1974. Seitdem ist der westdeutsche Kapitalexport nur zweimal – 1976 und 1979 – auf knapp unter 20 Mrd. DM gefallen. Ende Oktober letzten Jahres hatten die Kapitalisten seit

Jahresanfang erneut 18,7 Mrd. DM Kapital ins Ausland geschafft.

Warum dann überhaupt das Geschrei der Kapitalisten über die Gefährdung ihrer „Wettbewerbsfähigkeit“? Die Kapitalisten streben eine rabiate Lohnsenkung an, eine gnadenlose Anspannung der Arbeitskraft und Minderung des Lebensstandards der Lohnabhängigen, zwecks noch prächtigeren Gedeihens der Reichen und des Reichtums in der BRD. Eine solche Steigerung ihrer Profite würde ihnen – gerade bei Fortdauer der wirtschaftlichen Stagnation in den anderen imperialistischen Ländern – prächtige Chancen eröffnen. Sowieso ist die BRD bereits mit Abstand stärkste Wirtschafts- und Handelsmacht in der EG, zweitstärkste Handelsmacht der Welt und größter Exporteur von Fertigwaren in der Welt. Beschleunigte Kapitalakkumulation in der BRD und Steigerung des Warenexports in andere Staaten aber würde den Finanzbourgeois die Möglichkeit eröffnen:

- ihre wirtschaftliche Vorherrschaft in der EG zu festigen und sich zur unumstrittenen Hegemonialmacht in Westeuropa und alsbald im Mittelmeerraum aufzuschwingen

- ihre wirtschaftliche Infiltration in die RGW-Staaten noch einmal beträchtlich zu steigern (schon heute ist die BRD größter westlicher Warenexporteur in diese Staaten), die Verschuldung und Abhängigkeit dieser Staaten zu vergrößern und sich weitere Felder auch politischer Einmischungsmöglichkeiten zu erschließen

- auf den Weltmärkten als stärkste Handelsmacht aufzutumpfen, mittels Warenexporten zusätzliche Marktanteile zu erobern, diese durch Kapitalexporte auszubauen und sich zu einem internationalen Blutsauger erster Ordnung aufzuschwingen.

Am deutschen Wesen soll die Welt genesen! Die Gefräßigkeit dieses „deutschen Wesens“ ist den Völkern der Welt aus zwei imperialistischen

Weltkriegen noch frisch in Erinnerung. Deshalb treten die BRD-Bourgeois jetzt anders auf: „Ausbau der internationalen Arbeitsteilung“ und „Festigung der Kooperation“ sind ihre Lösungen. Was freilich nichts daran ändert, daß ihre Expansion eine gnadenlose Vernichtungskonkurrenz gegen rivalisierende Imperialisten und gegen die Wirtschaft der Staaten der Dritten Welt bedeutet. Oder, wie der CDU-Abgeordnete Dr. Waigel im Februar 81 vor dem Bundestag forderte: „Die Pionierleistung deutscher Ingenieure auf den Weltmärkten bedarf auch der politischen Rückendeckung.“

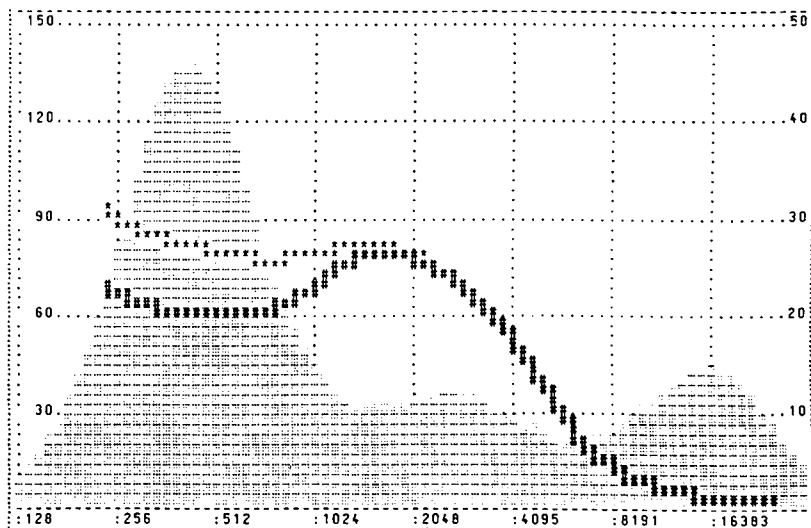
Warum sollten sich die westdeutschen Lohnabhängigen für dieses Expansionsprogramm ihrer Ausbeuter gewinnen lassen? Es ist doch einfach nicht wahr, wenn die Kapitalisten behaupten, „der Export sichert die Arbeitsplätze“. Schon die jetzigen „Exportserfolge“ der Kapitalisten sind Ergebnis brutalster Rationalisierungen in den Betrieben, die Massenarbeitslosigkeit also sozusagen das getreue Spiegelbild des Exporterfolgs. Nur daß das eine als klingende Münze in den Taschen der Kapitalisten landet, das andere dagegen Not und Elend der Lohnabhängigen bedeutet. Zweitens stachelt jeder Erfolg der BRD-Imperialisten im Export ihre Konkurrenten zu verbissenen „Aufholjagden“ an, d.h. ihrerseits zu schweren Lohnsenkungen und Rationalisierungen, also Entlassungen. Jede so den belgischen, französischen oder britischen Arbeitern aufgezwungene Lohnsenkung aber steigert gesetzmäßig den Druck der westdeutschen Blutsauger auf Lohn- und Lebensstandard der Lohnabhängigen in der BRD. Drittens schreiten die Kapitalisten nach jedem Erfolg im Warenexport zur „Marktsicherung“ durch Kapitalexport – sprich Fabrikschließung hier, neue Fabrik in Griechenland, Südafrika, Singapur usw. Jedes Nachgeben im wirtschaftlichen Kampf verschafft den Kapitalisten nur mehr Kapital für den Kapitalexport. Die Lohnabhängigen in der Textilindustrie, in der Elektroindustrie und anderen Branchen können ein Lied von den Folgen singen.

Es gibt also wirklich keinen vernünftigen Grund, warum die Lohnabhängigen in den anstehenden Lohnauseinandersetzungen die von den Kapitalisten geforderte „Zurückhaltung“ an den Tag legen sollten. Ganz im Gegenteil: Gerade weil die westdeutschen Kapitalisten so fett im „Exportgeschäft“ stecken, haben sie bei jedem Streik auch viel zu verlieren. Ein Verlust von Exportaufträgen würde die Kapitalisten in der angespannten wirtschaftlichen Lage schwer treffen. Ein entschlossener Streik könnte sie deshalb schneller zum Nachgeben zwingen, als mancher glauben mag.

„Arbeitsteilung“ zwischen Gläubigern und Schuldern

Die in dem nebenstehenden Schaubild dargestellte Verteilung der Bevölkerung von 126 Mitgliedsstaaten des Internationalen Währungsfonds zeigt eine deutliche Dreiteilung dieser Staaten nach der Entwicklung der Produktivkraft ihrer arbeitenden Bevölkerung. Die erste Gruppe umfaßt die Staaten der Dritten Welt, in denen bis heute der überwiegende Teil der arbeitenden Klassen in der Landwirtschaft tätig ist. Die Produktivkraft dieser Bauern ist gering – Folge der jahrhundertelangen kolonialen Knechtung und Ausplünderung. Soweit Warenproduktion stattfindet, besteht sie vorwiegend in der Lieferung von agrarischen und mineralischen Rohstoffen zu Spottpreisen an die Imperialisten. Jeder Kauf dringend benötigter Güter bei den Imperialisten treibt die Schulden in die Höhe. Um die Zinsen usw. aufzubringen, müssen die Regierungen die Bauern höher besteuern. Den Bauern fehlen so jegliche Mittel zur Entwicklung ihrer Produktion. Immer mehr werden ihres Bodens und ihrer Lebensmittel beraubt und zu Beschäftigung suchenden Armen, Lohnarbeitern. Die zweite Gruppe bilden die „Schwellenländer“ der Dritten Welt. Der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung, der jeglicher Produktions- und Lebensmittel beraubt ist und eine Lohnarbeit suchen muß, ist dermaßen gestiegen, daß für die Imperialisten auch die Anlage eigener Fabriken „lohnend“ wird. Die „Schwellenländer“ müssen sich fast alle ihre Kredite bei privaten Banken der Imperialisten leihen. Explosionsartig in die Höhe schnellende Zinsen sind die Folge. Die dritte Gruppe schließlich sind die imperialistischen Staaten. Die Verschuldung der Staaten der Dritten Welt bei *allen* Imperialisten zusammen ist etwa sechsmal so groß wie bei der BRD allein.

Erläuterungen zur nebenstehenden Tabelle und zum Schaubild: Grundlage für Tabelle und Schaubild waren die Daten über sämtliche Staaten, die am 31.12.1980 Mitglied im Internationalen Währungsfonds waren. Soweit über einzelne Staaten keine Angaben erhältlich waren, sind diese unter der Tabelle aufgeführt. Um statistische Ungenauigkeiten und zufällige Schwankungen im Bruttosozialprodukt auszuschalten, haben wir bei der Berechnung des Bruttosozialprodukts pro Kopf den Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1979 gebildet. Quellen: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1979, 1980 und 1981. Die Angaben für „Schulden an BRD“ (Stand: 17.8.1979) erfassen nur die öffentlichen und staatlich garantierten Schulden, nicht aber die privater Firmen in diesen Staaten an die BRD. Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Vierter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, S. 104f.



X-Achse: Leistungsklassen nach erzieltm Bruttosozialprodukt pro Einwohner. = Bevölkerung der Länder in Mio. (linke Skala). # = Durchschnittliche Verschuldung dieser Länder an die BRD 1979 in Promille ihres Bruttosozialprodukts 1979 (rechte Skala). * = Dieselbe Größe mit der Annahme einer Verschuldung Chinas vergleichbar der Verschuldung Indiens (Annahme: 7026 Mio. DM).

Land	BSP/Kopf 1977–79 in DM	Bevölk. 1979 Mio.	Schulden an BRD Mio. DM	Land	BSP/Kopf 1977–79 in DM	Bevölk. 1979 Mio.	Schulden an BRD Mio. DM
Bangladesh	185	88,9	866	Jordanien	1973	3,1	547
Äthiopien	245	30,9	173	Tunesien	1986	6,2	1096
Nepal	245	14,0	32	Malaysia	2287	13,1	251
Mali	251	6,8	222	Süd-Korea	2315	37,8	1781
Somalia	252	3,8	81	Jamaika	2403	2,2	29
Tschad	262	4,4	20	Türkei	2475	44,2	2853
Burundi	304	4,0	21	Panama	2663	1,8	0
Birma	307	32,9	640	Algerien	2674	18,2	5209
Obervolta	318	5,6	101	Mexiko	2732	65,5	507
Vietnam	342	52,9	70	Chile	2874	10,9	274
Ruanda	343	4,9	44	Fidschi	2914	0,6	0
Malawi	351	5,8	108	Südafr. Rep.	3079	28,5	o.A.
Indien	353	659,2	4773	Costa Rica	3103	2,2	46
Zaire	400	27,5	699	Brasilien	3191	116,5	14237
Afghanistan	412	15,5	218	Uruguay	3468	2,9	11
Sri Lanka	423	14,5	348	Rumänien	3592	21,9	o.A.
Niger	436	5,2	173	Irak	3917	12,6	818
Sierra Leone	440	3,4	102	Argentinien	3980	27,3	1762
Pakistan	460	79,7	2173	Portugal	4127	9,8	1478
Tansania	460	18,0	462	Surinam	4133	0,4	1
Benin	462	3,4	42	Barbados	4173	0,2	22
Gambia	462	0,6	25	Iran	4437	37,0	5394
Guinea	482	5,3	32	Malta	4580	0,3	43
VR China	510	970,9	0	Jugoslawien	4595	22,0	3312
Haiti	511	4,9	31	Zypern	4736	0,7	65
Madagaskar	530	8,5	117	Oman	5501	0,9	200
Zentralaf. Rep.	538	2,0	38	Trinidad u. T.	5861	1,2	0
Uganda	574	12,8	69	Venezuela	5913	14,5	271
Lesotho	581	1,3	24	Bahamas	6092	0,2	o.A.
Mauretanien	585	1,6	61	Griechenland	6770	9,3	2070
Togo	660	2,4	316	Singapur	6772	2,4	30
Kenia	662	15,3	626	Israel	7084	3,8	2613
Sudan	665	17,9	515	Irland	7124	3,3	o.A.
Indonesien	699	142,9	4616	Gabun	7388	0,6	132
Ghana	800	11,3	497	Spanien	7468	37,0	2156
Ägypten	802	38,9	2698	Italien	8447	56,8	o.A.
Samoa	812	0,2	16	Bahrain	8898	0,4	54
Senegal	823	5,5	155	Großbritannien	10650	55,9	o.A.
Jemen DVR	838	1,9	1	Neuseeland	11591	3,1	o.A.
Kamerun	913	8,2	421	Saudi-Arabien	14271	8,6	9469
Jemen AR	938	5,7	215	Finnland	14319	4,8	o.A.
Liberia	938	1,8	907	Japan	14645	115,7	o.A.
Honduras	962	3,6	82	Österreich	14723	7,5	o.A.
Sambia	975	5,6	648	Libyen	14788	2,9	2138
Zimbabwe	995	7,1	o.A.	Australien	16602	14,3	o.A.
Thailand	1014	45,5	692	Frankreich	17251	53,4	o.A.
Philippinen	1056	46,7	286	Niederlande	17414	14,0	o.A.
Botswana	1086	0,8	213	Island	17443	0,2	o.A.
Nigeria	1109	82,6	882	Kanada	18583	23,7	o.A.
VR Kongo	1126	1,5	5	Belgien	18631	9,8	o.A.
Papua-Neuguinea	1157	2,9	0	USA	19509	223,6	o.A.
Guayana	1163	0,8	14	Norwegen	19521	4,1	o.A.
Bolivien	1165	5,4	298	BRD	19611	61,2	—
Swasiland	1264	0,5	61	Dänemark	20134	5,1	o.A.
El Salvador	1277	4,4	9	Luxemburg	21169	0,4	o.A.
Marokko	1326	19,5	895	Schweden	21283	8,3	o.A.
Peru	1592	17,1	535	Schweiz	24321	6,5	o.A.
Nikaragua	1608	2,6	104	Katar	27746	0,2	73
Elfenbeinküste	1732	8,2	438	Kuwait	29912	1,3	393
Kolumbien	1743	26,1	507	Ver. Arab. Em.	30212	0,8	559
Mauritius	1773	0,9	4				
Paraguay	1788	3,0	289				
Ekuador	1842	8,1	215				
Guatemala	1844	6,8	62				
Dominik. Rep.	1864	5,3	10				
Syrien	1956	8,6	484				

IWF-Mitglieder, aber keine Angaben erhältlich: Aquatorial-Guinea, Grenada, Guinea-Bissau, Demokratisches Kambodscha, Kap Verde, Laotische DVR, Libanon, Malediven, Salomonen, Sao Tome und Principe, St. Lucia, Seychellen und Dominica.

Begrenzung der Bereitschaftsdienste

Die Tarifverhandlungen über eine Neuregelung der Bereitschaftsdienste zwischen der ÖTV und Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden werden am 27./28.1.82 weitergeführt. Die ÖTV fordert u.a.: Begrenzung der Anzahl der in einem Kalendermonat zu leistenden Bereitschaftsdienste; Anspruch auf Freizeit im Anschluß an einen geleisteten Bereitschaftsdienst. Der Dienstherr hat bisher rigoros abgelehnt. Die ÖTV fordert die Beschäftigten in den Krankenhäusern auf, ihre Forderungen verstärkt durch Versammlungen und Aktionen deutlich zu machen.

Wehrpflichtige gegen Kürzung

354 Wehrpflichtige der Wildermut-Kaserne, Böblingen, protestierten in einem offenen Brief an den Wehrbeauftragten des Bundestages gegen die Kürzung der 50 DM Sparförderung. Dies entspräche einer Wehrsoldkürzung um 21%: „Wir fragen uns, ob das uns Wehrpflichtigen ... die materiell und zeitlich stark eingeschränkt sind, beruflich eine

200 Beschäftigte des Druckzentrum Düsseldorf traten am 21.12. gegen 20 geplante Entlassungen in Streik. Der Betriebsrat spricht von „Salami-taktik“ bei Rationalisierungs-vorhaben. Bild: Lohnstreik bei der Rheinischen Post 1976. —

Im Süddeutschen Verlag München führten 200 Beschäftigte aus Satz und Chemigrafie einen einstündigen Warnstreik am 16.12. durch. Die Geschäftsleitung weigert sich, sie nach der neuen Gehaltsstruktur höherzugruppieren. 50 Angestellte sollen bis 300 DM monatlich abgruppiert werden. Es wird weiter verhandelt.

Lücke von 15 Monaten in Kauf nehmen müssen, über keine Lobby im Bundestag und über keine Soldatengewerkschaft verfügen, nur deshalb zugemutet wird, weil man glaubt, gegen uns eine solche Ungerechtigkeit am leichtesten durchsetzen zu können.“ Stattdessen wird der Verzicht auf zwei Tornado-Flugzeuge gefordert. Dadurch würde die Verteidigungskraft weitaus geringer geschwächt, als „durch den steigenden Unmut der Soldaten, einen Staat zu schützen, der so wenig für seine Beschützer tun will.“



In Costa Rica bestreiken 6000 Arbeiter die Bananenplantage der Standard Fruit Company in Siquirres und Rio Frito an der Atlantikküste. 1500 von ihnen streiken seit Anfang Dezember. Die Arbeiter fordern von dem US-imperialistischen Monopol den Abschluß von neuen Tarifverträgen über eine Lohnerhöhung von 60%. Vor kurzem wurden die Preise für die Produkte des Grundbedarfs um mehr als 77% erhöht. Die Arbeiter auf den Bananenplantagen führten den letzten großen Streik 1980 gegen die US-Monopole. Sie forderten damals Lohnerhöhung und die Wiedereinstellung von Arbeitern, die wegen Streiks entlassen worden waren. Die US-Monopole kontrollieren 60% der Bananenausfuhr des Landes. Sie zahlen für jede Kiste Bananen lediglich 45 US-Cent Exportsteuer, bei einem Exportpreis 1980 von 3 US-Dollar je Kiste von 18 kg. Standard Fruit Company ist in Costa Rica das zweitgrößte US-Monopol im Bananensektor. Das US-Monopol, das äußerst niedrige Löhne zahlt, streicht jährliche Profite ein, die auf 12 Mio. US-Dollar geschätzt werden.



Keine Schließung von Videocolor!

Das Werk Videocolor in Ulm mit 17000 Beschäftigten soll bis April 1982 geschlossen werden, obwohl die hier produzierte Mittelformatröhre (56 cm) steigende Absatzzahlen verspricht. AEG-Telefunken und Thomson-Brandt hatten letztes Jahr vereinbart, die Farbbildröhrenfertigung in Anagni (Italien) zu konzentrieren. Gegen die Konzernpolitik demonstrierten Anfang Dezember 150 Beschäftigte vor dem Stuttgarter Landtag und im Wirtschaftsministerium. Kurzfristig wurde auch das Werk in Ulm besetzt. Die Forderung von Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall, das Werk in Ulm zu erhalten, beantwortete Thomson-Brandt, ab 1982 Alleingesellschafter, mit einem Antrag auf Vergleich beim Amtsgericht Ulm und mit 368 Kündigungen zum 23.1. Daraufhin trat die Belegschaft am 11. Januar in den Streik. Das Verhalten der Politiker bezeichnet die IG Metall „skandalös“.

VW zahlt 59er-Regelung

Seit 1. Januar ist bei VW eine Betriebsvereinbarung über die Fortführung der 59-Regelung in Kraft. Der Gesamtbetriebsrat konnte erreichen, daß VW alle Kosten trägt. Im Rahmen der Sparbeschlüsse hat die Bundesregierung die Gelder, die von den Sozialversicherungen für die 59er-Regelung aufgebracht wurden, gestrichen. Nur wenn die Unternehmen bereit sind, die Kosten, die bisher von der Arbeitslosen- und Rentenversicherung gezahlt wurden, zu übernehmen, ist die Vereinbarung einer 59er-

Regelung möglich. Rund 40 Millionen DM im Jahr muß VW jetzt zusätzlich an die Arbeitslosen- und Rentenversicherung zahlen. Für jeden Arbeiter oder Angestellten, der die Regelung in Anspruch nimmt, zahlt VW jetzt zwischen 21000 und 31000 DM mehr. — Seit 1974 haben allein 12000 Beschäftigte im VW-Konzern die 59er-Regelung genutzt, so daß die Sozialversicherungen erheblich belastet wurden. Als die Regierungspläne bekannt wurden, die Zahlungen zu streichen, hatte der Gesamtbetriebsrat dagegen protestiert, da der wachsende Verschleiß der Arbeitskraft frühere Verrentung erfordert. Mit der jetzt erzielten Regelung ist jedoch erreicht, daß die die Frühverrentung bezahlen, die sie auch verursachen.

IGBE: Gewerkschaftl. Ausländerarbeit

Essen. Erneut hat die IG Bergbau und Energie (IGBE) vor kurzem eine Ausländerkonferenz durchgeführt. Mehr als 15%, etwa 38000 der insgesamt 250000 Beschäftigten in allen Bergbauzweigen, sind Ausländer. Allein 27750 davon sind türkischer Nationalität. Der Organisationsgrad gerade der türkischen Arbeiter liegt über dem Gesamtdurchschnitt von 94,6%. Der Anteil der ausländischen Betriebsräte konnte gesteigert werden. Wenn er mit 4% auch insgesamt noch niedrig ist, so ist doch in allen Betriebsräten mindestens ein ausländischer Arbeiter. Angekündigt hat die IG Bergbau jetzt die Beteiligung an einem Wohnungsbauprogramm, mit dem speziell für ausländische Arbeiter bessere Wohnverhältnisse geschaffen werden sollen.

Keine Möglichkeit zur Rationalisierung soll ausgelassen werden

Traunreut. Mit der seit Anfang Januar begonnenen Aufwand-Nutzen-Analyse greift die Rationalisierungswelle im Bosch-Siemens-Hausgerätewerk verstärkt auf die Bereiche der Zeitlöhner und Angestellten über. Nachdem die Kapitalisten keine Möglichkeit zur Rationalisierung an den Akkordarbeitsplätzen auslassen, werden jetzt Bereiche wie Werkzeugbau, Revision, Lager, Disposition durchforstet. Im Werk Westberlin erprobte Rationalisierungsmaßnahmen werden Zug um Zug in Traunreut durchgeführt:

- Die einzelnen Revisionsstationen werden mit Datensichtgeräten ausgerüstet, die Revision erfolgt elektronisch. Die Daten werden an den Großrechner überspielt. Das Führen von Stückzahlzetteln und Akkordkarten wird dadurch von seiten der Kapitalisten überflüssig, die Bearbeitung der Lohnabrechnungstreifen vereinfacht.

- Die Bereiche Warenannahme, Lager und Eingangsprüfung werden mit einem Rechner ausgestattet (autonomes Subsystem), der ebenfalls mit dem Großrechner in Verbindung steht. Zwei Beispiele über die Auswirkung auf die Lagerarbeit: Der Einlagersteward liest den codierten Beleg des Behälters mit Lesestift ein, tastet die eingelagerte Menge von Hand in den Bildschirm des Datensichtgerätes, der Rechner vergibt den Leerplatz, überwacht die Steuerung bis zur Ablage der Palette im Fach. Beim Materialbezug: Die codierte Bezugskarte wird eingelesen, sodann gibt der Rechner Auskunft über den Bestand. Lagerabgänge werden sofort verbucht.

- Der Werkzeugbau soll bis 1985 umgerüstet werden auf rechnergesteuerte Produktion und rechnergestützte

Konstruktion. Ein Versuch im Werk Westberlin hat zum Ergebnis, daß zwölf Werkzeugmacher und zwei Konstrukteure wegrationalisiert werden können.

Die Investitionen der Kapitalisten haben 1980 mit 61 Mio. DM einen Höhepunkt erreicht, Bosch-Siemens hat seinen Anteil am Hausgerätemarkt weiter ausbauen können, insbesondere die Exportgeschäfte sind in die Höhe geschwollen, während der Absatz im Inland rückläufig ist. Die Exportquote liegt jetzt bei mehr als 30%.

Betriebsrat und Gewerkschaft gelingt es nur vereinzelt, sich gegen die vielzähligen Maßnahmen der Kapitalisten durchzusetzen. Die Aufwand-Nutzen-Analyse wird von der IG Metall angegriffen, ein „Interessenausgleich und Sozialplan“ verlangt, und „zwar schon im Vorfeld der Untersuchung“. Erreicht werden konnte, daß die Beschäftigten, die in der Disposition wegrationalisiert werden sollen, nicht entlassen, sondern umbesetzt werden. Eine Lohnsenkung durch Umwandlung von Akkordlohngruppe SAB 04 in Zeitlohngruppe SAB 06, was eine Lohneinbuße von 0,90 DM pro Stunde bedeutet hätte, konnte der Betriebsrat mittels Betriebsvereinbarung verhindern. Eine auf drei Jahre unkündbare außertarifliche Zulage wird als Ausgleich gezahlt. Ebenfalls konnte verhindert werden, daß die Linienbetreuer statt nach SAB 06 nur noch nach SAB 05 gezahlt werden.

Abgruppierungen mußten hingenommen werden im Zusammenhang mit der Einführung neuer Maschinerie, so die Schweißer am Roboter von SAB 07 auf SAB 05. Mit der Einführung der neuen Herdreihe ist durch Vereinfachung der Kabelverdrahtung ebenfalls

eine Abgruppierung von SAB 04 in 03 durchgesetzt worden. Die jährliche Eingruppierungsüberprüfung ergab, daß von 1400 Akkordarbeitern 80 ab- und 170 höhergruppiert wurden. Täglich werden ganze Kolonnen von Arbeitern umbesetzt von einer Abteilung in die nächste, von einer Halle in eine andere. Da es keine festen Arbeitsplätze gibt und sich die Stammlohngruppe nach der Lohngruppe richtet, in der am meisten geschäftet wurde, kommt in den Auf- und Abgruppierungen auch ein wenig die „grenzenlose Siemens-Mobilität“ ans Licht.

Wird beispielsweise eine Arbeiterin in Stammlohngruppe SAB 04 eingestuft und verrichtet in einem Jahr Tätigkeiten in SAB 04 zu 25%, in SAB 03 zu 35% und in SAB 02 zu 40%, so wird sie im folgenden Jahr in Stammlohngruppe SAB 02 eingestuft. Die Mobilität erreicht dort ihren Höhepunkt, wo die Beschäftigten zwischen Hausgerätewerk und Siemens-Leuchtenwerk je nach Lage der Konjunktur ausgetauscht werden.

Bosch-Malaysia

Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Kämpfe

Stuttgart. Eine kleinere Gruppe Gewerkschafter von Bosch in Stuttgart-Feuerbach untersuchte die Lage der Arbeiter in den Bosch-Fabriken in Malaysia, um der massiven Propaganda der Bosch-Kapitalisten über Fleiß, Zufriedenheit und Anspruchslosigkeit der dortigen Arbeiter entgegenzutreten. Folgendes fanden sie unter anderem heraus:

Die größte Fertigungsstätte von Bosch in Fernost liegt auf der Insel Penang in Malaysia. Seit 1972 wurde ein großer Teil der Produktion von Tonfilmkameras und Projektoren aus dem Werk Stuttgart-Untertürkheim dorthin verlagert.

Mehrere Gründe sprachen damals wie heute für diesen Standort, einer sogenannten Freien Produktionszone: Gewerkschaftliche Betätigung ist in diesen Zonen Malaysias verboten, den ausländischen Firmen gibt der malaysische Staat Steuerfreiheit in den ersten fünf Jahren, Ermäßigung um 90% in den nächsten zehn Jahren und in den nachfolgenden Jahren Ermäßigung um 40%, die Infrastruktureinrichtungen wie Hafen und Flughafen sind gut ausgebaut. Wesentlicher Faktor ist aber das Arbeitskräftepotential:

So sind bei Bosch-Malaysia 85% der 1700 Beschäftigten weiblich, ihr Durchschnittsalter beträgt 21/22 Jahre, der Anfangslohn circa 120 DM monatlich, was zur Ernährung einer Fami-



lie nicht ausreicht. Deshalb stellt Bosch nur unverheiratete Frauen ein. Ihre Anlernzeit beträgt ein bis zwei Wochen, eine Ausbildung erhalten sie nicht. Der Betrieb legt jedoch Wert darauf, daß nur Arbeiterinnen mit einer weiterführenden Schulbildung (8–9 Jahre Schulbesuch) eingestellt werden. Insgesamt kosten die 13 westdeutschen Führungskräfte Bosch mehr als alle in der Produktion beschäftigten 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Zulieferer der Halbfertigprodukte sitzen in Stuttgart und Turin, darüber hinaus in Taiwan, Hongkong und Singapur. Der einheimische Anteil an Rohmaterial beträgt zwischen 5 und 10% (zumeist Verpackungsmaterial), die fertigen Filmkameras werden zu 100% exportiert – zollfrei.

Vom ersten Tag der Beschäftigung an sprechen die Manager bewußt die patriarchalische Struktur der Familien an, um die Arbeiterinnen zur Leistungsbereitschaft und zur Unterwürfigkeit anzuhalten: So tragen diese T-Shirts mit der Aufschrift *Bosch-family* (siehe Bild) als ihre Uniform. Gearbeitet wird meist am Mikroskop und in Montagegruppen, die Gesundheit ist schnell ruiniert.

Zur Verhinderung allzu raschen Raubbaus an der Gesundheit erließ die malaysische Regierung 1979 Gesetze, die die Verlängerung des Jahresurlaubs, die Anzahl gesetzlicher Feiertage, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das Mutterschaftsgeld und Zuschläge bei Überstundenarbeit bestimmen.

Gegen die Niedrigstlöhne streikten 1980 Arbeiterinnen in fünf Elektrofabriken auf Penang und erzwangen eine Erhöhung des Tageslohns um 1,60 DM bis 2,40 DM. Noch ist ihre Gewerkschaft nicht offiziell anerkannt, aber sie sind nahe daran, dies zu erreichen. Den Kampf zur Anerkennung der Elektronikarbeitergewerkschaft führen sie seit 1974.



Acht Alteninitiativen führten im Juli 81 in Hamburg einen Gegenkongreß zum gleichzeitig stattfindenden „Internationalen Gerontologenkongreß“ durch. Gefordert wurde u.a. eine Volksrente von 1250 DM mindestens, sofortige Auszahlung der 13%igen Rentenkürzung der letzten 3 Jahre, wohnliche Heime in Selbstverwaltung, Einstellung von mehr Pflegekräften.

Sozialhilfe

Auswirkungen der Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes

Hamburg. Mit dem 2. Haushaltsstrukturgesetz hat auch das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) eine Reihe einschneidender Änderungen zum 1.1.1982 erfahren. Wir wollen im folgenden die wichtigsten Änderungen darstellen.

§ 15b BSHG: Überbrückungszahlungen können jetzt als Darlehen bewilligt werden, wenn sie nicht länger als ein halbes Jahr gezahlt werden und keine Ansprüche bei anderen Sozialleistungsträgern bestehen. Diese neue Vorschrift betrifft insbesondere Arbeitslose ohne Anspruch auf Arbeitslosenhilfe und Kranke, die keinen Anspruch mehr auf Krankengeld haben („ausgesteuert“ sind).

§ 18/19 BSHG: „Arbeitsgewohnheitsmaßnahmen“ sind jetzt auch für die Personen durchzuführen, denen eine Arbeitserlaubnis nicht erteilt wird. Damit ist die Legalisierung der Zwangsarbeit für Asylbewerber perfekt, sie können jetzt zu allen vom Staat zu vergebenen Arbeiten gezwungen werden, „soweit kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechtes begründet wird“. In Hamburg werden solche Tätigkeiten für Sozialhilfeempfänger derzeit mit 1,20 DM pro Stunde entlohnt; die Sozialhilfe wird gekürzt oder gestrichen, wenn der Hilfeempfänger die Arbeit nicht antritt.

§ 21 (3) BSHG: Das Taschengeld für Heimbewohner wird drastisch gekürzt. Bislang erhielt ein Heimbewohner, der seine gesamte Rente zur Deckung der Heimkosten einsetzte, ein erhöhtes Taschengeld (in Hamburg 1981 höchstens 157 DM); der Erhöhungsbetrag konnte 25% seines Einkommens, höchstens jedoch 20% des Regelsatzes eines

Haushaltsvorstandes (in Hamburg 344 DM) betragen; ab 1.1.82 darf der Erhöhungsbetrag höchstens 5% des Einkommens und maximal 15% des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes betragen.

§ 22 (4) BSHG: Die Regelsatzerhöhung wird für 1982 und 1983 auf 3% jährlich festgeschrieben. Bisher war die Erhöhung der Regelsätze Angelegenheit der Länder und – regional unterschiedlich – am Nettolohn unterer Lohngruppen orientiert; Erhöhungen unter 4% hatte es dementsprechend in den letzten Jahren nicht gegeben.

§ 23 BSHG: Der Mehrbedarf von 30% auf den monatlichen Sozialhilfe-Regelsatz wird auf 20% gesenkt. Diesen Mehrbedarf erhalten Erwerbsunfähigekeitsrentner, Personen über 65 Jahre, Tuberkulosekranke während der Dauer der Heilbehandlung, alleinerziehende Elternteile mit zwei bzw. drei Kindern und Schwangere; für die letztere Personengruppe galt der Mehrbedarf bislang für die gesamte Dauer der Schwangerschaft wegen des qualitativ und quantitativ erhöhten Ernährungsbedarfes, jetzt wird dieser Mehrbedarf erst ab 6. Schwangerschaftsmonat bewilligt. – Behinderte, die eine Schul- oder Berufsausbildung im Rahmen der Eingliederungshilfe erhalten, bekamen bisher einen Mehrbedarf von 50% auf den Regelsatz, jetzt nur noch 40%; ebenso ergeht es den alleinerziehenden Elternteilen mit vier und mehr Kindern.

§ 23 (4) BSHG: Diese neue Vorschrift besagt, daß Krankenkostzuschläge, etwa für Krebs oder Zucker, nur noch an solche Personen gezahlt werden, die laufende Hilfe zum Lebensun-

terhalt erhalten. Bislang galt für diese Leistungen eine Einkommensgrenze in doppelter Höhe des Regelsatzes zuzüglich der Miete.

§ 49 (2) BSHG: Die Behandlung in Kur- und Badeorten wird für Tuberkulosekranke gestrichen.

§ 67 BSHG: Blindengeld wird nicht mehr an den jeweiligen Erhöhungen der Pflegezulage III des Bundesversorgungsgesetzes orientiert (1982: 788 DM monatlich), sondern auf 750 DM für 2 Jahre festgeschrieben und ab 1984 entsprechend den Rentenerhöhungen angehoben.

§ 69 BSHG: Bislang konnten Personen, die wegen der Pflege eines Angehörigen ihre Arbeit aufgeben mußten, vom Sozialamt Beiträge zu einer freiwilligen Rentenversicherung in alter Höhe erhalten; dies entfällt jetzt für Personen, deren Altersversorgung anderweitig gesichert ist, etwa durch bereits vorhandene eigene Ansprüche oder durch abgeleitete aus der Versicherung des Ehepartners.

§ 69 (4) BSHG: Das Pflegegeld für die den Blinden gleichgestellten Behinderten (z.B. Rollstuhlfahrer) wird wie das Blindengeld auf 750 DM festgeschrieben und erstmalig 1984 entsprechend den Rentenerhöhungen angepaßt.

§ 81 BSHG: Die besondere Einkommensgrenze für die Leistungen der Eingliederungshilfe für Schwerbehinderte wird gesenkt auf den 3-fachen Regelsatz eines Haushaltsvorstandes, statt wie bisher sich an der allgemeinen Bemessungsgrundlage der Rentenversicherungen zu orientieren. In Hamburg z.B. bedeutet dies eine Senkung der Einkommensgrenze von 1073 DM auf 1032 DM.

§ 120 BSHG: Asylbewerber haben jetzt nur noch Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt, die möglichst nicht in Geldform, sondern in Sachleistungen erbracht werden soll. Hilfe in besonderen Lebenslagen wie z.B. Krankenschein, Zahnersatz, Pflegegeld ist jetzt eine Kann-Leistung.

Rettungsdienst CDU fordert Privatisierung

Nordfriesland. Die CDU in Nordfriesland hat einen Plan zur Kostendämpfung im Rettungsdienst vorgelegt, der vorsieht, den kommunalen Rettungsdienst zu reprivatieren und die Trägerschaft an das Deutsche Rote Kreuz (DRK) zu übertragen. Durch „Stärkung des ehrenamtlichen Elements“ sollen die freigesetzten Stellen durch Mitarbeiter aus Hilfsorganisationen sowie der Bundeswehr besetzt werden.

Als Vorbild dient hier der Kreis Schleswig-Flensburg. Die Rettungswachen in Schleswig und Kappeln z.B. sind mit hauptamtlichen Mitarbeitern des DRK sowie ehrenamtlichen Helfern aus dem 3. Sanitätszug von Glücksburg und der Bundeswehr Olpenitz besetzt. In einigen Wachen werden die örtlichen Feuerwehren herangezogen. Die ehrenamtlichen Helfer arbeiten auf Abruf und werden über Funk zum Unfallort gerufen, wobei dann auf keinen Fall mehr gewährleistet ist, daß die im Rettungsdienstgesetz vorgeschriebenen höchstens 15 Minuten Anfahrtszeit des Rettungswagens eingehalten werden.

Die CDU Nordfriesland hat nicht nur ihren Vorschlag zur Privatisierung vorgelegt, sondern gleich darauf einen Appell an alle Husumer Ärzte losgeschickt, sich für diese freiwilligen Dienste zu melden. Das lehnt die ÖTV ab, weil dies eine Überlastung der örtlichen Ärzte bedeute und zu Lasten der Krankenhäuser gehe, womit die Qualität der Versorgung gefährdet sei. Der Vorschlag der FDP im Kreistag Nord-



friesland, im Rettungsdienst ab sofort bis Ende 1982 alle freiwerdenden Stellen nicht neu zu besetzen, fand ebenfalls den Beifall der CDU.

Die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Nordfriesland verurteilte diese Rationalisierungspläne. Die ÖTV Nordfriesland hat Widerstand angekündigt, da der Krankenhausbereich „nicht auf Kosten von Patienten und Beschäftigten geschrumpft werden“ soll. Die ÖTV fordert ein „Strukturprogramm zum gezielten Ausbau der Gesundheitsvorsorge und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern“. Der Kreisvorsitzende der ÖTV kritisierte, daß die Höhe der Pflegesätze für zwei Jahre von der Entwicklung der Grundlohnsumme abhängig gemacht werden soll. Dadurch werde eine Bekämpfung des Personalmangels unmöglich.

Trinkwasser Verdreht durch Kapitalisten

Mannheim. 1948 kostete der Kubikmeter Trinkwasser die Mannheimer Haushalte 48 Pfg.; im November 1981 wurde auf 1,64 DM erhöht. Begründet wurde die letzte Erhöhung mit den rund 13, im Endausbau gut über 20 Mio. DM, die die Mannheimer Stadtwerke MVV für eine Aktivkohlefilteranlage im größten Wasserwerk der MVV investiert. Diese Investition ist nötig durch die Verschmutzung des Grundwassers mit Chlorkohlenwasserstoffen durch eine Reihe, nur teilweise namentlich bekannter Industriebetriebe (wie die Chemiefirmen Kluthe und Kausa). Ein Antrag des grünen Stadtrates Ahrens, statt der Belastung der Tarifabnehmer die Millionen von den Verursachern zu holen, wurde abgelehnt mit dem Hinweis auf die geringe Erfolgchance solcher Prozesse.

Rund 30 Mio. m³ fördert die MVV pro Jahr Mannheimer Grundwasser. Mindestens 45 Mio. fördert die Industrie aus eigenen Brunnen zu den puren Förderkosten, am meisten die Papierwerke Waldhof Aschaffenburg (ca. 15 Mio. m³/Jahr), Daimler Benz und Goldschmidt (je ca. 5 Mio.). Mannheimer Industriebetriebe verfügen nach Unterlagen der Abteilung Wasserrecht des Polizeipräsidiums über vom Land verliehene Wasserrechte von 102 Mio. m³ pro Jahr. Die MVV nur von 34,5 Mio.

Absenkungen der Grundwasserleiter, im Mannheimer Kernbereich bis zu neun Meter, sind die Folge der starken Entnahme. Dabei wird das Grundwasser in den Industriebetrieben meist nur als Brauchwasser (Kühl- und Waschzwecke) genutzt; die Verwendung von (qualitativ schlechterem) Filtrat des Rheinwassers wäre in vielen Fällen möglich. Jedoch: Die Beschaffung und Aufbereitung käme die Industrie gewiß teurer als das schlichte Abpumpen des qualitativ guten Grundwassers. Dafür muß die MVV rund 150 Mio. DM zur Erstellung von Wasserwerken und Transportleitungen bei Schwetzingen und Hockenheim investieren, um an Grundwasser heranzukommen. Dort soll dann übrigens dem Trinkwasser zu einem Drittel Rhein-Uferfiltrat beigegeben werden. 1971 hatte der Mannheimer Gemeinderat einen Anschluß- und Benutzungszwang an die Stadtwerke-Trinkwasserversorgung beschlossen. Bis heute ist er nicht durchgesetzt. Die Industrie fördert weiter billig in Massen, während die Mannheimer Haushalte dafür die Zeche zahlen.

Ausländerpolitik Stuttgart richtet Ausländerausschuß ein

Der Stuttgarter Gemeinderat beschloß Ende November 1981 einen Ausländerausschuß bis 1984 einzurichten. Die Bildung solcher Ausschüsse wird vom Deutschen Städtetag sehr empfohlen; es gibt sie zum Beispiel in Nürnberg, Mannheim und Ulm. Neu im Gegensatz zum bisherigen Ausländerbeirat in Stuttgart ist, daß die Vertreter der ausländischen Gruppen durch Direktwahl bestimmt werden.

Die CDU hat in der Gemeinderatsdebatte klargelegt, was sie sich darunter vorstellt. Er „wird und kann ... kein Schritt zum Kommunalwahlrecht sein“, und ferner will sie, „daß bei der Wählbarkeit der Vertreter so gut wie ausgeschlossen werden kann und auch muß, daß radikale Kräfte von rechts und links Wortführer ihrer Landsleute werden können.“

Während unter dem Stichwort der „Integration ausländischer Mitbürger“ diese Ausschüsse angepriesen werden, betreibt die Stadt Stuttgart eine Ausländerpolitik, die reaktionäre Kräfte unterstützt und fortschrittliche behindert. OB Rommel (CDU) hat einen Antrag der SPD-Fraktion, künftig faschistischen türkischen Organisationen keine Räume mehr zu gewähren, abgelehnt, weil dies dem Gleichheitsgrundsatz widerspreche. Kurz zuvor hat die ATIF (Verein türkischer Arbeitnehmer in Westdeutschland), die dafür bekannt ist, daß sie die faschistische Junta in der Türkei angreift, ein Kündigungsschreiben für ihre bis 1985 gemieteten städtischen Räume erhalten. Darin heißt es: „nach § 1 ... des Mietvertrages ... hat die Landeshauptstadt Stuttgart ... das Recht, auch ohne Angabe von Gründen die erteilte Nutzungserlaubnis zu widerrufen. Wir machen von diesem Recht Gebrauch ...“

Dieser Art „Integrationspolitik“ Schranken zu setzen, wird einem beratenden Ausschuß kaum möglich sein. Die GRÜNEN haben in der Gemeinderatsdebatte das Kommunalwahlrecht „so bald wie möglich“ gefordert. Eine Forderung, die seit längerem auch ausländische Organisationen und Gewerkschaftsgremien, wie z.B. die Vertreterversammlung der IG Metall Stuttgart, aufstellen. Die „Interessengemeinschaft ausländischer Mitbürger e.V.“, die z.Zt. gegen Ausländerfeindlichkeit auftritt, wird im Juni d.J. in Böblingen eine Tagung zum Kommunalwahlrecht durchführen.

Musterschüler-Schulmeister - Niedersachsen - 1986 „Charakterbildung!“



Über die Methoden des Erziehers Albrecht ist noch nicht viel bekannt, nur daß er seine eigenen Kinder zur Bestrafung z.B. Brennesseln pflücken ließ. (s. W. Bittner, „Sturmfest und erdverwachsen“)

CDU Niedersachsen

Weniger Ausbildung, stärkerer Erziehungsauftrag der Schule

Hannover. Bereits im Sommer 81 hat die CDU-Regierung Niedersachsen ihre Schulpolitik in einer halbseitigen Annonce bilanziert, die in fast allen Zeitungen des Landes erschien: „Unterrichtsausfall abgebaut ... weniger Schüler in einer Klasse.“ „Vergleichbare Leistungen hat kein anderes Bundesland vorzuweisen.“

Bei erstem Nachprüfen stellt sich heraus: Der Unterrichtsausfall minderte sich vom 2.10.78 bis zum 2.10.80 an Grundschulen von 5,0 auf 2,2%, an Orientierungsstufen von 6,3 auf 3,0%, an Hauptschulen von 8,2 auf 5,6%, an Realschulen von 8,0 auf 4,5% und an Gymnasien blieb er bei 11,5%.

Ähnliches ergibt sich bei den Klassenfrequenzen: Geringe Verbesserung bei Orientierungsstufe und Realschule, Verschlechterung bei den Gymnasien, aber: Verbesserung bei den Grund- und Hauptschulen von 27 Schüler je Klasse 1976 auf 23 heute. – Dennoch behaupten wir, daß es sich hierbei um keinerlei positive „Leistung“ der Albrecht-Regierung handelt, sondern daß die CDU die Ausbildung für die Masse der Jugendlichen eingeschränkt hat und weiter einschränken will.

1. Allein von 1978 bis 1980 ist die Schülerzahl an den Grund- und Hauptschulen Niedersachsens um 16,4% gesunken, an allen allgemeinbildenden Schulen um 6,0%. Selbst unter der Voraussetzung unveränderter Zahl der Unterrichtsstunden pro Klasse und gleichbleibender Lehrerzahl dürfte es heute an Grund- und Hauptschulen keinen Ausfall von Unterricht mehr ge-

ben und an den anderen Schularten müßte er geringer sein, als er heute ist. Selbst gemessen an diesen reichlich bescheidenen Voraussetzungen liegt also keine Leistung, sondern allenfalls Fehlleistung vor.

2. betreibt die Albrecht-Regierung jetzt eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung vor allem an Grund- und Hauptschulen: Einerseits will sie „die Hauptschule wieder zur Regelschule werden“ lassen, d.h. relativ mehr Schüler eines Jahrgangs sollen dort ihre Ausbildung beenden – andererseits will sie dort Planstellen abziehen und in Gymnasiallehrerstellen „umwidmen“, um an diesen Schulen Löcher zu stopfen. So verabschiedet im Rahmen des Haushalts 82.

3. hat die CDU-Regierung kurz vor Weihnachten folgendes Modell beschert: „Drei Stunden weniger Unterricht – Schulen sollen Stundentafel selber bestimmen“ (Hann. Allg. Zeitung vom 10.12.81). „Wenn die Gesamtkonferenz ... einer Schule es wünscht, können bis zu drei Stunden pro Woche aus dem Stundenplan gestrichen werden. Außerdem gibt es keine starren Regelungen mehr, bei welcher Schülerzahl eine Klasse geteilt oder zwei Klassen zusammengelegt werden müssen. Das sieht ein Erlaßentwurf vor.“

Ausdrücklich sei vorgesehen, daß „nur eine Stunde Mathematik und eine Stunde Deutsch wegfallen“ dürfe (und nicht etwa drei Stunden Mathematik und im nächsten Schuljahr drei Stun-

SPD-Entwurf zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes in Bayern vorgelegt

Ausgehend von einer Stellungnahme der ÖTV hat die SPD Bayerns einen Gesetzentwurf zur Änderung des bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) im Dezember in den Landtag eingebracht.

Das BayPVG sei das schlechteste Personalvertretungsgesetz im ganzen Bundesgebiet. Es betrifft ca. 400000 Beschäftigte mit ca. 5000 Personalvertretungen. Das BayPVG von 1958 wurde 1974 neu gefaßt. Wesentliche Bestimmungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) wurden nicht übernommen. Die SPD verlangt einen „einheitlichen Rechtsstand“.

Die Regelungen zur Mitbestimmung und Mitwirkung sind im BayPVG noch weiter eingeschränkt als im BPersVG. Nach BPersVG kann der Personalrat bei einer Maßnahme in Personalangelegenheiten seine Zustimmung nur verweigern, wenn sie rechtswidrig ist oder aus anderen genau festgelegten Gründen. Im BayPVG kann der Personalrat in vielen Fällen nicht einmal das.

Viele Beamte bis A 16, z.B. alle Lehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter an Forschungsstätten sowie Arbeiter, Angestellte und Beamte an Theatern und in Orchestern und sonstige Bedienstete mit vorwiegend wissenschaftlicher oder künstlerischer Tätigkeit sind von einer Vertretung durch den Personalrat ausgenommen. Bei ihrer Kündigung muß der Personalrat nicht einmal gehört werden.

Die SPD verlangt Angleichung sowie Ausweitung des Mitbestimmungskatalogs auf alle Maßnahmen, die im BPersVG aufgeführt sind, wie z.B. „Gestaltung der Arbeitsplätze“, „Auswahl der Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen“ und darüber hinaus. Beschäftigte sollen bei mitbestimmungspflichtigen Maßnahmen nicht nur bei Beschwerden des Personalrates, sondern auch der Dienststelle gegen sie gehört werden müssen.

Die Beauftragten aller in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften sollen ein generelles Teilnahmerecht an Personalversammlungen erhalten.

Ausländische Beschäftigte, die das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag nicht besitzen, sollen in den Personalrat wählbar sein. Über das BPersVG hinaus sollen auch Beschäftigte unter 18 Jahren das aktive Wahlrecht erhalten.

Die Zahl der freigestellten Personalratsmitglieder liegt in Bayern niedriger als im Bundesdienst, z.B. bei 5001–5400 Beschäftigten fünf anstelle von sieben. Die ca. 10000 Personalräte Bayerns besitzen nicht das zeitlich festgelegte Recht auf drei bzw. vier Wochen bezahlte Dienstfreistellung für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen.

Bereits im Oktober hat die SPD einen Antrag eingebracht auf Bildungsurlaub von fünf Tagen und von zehn Tagen ab 1986 für alle Lohnabhängigen einschließlich des öffentlichen Dienstes, wie es dies schon in einzelnen Bundesländern gibt und im Manteltarifvertrag der Metallindustrie angelegt ist. FDP und CSU lehnten diesen Antrag gemeinsam ab „in Anbetracht der angespannten wirtschaftlichen Lage.“

den Deutsch). – Bereits am nächsten Tag wies Kultusminister Remmers „entschieden die Annahme zurück, der Entwurf solle ... ‚gewissermaßen durch die Hintertür‘ der Beseitigung von Unterrichtsausfall dienen“ (HAZ, 11.12.81)

Aber Herr Remmers! Wer würde denn annehmen wollen, daß die Kürzung von drei Stunden Unterricht (also fast 10%) den Unterrichtsausfall beseitigt? Doch höchstens ein Ministerialer, der seine Kinder auf bessere Schulen schicken kann und für den Unterrichtsausfall wirklich nur eine statistische Größe ist. – Nachdem die Al-

brecht-Regierung in ihrer Anzeige erklärt hatte, daß „der Unterrichtsausfall ... kein Problem mehr“ sei, hat sie nun ein Modell gefunden, nach dem diejenigen, die das Problem doch noch haben, es auch selber „lösen“ können: Auf Gesamtkonferenzen sollen sich Eltern, Lehrer und Schüler darüber in die Haare kriegen, wo gekürzt werden soll und ob Klassen von sagen wir 40 Schülern „zumutbar“ sind.

4. In diesem Zusammenhang sind auch die Albrechtschen Äußerungen über den Erziehungsauftrag der Schule von gesteigertem Wert: „An den niedersächsischen Schulen soll wieder mehr Wert auf Disziplin, eine gewisse Höflichkeit und Ehrfurcht gelegt werden“, hatte Albrecht im August 81 angekündigt und die Tugenden „Fleiß, Disziplin und Ordnung“ noch hinzugefügt. Schon in der Regierungserklärung 1978 war die Rede davon, daß die Schule „sich nicht allein auf bloße Wissensvermittlung beschränken, sondern auch das erzieherische Element berücksichtigen“ müsse.

Die Einschränkung von Ausbildung und Wissensvermittlung für die Masse der Jugendlichen geht nahezu zwangsläufig einher mit dem Herausheben des „erzieherischen Elements“; zumal die Kapitalistenverbände dies seit längerem fordern: „Die Erziehungsaufgabe der Schule sollte ... besonders abzielen auf das Bewirken einer positiven

Einstellung der Schüler zu Arbeit und Beruf ... den Abbau falscher gesellschaftlicher und beruflicher Erwartungen ... Vermittlung der Grundwerte des freiheitlichen Rechtsstaates ...“ (Die Wirtschaft zur Hauptschulkrise, BDA, 1977) Dem Interesse nach Ausbildung und dem Interesse nach Absicherung eines gewissen Minimalstandards an Ausbildung sind diese Ansichten und die Schulpolitik Albrechts diametral entgegengesetzt.

Schmücker-Prozeß Seit über 7 Jahren in Untersuchungshaft

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1974 wurde im Westberliner Grunewald das ehemalige 2. Juni-Mitglied und der spätere Verfassungsschutzmitarbeiter Ulrich Schmücker erschossen. Die politische Verantwortung übernahm in einer Erklärung ein „Kommando Schwarzer Juni“ der „Bewegung 2. Juni“. In zwei Prozessen sprach das Westberliner Landgericht Ilse Schwipper, geb. Jandt, der Tötung Ulrich Schmückers schuldig. Zweimal jedoch mußten höhere Instanzen die Urteile aufheben, zu fadenscheinig waren die angeblichen Beweise, zu offensichtlich die Verwicklung von Verfassungsschutzbeamten in den Mord.



Nach über 7 Jahren Untersuchungshaft befindet das Gericht: „Frau Schwipper ist schwer krank“; der gerichtliche Gutachter, Professor Cabanis, hält die Haftentlassung aus therapeutischen Gründen für notwendig. Dessen ungeachtet verkündet das Kammergericht, die Leiden von Ilse Schwipper seien „weit unterhalb“ der gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die zu einer Haftentlassung aus medizinischen Gründen führen müßten.

Der Fall wird nun zum dritten Mal verhandelt. Je länger der Prozeß dauert, um so mehr Tatsachen werden bekannt, die Ilse Schwipper und die anderen Mitangeklagten entlasten. So z.B., daß der mitangeklagte Kronzeuge Bodeux ein eingeschleuster Spitzel war, der mit drei Jahren Knast für die Tat, für die nur er kein Alibi hat, gut davongekommen ist. Daß das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin die Namen zweier bisher unbekannter Personen geheimhält, von denen Schmücker sich bedroht fühlte. Daß es eine Reihe entlastender Tatsachen geben muß, die in mindestens drei oder vier Geheimakten enthalten sind.

Bis heute haben verschiedene Landes- und Bundesspitzelämter dafür gesorgt, daß mindestens drei Geheimakten in den Tresoren bleiben, daß mindestens zwanzig Fragen nicht beantwortet werden durften, daß zwei Kriminalbeamte und ein Staatsanwalt im Prozeß zumindest objektiv falsche Aussagen gemacht haben. Da ging u.a. ein handgeschriebener Brief auf der Leiche von Schmücker verloren. Am 8.1.82 wurden diese Tatsachen dem Gericht vorgelegt. Das hohe Gericht hat zunächst einmal festgestellt, daß mit dem Ende des Verfahrens erst 1983 zu rechnen sei. Ohne öffentlichen Druck wird das wahrscheinlich so sein, wahrscheinlich ist aber auch, daß Ilse Schwipper bis dahin aufgrund ihres Gesundheitszustandes zumindest schweren gesundheitlichen Schaden erleidet.

Benteler

„Interessenausgleich“ vereinbart

Bielefeld. Betriebsrat und Vorstand der Benteler-Werke haben für Bielefeld einen Interessenausgleich vereinbart, der nach Abschluß eines Sozialplanes in Kraft treten soll. Dieser Interessenausgleich sieht vor: 1. Der Sanierungsplan der Geschäftsleitung für das Werk Bielefeld wird durchgeführt. 2. Die Kündigungen werden stufenweise von Januar 82 bis Juni 82 vorgenommen (65 im Jan., 35 im Feb., bis Juni werden es insgesamt 146 sein), so daß

nach Ablauf der Kündigungsfristen noch 295 Arbeiter und Angestellte übrig bleiben. 3. Benteler ist bestrebt, unter den festgesetzten Entlassungen zu bleiben, falls sich kostendeckende Aufträge ergeben. Dazu finden monatliche Gespräche zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung statt. 4. Der Sonderzylinderbau bleibt zunächst bestehen, und durch die Sanierung von Umsetzung Betroffene werden nur abgruppiert, wenn ein gleich- oder höherwertiger Arbeitsplatz nicht da ist. Wie „bestrebt“ Benteler Entlassungen vermeiden will, zeigt, daß seine Geschäftsleitung für Januar 82 und für Februar 82 Entlassungen ohne Stellungnahme des Betriebsrates und ohne daß das monatliche Gespräch wie vorgesehen stattfand, beim Arbeitsamt angezeigt hat. Das Ergebnis der obigen Vereinbarung wäre: 1. Zustimmung zur Profitsanierung durch Entlassungen einerseits und Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit andererseits bei einem Zeitgewinn für die Entlassenen von durchschnittlich einem guten halben Jahr, inbegriffen eines Weihnachtsgeldes. 2. Nach übereinstimmender Einschätzung aller Betriebsräte und Vertrauensleute sowie der IGM-Ortsverwaltung bei Bekanntwerden der Sanierungspläne Bentelers bedeutet die Durchführung „den Tod auf Raten“ des Bielefelder Werkes, demgegenüber die Vereinbarung den Erhalt des Sonderzylinderbaus setzt. 3. Die Möglichkeit Bentelers, den Wegfall von Entlassungsstufen als Preis für die Zustimmung zu Überarbeit auszusetzen, sind gut; die Möglichkeit des Betriebsrates, Benteler zu beweisen, daß ohne Überarbeit bei gleichzeitigen Entlassungen kostendeckend gearbeitet wird, sind dagegen hunds miserabel, auch wenn's stimmt. Welche Erpressermethode Benteler angewandt hat, um den Betriebsrat und die IG-Metall zur Zustimmung zu dieser Vereinbarung zu bringen, ist nicht bekannt; aber anders ist sie kaum zu erklären.

Diese Entlassungen werden die Situation auf dem Bielefelder Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Die Arbeitslosenquote hat sich gegenüber dem Vormonat von 7,1 auf 7,7% erhöht und gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr fast verdoppelt. Aus diesem Grund hatte der DGB am 12.12.81 eine Funktionärskonferenz durchgeführt, die sich gegen „Arbeitsplatzabbau und Sparpolitik“ richtete. Der Hauptredner, Siegfried Bleicher vom Landesvorstand des DGB, erklärte dort: „Die Zeit der Appelle ist vorbei, jetzt ist die Stunde der Mobilisierung gekommen.“ Die Anwesenden beschlossen, daß der DGB-Kreisvorstand die Möglichkeit der Durchführung einer Demonstration im Januar prüfen solle.

Teststrecke

„Flurbereinigung schnell neu anordnen“

Das fordert die Tauber-Zeitung nach der „Aufklärungsversammlung“ vom 10. Dezember in Boxberg für den Bau der Daimler-Benz-Teststrecke. Das erste Verfahren mußte wegen „Befangenheitsproblemen“ aufgehoben werden. Nach Angaben des Flurbereinigungsamtes wurden seit Oktober 1980 weitere 30 ha landwirtschaftliche Grundstücke durch Daimler-Benz aufgekauft und dies auch vom Landwirtschaftsamt Bad Mergentheim genehmigt. Damit hat die Daimler-Benz AG inzwischen 447 ha (Teststreckenring: 614 ha) im Eigentum und 245 ha zusätzlich im Flurbereinigungsgebiet.

Gegen scharfen Protest verkündeten die Behördenvertreter auf der Versammlung, sie handelten „im Interesse der Förderung der Landentwicklung“. Der Obmann des Bauernverbandes für Boxberg-Schwabhausen erklärte: „Wir brauchen keine Feldbereinigung, die letzte Flurbereinigung wurde erst in den 60er Jahren gemacht, es ist eine Daimler-Benz-Flurbereinigung“. Verschiedene Landwirte der Bundschuh-Genossenschaft griffen an, daß damit eine Enteignung von Privateigentümern, den Bauern, zugunsten eines anderen Privateigentümers, Daimler-Benz, vorgenommen würde, was rechtlich „etwas Neues“ wäre (Flurbereinigungsamt).

Im Vorfeld der von den Grünen beantragten Landtagsdebatte ist es zu Mißstimmungen zwischen der FDP-Landtagsfraktion und Daimlers Pressedirektor Schmidt gekommen. Auf Nachfrage der FDP, wie einige Zulieferer von Daimler-Benz nach Boxberg umgesiedelt wurden – als Nachweis für die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ –, hat Schmidt die Erpressermethoden wohl zu drastisch ausgeplaudert und wurde im Landtag vom FDP-Fraktionsvorsitzenden abrupt verabschiedet, wie seit Jahresbeginn auch von Daimler als Pressesprecher. Der damalige Vorstandsvorsitzende Zahn hat schon am 2.11.78 angewiesen: „Daimler-Benz kauft jährlich für acht bis neun Milliarden DM Waren ein und muß deshalb stark genug sein, den eigenen Zulieferern gegenüber so hart aufzutreten, daß Aufträge reduziert werden, wenn diese Betriebe nicht im Boxberger Raum produzieren“.

Innerhalb des SPD-Kreisvorstandes Main-Tauber und bei örtlichen Parteilgliederungen sind derzeit Bemühungen um eine einheitliche Auffassung gegen die Teststrecke im Gang, wobei auch die Landtagsfraktion einbezogen werden soll.

Auseinandersetzungen um die Anerkennung von Gesetzen und Tarifen

Rund 50% der Betriebe des Metallhandwerks produzieren und montieren für den Bau. Unter diesen 50% sind auch die sog. „Subunternehmer“, die für größere Metallfirmen die Montage von Türen, Fenstern, Installationen usw. übernehmen. Aufgrund der harten Konkurrenz untereinander um die Aufträge sind die Besitzer dieser Kleinbetriebe gezwungen, den Lohn ihrer Arbeiter zu senken und das Letzte aus ihnen herauszuholen.

Seifert, Weisweil (Kreis Emmendingen), ist typisch für diese Art Betriebe. Die 15 bei ihm beschäftigten Arbeiter, Hilfsarbeiter, Gesellen und ein Meister haben Stundenlöhne von 10 bis 12 DM brutto. Der Meister verdient 2600 DM Gehalt. Bei Montage mit Übernachtung kommen 20 DM netto pro Tag dazu; Übernachtung wird gestellt. Bei Nahmontage ohne Übernachtung zahlt Seifert keine Auslösung. Überstundenzuschläge werden keine gezahlt. „Das zahlen wir nicht, dazu sind wir zu klein“, erklärte Seifert auf die Forderung nach Zahlung von Überstundenzuschlägen. Auf der ersten Betriebsversammlung im Oktober 81, die Seifert einberufen hatte, um „zusammen die Probleme zu besprechen“, machte er bekannt, daß ab sofort die Fahrzeit zu den Baustellen nicht mehr bezahlt werde. Für die Arbeiter bei Nahmontage, z.B. an der Baustelle Lörrach, war dies ein Verlust von durchschnittlich 150 DM netto monatlich. In der Hoffnung, daß ein Vierteljahr später, wenn die Auftragslage besser sei, die Fahrzeit wieder bezahlt werde, sagte keiner etwas dagegen. Auf dieser Betriebsversammlung wählte die Belegschaft einen Betriebsobmann. Seifert war der Meinung, die Aufgabe dieses Betriebsobmanns sei, kleinere Probleme mit den

Arbeitern zu regeln, um die er sich nicht mehr kümmern müsse. In Beiträgen sagten einige Arbeiter, daß der Betriebsobmann die gleichen Rechte habe wie ein Betriebsrat in einem Großbetrieb, d.h. Anhörung bei Kündigungen, Lohnverhandlungen etc. Sie wählten ein Belegschaftsmitglied, von dem bekannt war, daß er mit Seifert Streit hatte und auf der „Abschlußliste“ stand. Damit wollten die Arbeiter bekämpfen, daß Seifert z.B. Löhne willkürlich um über 1 DM gekürzt hatte.

Einige Wochen später sollte ein 50-jähriger Arbeiter auf der Baustelle in Lörrach zur Montage von Fenstern ein Gerüst aufbauen. Diese Gerüst wäre auf einer sehr belebten Straße gestanden. Der Arbeiter verlangte, daß auf der Straße abgesperrt wird. Der Montageleiter sagte zu ihm: „Wir brauchen keine Absicherung, und wenn's dir nicht paßt, kannst du ja gehen.“ Daraufhin verließ der Arbeiter die Baustelle. Die fristlose Kündigung erhielt er einige Tage später schriftlich.

Für eine andere Baustelle, außerhalb von Ulm, hatte Seifert im November 81 einen Bauwagen zur Übernachtung hingestellt. Nach Arbeitsschluß fuhren der Vorarbeiter und der Geschäftsführer mit dem Firmenwagen ins Hotel, die drei Arbeiter der Kolonne mußten im Bauwagen übernachten. Der Ofen im Wagen war kaputt, was den Arbeitern aber nicht bekannt war. Der Geschäftsführer sagte noch, als er wegfuhr: „Das wird schon warm werden.“ Als die Arbeiter spät abends in den Bauwagen zur Übernachtung gingen, herrschten dort 10 Grad minus. Kein Telefon in der Nähe, kein Fahrzeug. Da der nächste Tag ein Feiertag war, sollten zwei der Arbeiter auf der Baustelle bleiben. Die zwei anderen Arbeiter

hatten für den Rest der Woche Urlaub genommen und wollten abends im Privatwagen des Vorarbeiters nach Hause fahren. Als vom Geschäftsführer keinerlei Anstalten gemacht wurden, einen intakten Ofen in den Bauwagen zu stellen, besprachen die Arbeiter, daß sie alle abends heimfahren wollten. Im Laufe dieses Vormittags bekamen der Geschäftsführer und der Vorarbeiter Streit über falsch montierte Fenster, worauf der Vorarbeiter seinen Kollegen sagte, daß er nach dem Mittagessen heimfahren würde. Er wollte das nicht länger mitmachen, wie hier die Arbeiter behandelt werden. Die gesamte Kolonne blieb nach der Pause in der Kantine sitzen. Der Geschäftsführer forderte zur Arbeitsaufnahme auf und drohte mit Kündigung wegen Arbeitsverweigerung. Der Vorarbeiter kündigte. Ein Arbeiter sagte, daß er keine Nacht mehr im Bauwagen übernachten würde, der dritte erklärte, daß er zuerst seinen noch ausstehenden Oktoberlohn bekommen wolle. Außerdem sei er auf die Mitfahrgelegenheit beim Vorarbeiter angewiesen und müsse deshalb mit diesem heimfahren. In einem Telefongespräch sprach dann Seifert diesem Arbeiter die fristlose Kündigung aus. Begründung: Es sei betriebsschädigend, daß der Arbeiter in der Öffentlichkeit erzählt habe, daß er seinen Lohn noch nicht habe. In die Auseinandersetzung mit dem Geschäftsführer mischten sich andere Arbeiter, die in der Kantine der Großbaustelle waren, ein. Ein Bauarbeiter wies darauf hin, daß die Unterkunft in dem Bauwagen gegen die Arbeitsstättenverordnung verstoße. Weder seien wie vorgeschrieben eine Waschgelegenheit, Schränke, noch eine Möglichkeit zum Trocknen der Wäsche vorhanden.

Der entlassene Arbeiter der Baustelle Lörrach und der von der Baustelle Ulm klagten jetzt vor dem Arbeitsgericht Freiburg. Bei der Güteverhandlung erklärte der Richter beide Kündigungen für rechtswidrig, weil der Betriebsrat nicht vorher zur Kündigung angehört wurde. Weiterhin muß Seifert an beide noch ausstehende Löhne in Höhe von insgesamt 4000 DM brutto bezahlen. Die Forderungen der beiden Arbeiter nach Nachzahlung von Überstundenzuschlägen und höheren Auslösungen wurden bzgl. der Überstundenzuschläge anerkannt, weil diese in der Arbeitszeitordnung festgelegt sind. Den Gütevorschlag des Richters: Umwandlung der fristlosen Kündigungen in fristgerechte (2 Wochen Kündigungsfrist)

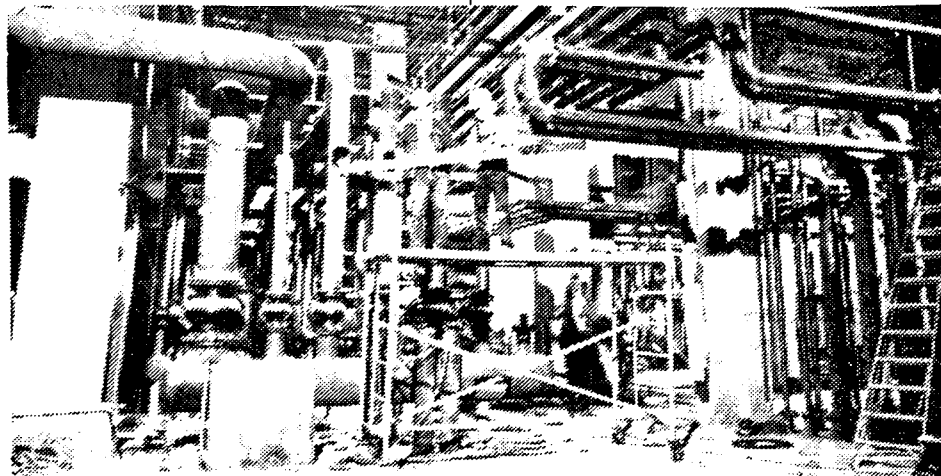


und Abschlagszahlungen für die Zuschläge, nahm Seifert nicht an. Außerdem erklärte Seifert, er fechte die Wahl des Betriebsobmanns an. Gegen die Nachzahlung von Überstundenzuschlägen führte er an, daß keine Überstunden gemacht worden seien. Das konnte ihm anhand einer Arbeitsbescheinigung für das Arbeitsamt widerlegt werden.

Für den Kammertermin im April 82 müssen die Arbeiter jetzt aufgrund des Baurahmentarifvertrags (s. Kasten) ihre Ansprüche genau beziffern. Anerkennt das Gericht dies, so können die Arbeiter der Fa. Seifert das Urteil für sich nutzen. Die Auseinandersetzung zeigt jedoch die schwierigen Bedingungen für die Arbeiter in Klein- und Mittelbetrieben: Selbst die wenigen gesetzlichen Rechte wie pünktliche Lohnzah-

lung, Überstundenzuschläge und ein Mindestmaß an erträglichen Arbeitsbedingungen können meist nur vor Ge-

richt und um den Preis von Kündigungen eines Teils der Belegschaft durchgesetzt werden.



Rechtstellung der Arbeiter im Handwerk

Außer der Handwerksordnung, die in den §§ 21-51 die Ausbildung vom Lehrling zum Meister regelt und daneben noch in § 68 (Gesellenausschuß bei der Handwerksinnung) und §§ 93 und 108 (Ein-Drittel-Beteiligung von Gesellen in Vollversammlung und Vorstand der Handwerkskammer) Eigentümliche Beteiligungsrechte der Arbeiter im Handwerk bestimmt, gibt es keine speziellen Gesetze betreffend die Arbeiter im Handwerk.

Da aber die meisten Handwerksbetriebe Kleinbetriebe sind, sind dort die Arbeiter von den Rechtsvorschriften für Kleinbetriebe betroffen und daher von wichtigen Schutzrechten der Arbeiter ausgenommen:

§ 23 Abs. 1 S.2 Kündigungsschutzgesetz

„Die Vorschriften des ersten Abschnitts gelten nicht für Betriebe und Verwaltungen, in denen in der Regel fünf und weniger Arbeitnehmer ausschließlich der Lehrlinge beschäftigt werden.“

Für Arbeiter in solchen Kleinbetrieben besteht demnach keinerlei Kündigungsschutz. Sie können ohne Begründung jederzeit fristgemäß gekündigt werden.

§ 1 Betriebsverfassungsgesetz: „In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf ständigen wahlberechtigten“ (ab 18 Jahre) „Arbeitnehmern, von denen drei wählbar sind“ (6 Monate Betriebsangehörigkeit) „werden Betriebsräte gewählt.“

Da der Großteil der Handwerksbetriebe nicht tarifgebunden ist, gelten für die Arbeiter nicht die tariflichen, sondern nur die oft üblen gesetzlichen Bedingungen, z.B.:

§ 3 Arbeitszeitordnung: „Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten.“

§ 4 AZO: „Wird die Arbeitszeit an einzelnen Werktagen regelmäßig verkürzt, so kann die ausfallende Arbeitszeit auf die übrigen Werktage derselben sowie der vorhergehenden oder der folgenden Woche verteilt werden.“ „Die tägliche Arbeitszeit darf bei Anwendung der Vorschriften der Absätze 1 und 2 zehn Stunden täglich nicht überschreiten.“ „Wird also z.B. sonabends nicht gearbeitet, so kann die ausfallende Arbeitszeit auf die übrigen Werktage der Woche verteilt werden.“ (Schaub, Arbeitsrechtshandbuch 1980, S. 803). Dementsprechend besteht bei derartiger z.B. zehnstündiger Arbeit an 5 Tagen wöchentlich kein Anspruch auf Überstundenzuschlag nach § 15 Abs. 2 AZO.

Von Bedeutung für an sich nicht tarifgebundene Handwerksbetriebe ist, daß bestimmte Tarifverträge dennoch auch für sie gelten, wenn sie nämlich vom Bundesminister für Arbeit gem. § 5 Tarifvertragsgesetz für „allgemeinverbindlich“ erklärt worden sind:

§ 5 Abs. 4 TVG: „Mit der Allgemeinverbindlicherklärung erfassen die Rechtsnormen des Tarifvertrags in seinem Geltungsbereich auch die bisher nicht tarifgebundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“

Am 1.1.1981 gab es 601 solcher allgemeinverbindlicher Tarifverträge, die oft aber nur in einzelnen Bundesländern und für ganz spezielle Fragen gelten (1968 erst 158).

„Von den allgemeinverbindlichen Tarifverträgen werden mehr als 4,4 Mio. Arbeitnehmer (2,6 Mio. Arbeiter und 1,8 Mio. Angestellte) erfaßt. Das Arbeitsverhältnis jedes fünften Arbeitnehmers wird somit – jedenfalls teilweise – durch allgemeinverbindliche Tarifverträge bestimmt.“ (Recht der Arbeit, 1980, S. 267).

§ 8 TVG bestimmt: „Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die für ihren Betrieb maßgebenden Tarifverträge an geeigneter Stelle im Betrieb auszulegen.“

Gegen die Nichtbefolgung gibt es allerdings keinerlei Sanktionen. Bezeichnenderweise existieren die relativ meisten Tarifverträge im Baubereich (138 zuzüglich 85 im Steine/Erden-Bereich) und erfassen durchweg auch das Handwerk. Dort ist die direkte Konkurrenz Industrie – Handwerk am stärksten, und die Industriekapitalisten betreiben oft dann, wenn ihnen die Gewerkschaft bestimmte tarifliche Rechte abgetrotzt hat, selbst die Allgemeinverbindlicherklärung, um die Kleinbetriebe besser niederkonkurrieren zu können. Für das gesamte Baugewerbe der BRD, einschließlich z.B. der Einbauarbeiten (Fenster etc.), der Ofen- und Malerarbeiten, gilt der allgemeinverbindlich erklärte **Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe 1981:**

§ 3.1.1. „Die regelmäßig werktägliche Arbeitszeit ausschließlich der Ruhepausen beträgt 8 Stunden, die wöchentliche 40 Stunden.“ ... 3.1. „Für Überstunden (Mehrarbeit), Nacharbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit sind die folgenden Zuschläge zu zahlen; sie betragen für Überstunden 25 v.H.; ...

§ 4.1. „Der Arbeitnehmer, der auf einer Bau- oder Arbeitsstelle tätig ist, die mehr als 25 km vom Betrieb entfernt ist, ... hat Anspruch auf eine Auslösung.“

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Handwerk

1954 gab es im Handwerk 829700 Betriebe mit 3,6 Mio. Beschäftigten und einem Umsatz von 43,6 Mrd. DM. Die Zahl der Betriebe nahm rapide ab. 1965 waren es schon 78%, 1979 waren es nur noch 58%, was zahlenmäßig 488100 Betriebe ausmacht. Mit der Entwicklung der Industrie in Westdeutschland fand gleichzeitig im Handwerk die Konzentration und Zentralisation statt, was man an der Entwicklung der Beschäftigten und der Umsatzzahlen sehen kann. Die Beschäftigten stiegen in den fast 20 Jahren um nur 9%. Der Umsatz stieg enorm, und zwar um 772%, von 43,6 Mrd. DM 1954 auf 337 Mrd. DM 1979. Der Umsatz pro Beschäftigtem stieg von 12000 DM 1954 auf 85100 DM 1979 (709%). (Alle Zahlen Stat. Bundesamt 1980.)

In Baden-Württemberg läuft die Konzentration und Zentralisation folgendermaßen ab. Die Beschäftigungszahlen verschieben sich von 1967 bis 1977 um plus 0,2%. Was in absoluten Zahlen 1637 Beschäftigte ausmacht. In dem Zeitraum gehen im Handwerk in Baden-Württemberg 17827 Kleinbetriebe von der Größenordnung 1–9 Beschäftigte in Konkurs. Der Anteil der Kleinbetriebe (1–9 Beschäftigte) war 1967 46%. Bis 1977 sank ihr Anteil auf 40%. 41397 Beschäftigte sind davon betroffen. Für die Mehrheit der Beschäftigten, die durch diesen Prozeß ihren Arbeitsplatz verloren haben, muß dies Umschulung bedeuten, oder sie müssen in die Industrie als angelernte billige Arbeitskräfte. Dies deshalb, weil es nur in drei Gewerben Zuwachs von Beschäftigten gegeben hat. Im Metallgewerbe 25481 Beschäftigte, im Gewerbe für Gesundheit und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe um 18835 Beschäftigte und im Nahrungsmittelgewerbe 2493 Beschäftigte. Insgesamt sind das 46809 Beschäftigte Zuwachs in den obengenannten Gewerben. Da im Handwerk aber nur ein realer Zuwachs von 1967–1977 von 1637 Beschäftigten in Baden-Württemberg stattgefunden hat, muß in den anderen Gewerben eine ziemlich scharfe Rationalisierung stattgefunden haben. Im Bau- und Ausbaugewerbe wurden in die-

sem Zeitraum 23357 Beschäftigte entlassen, was 10,4% ausmacht. Im Bekleidungs- und Textil- und Ledergewerbe waren es 13454 Beschäftigte, was 33% ausmacht. Im Holzgewerbe waren es 6562 Beschäftigte, was 14,4% ausmacht. Im Glas-, Papier- und Keramik- und sonstigen Gewerbe waren es 1799 Beschäftigte, was 7,4% ausmacht.

Der Umsatz im Handwerk in Baden-Württemberg wurde in dem Zeitraum um 114,4% von 25 Mio. auf 54 Mio. erhöht. Im Dritten Quartal 1980 war der Gesamtumsatz erstmals um 2,5% rückläufig. (Alle Zahlen Stat. Landesamt Ba-Wü)

Die Krise hat ihre Auswirkungen mittlerweile auch auf das bisher gut florierende Metallhandwerk in Baden-Württemberg und in der BRD. Für das laufende Jahr 1981 rechnen die Handwerksfunktionäre mit einem Abflauen der Wirtschaftstätigkeit im gesamten Handwerksbereich. Die Daten für das erste Quartal 81 scheinen dies zu bestätigen. Gegenüber dem 1. Vierteljahr 1980 nahm die Zahl der Beschäftigten im Metallhandwerk um knapp 1% ab. Auch der Umsatz ging um nominal 1% zurück. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung wird sich der Umsatzrückgang real in einer Größenordnung zwischen 6 und 7% bewegen. Der größte Zweig im Metallbereich, die KFZ-Mechanik-Betriebe, sind wohl am stärksten von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung betroffen. Der konjunkturell bedingte Rückgang im Kraftfahrzeugsektor schlug für 1980 voll auf die Handels- und Reparaturtätigkeit durch. Dennoch stieg die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Jahr 79 gering um über 2% auf 268000 Beschäftigte an. Im Jahresvergleich jedoch mußten die KFZ-Mechaniker einen Umsatzrückgang von 1,5% hinnehmen.

Das Handwerk „beklagt“ außerdem zusätzliche Steuerbelastungen. Die Beschränkung der steuerfreien Übertragungsmöglichkeit stiller Reserven bei Betriebsveräußerung auf Ersatzwirtschaftsgüter. Die Beschränkung der Lohnsteuerpauschalisierungsmög-

lichkeit auf eine Teilzeitarbeitbeschäftigung. Und die Beschneidung der Vergünstigung für Arbeitgeber bei der Zahlung vermögenswirksamer Leistungen.

Tariffbewegung im Metallhandwerk Baden-Württemberg 1978–80

(zusammengestellt nach der „Dokumentation zu den Tarifbeschlüssen“, herausgegeben von der Bezirksleitung Stuttgart IGM)

1977 Der „Handwerksstreik“ bei Heizung/Klima/Sanitär in Nordwürttemberg/Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern schuf die Bedingungen für die Durchsetzung des ersten Manteltarifvertrags Metallhandwerk und -Industrie, der für Arbeiter und Angestellte einheitlich gilt.

1978 Kfz-Handwerk: Streichung der unteren Lohngruppe in Nordwürtt./Nordbaden und Südwürtt.-Hohenzollern; **Elektro:** Streichung des Lohngruppenschlüssels, Gehalts- und Gehaltsrahmenabkommen (Tätigkeitsmerkmale von kaufmännischen u. techn. Angestellten identisch); **Mechaniker-Handwerk:** Streichung des Lohngruppenschlüssels u. Anhebung der unteren Lohngruppe.

1979 Heizung/Sanitär: Wegfall des Lohngruppenschlüssels in Südbaden, beim Auslösungstarifvertrag Fernlösungssatz schon ab 30 km; **Mechaniker-Handwerk:** Urlaubvereinbarung wie in Metallindustrie (30 Tage für alle ab 1982 – alle anderen Handwerksbereiche erst ab 84), Lohngruppe 1 u. 2 werden auf das Niveau von 3 angehoben. Dieser Handwerksbereich ist am weitesten der Industrie angeglichen mit Absicherungstarifvertrag und Lohnrahmentarifvertrag II, außerdem wird hier neben den Auslösungssätzen generell eine 12-prozentige Montagezulage gezahlt.

1980 Heizung/Sanitär: in beiden Tarifgebieten höherer Prozentabschluß als in der Industrie; ebenso im **Kfz-Handwerk, Schlosser/Schmiede und**

Elektro; Karosseriebau: Nach heftigen Auseinandersetzungen konnte die Anhebung auf das Lohn- und Gehaltsniveau des Kfz-Handwerks plus einer weiteren industrieorientierten Prozenthöhung erreicht werden, plus Streichung des Lohngruppenschlüssels und der LG I; **Mechaniker-Handwerk:** ein neuer Manteltarifvertrag für Auszubildende wird abgeschlossen.

Aus der Entschließung des 13. ordentlichen Gewerkschaftstags der IGM zum Handwerk

„... Der Arbeit der Handwerksausschüsse auf allen Organisationsebenen kommt entscheidende Bedeutung zu. Diese Ausschüsse sind in der Lage und dazu bereit, die Ortsverwaltungen, die Bezirksleitungen und den Vorstand der IG Metall sachkundig zu beraten ...“

Die Delegierten bekräftigen die Forderung des DGB nach Novellierung der Handwerksordnung. „... Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag fordert:

1. Die paritätische Besetzung aller Organe der Handwerkskammern.
2. Die Einbeziehung der Handwerkskammervereinigungen in den Geltungsbereich der Handwerksordnung.
3. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgt nur auf Vorschlag der Gewerkschaften.
4. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmervertreter in den Vollversammlungen der Handwerkskammern, den Gesellenausschüssen bei den Handwerksinnungen und in den Gesellenprüfungsausschüssen werden für die Erfüllung ihrer Aufgaben von ihren Beschäftigungsbetrieben freigestellt. Die Freistellung erfolgt unter Fortzahlung des Lohnes/Gehaltes und darf weder zu einer arbeitsrechtlich noch zu einer sozialversicherungsrechtlichen Benachteiligung führen. Für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode ist ein Kündigungsschutz für die Arbeitnehmervertreter zu schaffen.

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad im Metallhandwerk BRD

Jahr	Metallhandwerk			Metallindustrie		
	Beschäft.	IGM	%	Beschäft.	IGM	%
1975	1157800	107616	9,3			
1979	1278200	80437	6,3			
1980	1280000	90737	7,1	3825000	2531530	66,1

Reagan verlängert Wehrrfassung

Noch Mitte 1980 hatte der damalige Präsidentschaftskandidat Reagan die von Carter angeordnete „Wehrrfassung“ aller 18–21jährigen Männer in den USA als „sinnlose Geste“ abgelehnt. Ob eine Wehrpflichtigenarmee „einsatzfreudiger“ und „kampfkräftiger“ als eine Berufsarmee sei, sei nicht erwiesen. Die Wehrrfassung fand dennoch statt. 3,2 Mio. Jugendliche wurden registriert, die Mobilmachungszeit bedeutend verringert. 800000 Jugendliche, zehnmal mehr als erwartet, boykottierten trotz hoher Strafandrohung die Registrierung, meldete jüngst das Justizministerium. Letzte Woche nun verkündete Reagan einen Sinneswandel: Obwohl er noch im Wahlkampf die Abschaffung der Registrierung angekündigt hatte, soll diese unter Carter befristete Maßnahme nun unbefristet verlängert werden. Zwei Tage später setzte der NATO-Oberkommandierende für Europa, General Rogers, nach: Die US-Streitkräfte in Europa hätten im „Ernstfall“ nicht genügend ausgebildetes Personal. Die Wehrrfassung müsse durch die Neueinführung einer Grund-

Ghana: Was will die neue Regierung?

In seiner ersten öffentlichen Ansprache nach dem Militärputsch vom 31.12. hat der neue Staatschef Rawlings auf einer Gewerkschaftskundgebung erklärt: „Niemand in einer Gesellschaft hat ein Recht auf mehr als seinen Grundbedarf, solange andere produktive Arbeiter nicht einmal diesen befriedigen können.“ Die Gewerkschaften haben den Umsturz begrüßt, tausende Arbeiter in der Hauptstadt Accra für das neue Regime demonstriert. Offensichtlich kann sich Rawlings vor allem auf die unter den armen Leuten der Städte verbreitete Unzufrie-



denheit mit der katastrophalen Wirtschaftslage und der wuchernden Korruption stützen. Die Produktion des Hauptexportprodukts Kakao ist seit 1970 um 50% gefallen, ohne daß doch Kakao durch andere,

im Lande benötigte Produkte ersetzt worden wäre. Ein Großteil der Ernte wie der Bergbauprodukte (u.a. Gold) wird ins Ausland geschmuggelt, Devisen zur Beschaffung dringend benötigter Ersatzteile und Rohstoffe fehlen. Die Inflation rast mit 120% im Jahr. Rawlings hat angekündigt, der Nutzen von ausländischen Investitionen werde „überprüft“, und kritisiert, der gestürzte Präsident Limann sei „kreuz und quer durch die Welt gereist, um um Auslandshilfe und Investitionen zu betteln“. Die Bankkonten von Politikern und hohen Beamten sind gesperrt, Händler und Transportunternehmen zu Preissenkungen aufgerufen.

ausbildung ergänzt werden. Eine zu allen Verbrechen bereite Söldnertruppe und ausreichend Kanonenfutter, das fordern die US-Generale.

Portugal: Streikwelle in Verkehrswesen

Die 24000 portugiesischen Eisenbahner haben am 7.1. 24 Stunden gestreikt. Sie fordern 30% Lohnerhöhung und höhere Verpflegungszuschläge. Die Regierung hatte nur 14,8% an-

geboten. Ebenfalls am 7.1. ging ein dreitägiger Streik bei der Lissaboner U-Bahn zuende, am 6. und 7. Januar streikten auch die 8600 Arbeiter der städtischen Busgesellschaft. 250000 Bauarbeiter legten am 6. und 7.1. die Arbeit nieder, ebenfalls für 30% mehr Lohn. Die Ergebnisse der Streiks, der größten im Verkehrswesen des Landes seit 1974, waren bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Weltbank dreht an der Zinsschraube

Am 5.1. hat der Verwaltungsrat der Weltbank, in dem die westlichen Imperialisten die Mehrheit haben, die Einführung einer Vorabgebühr von 1,5% auf neue Kreditzusagen beschlossen. Die Steigerung der Kreditkosten für Länder der Dritten Welt folgt einer Zinserhöhung von 10 auf 11,6%. Gleichzeitig führt die Internationale Entwicklungsorganisation IDA – eine Weltbankunterabteilung für „zinslose“ Kredite an die ärmsten Länder – eine jährliche „Bearbeitungsgebühr“ von 0,5% auf den noch gar nicht ausgezahlten Teil bewilligter Kredite ein. Für die ausgezahlten Kredite sind weiter jährlich 0,75% zu zahlen. IDA-Kreditzusagen von 3482 Mio. \$ standen 1981 Auszahlungen von 1878 Mio. \$ gegenüber. Diese Beschlüsse treffen die ärmsten Länder und erleichtern den Banken weitere Steigerung der Zinsplünderung.

Ägypten: Wirtschaftspolitischer Kurswechsel?

Der ägyptische Präsident Mubarak hat Anfang Januar den bisherigen Vizepremier Ahmed Fuad Mohjeddin (Bild) mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Bisher hatte Mubarak wie auch schon Sadat auch das Amt des Ministerpräsidenten wahrgenommen. Mubarak hat die Gelegenheit genutzt, eine Abkehr von der Sadatschen Politik der „Öff-

nung“ gegen imperialistischem Kapital und einheimischen Spekulanten anzudeuten. Insgesamt acht Minister, die im vorigen, von Sadat übernommenen Kabinett Wirtschaftsressorts verwaltet hatten, wurden entlassen, darunter der bisherige „Superminister“ und Planungschef Abdel Rasak Abdel Megid, der in einen Korruptionsskandal verwickelt

ist. Mubarak nannte als Aufgaben der neuen Regierung: Kampf gegen die Korruption, Regulierung des Konsums (durch Beschränkung der Einfuhr von Luxusartikeln), „Orientierung“ des Privat- und „Konsolidierung“ des Staatssektors der Wirtschaft. Es bleibt aber noch offen, ob sich die Veränderungen auf einige spektakuläre – und sicher populäre – Schritte gegen die „fetten Katzen“ der Kompradorenbourgeoisie beschränken werden. Wirksame Schritte gegen die Übermacht des Auslandskapitals sind kaum vorstellbar, solange Mubarak an der Camp-David-Politik festhält und Ägypten damit in der arabischen Welt isoliert bleibt. Die dafür zuständigen Ressorts Äußeres und Verteidigung bleiben (wenigstens bis zum israelischen Truppenabzug vom Sinai am 26.4.) unverändert. Einige im September verhaftete Oppositionspolitiker, darunter der Führer der rechten Moslembrüderschaft Tilmissani, sind jetzt freigelassen worden. Aber weit über 1000 sind noch in Haft.



Kapitalisten zahlen weniger Steuern

Die britische Regierung veröffentlichte am 7. Januar ein Diskussionspapier zur Körperschaftssteuer. Aus ihm geht u.a. hervor, daß 1968 noch 13% aller Steuereinnahmen aus Firmengewinnen, also Profiten, kamen, 1980 aber nur noch etwa 5%. Stattdessen nahm der Anteil der Lohn- und Einkommenssteuer von 32% auf 36%, der indirekten Steuern von 37% auf 41% zu: Steuerparadies GB.

Wirtschafts- und Preisreform in Kraft — Lohnsenkungen sicher

Anfang Dezember billigte der polnische Ministerrat die schon länger ausgearbeiteten Pläne für die Wirtschaftsreform. Damit treten alle Regelungen in Kraft, die den Betriebsleitern freie Hand lassen bei Entscheidungen darüber, was produziert wird, von wem Rohstoffe und Materialien bezogen und wie die Preise gestaltet werden. Einzige Einschränkung dieser Maßnahmen, die die teilweise Aufhebung der Planwirtschaft bedeuten, ist die

Das Hauptproblem ist nach wie vor, daß Nahrungsmittel nicht in ausreichendem Maß gekauft werden können. Die Parteizeitung „Trybuna Ludu“ veröffentlichte eine Untersuchung über die Entwicklung der staatlichen Aufkäufe von landwirtschaftlichen Produkten. Demnach lagen die Aufkäufe von Getreide und Kartoffeln niedriger als erwartet, wenn auch vereinzelt die Pläne erfüllt wurden. Sehr schlecht ist die Versorgung mit



Armeeangehörige bei der Rentnerbetreuung

Rationierung und Kontrolle nicht ausreichend vorhandener Rohstoffe, deren Zuteilung an die Betriebe von einer neu gebildeten Kommission vorgenommen werden soll. Bei Außerkraftsetzung der Rechte der Arbeiter wird die neue Unternehmerschicht ihren Spielraum nun nach Kräften ausnutzen.

In Kraft treten sollen auch größere Preissteigerungen, für die die staatliche Preiskommission erneut plädierte mit dem Argument, sie seien Teil der Reform und unumgänglich zur Abschöpfung des Kaufkraftüberhangs und zur Bekämpfung des Schwarzmarkts. Die Preise für Zucker und Butter etwa sollen auf das Dreifache steigen, für Schweinefleisch und Speck sogar auf das Vierfache. Kohle und anderes Heizmaterial für den privaten Verbrauch werden doppelt so teuer. Die Regierung hält an ihrer Ankündigung von Ausgleichszahlungen fest. Im Januar präzisierte der Ministerrat, sie sollten in Form von Lohnzuschlägen im Umfang von etwa einem Siebtel der jetzigen Einkommen geleistet werden. Wie weit diese Zahlungen den Reallohnverlust dämpfen können, ist derzeit schwer zu schätzen.

Schlachtvieh und demzufolge mit Fleisch für den individuellen Verzehr. Die Bilanz des Jahres 1981 weist aus, daß die Aufkäufe gegenüber dem Vorjahr um 30% gesunken sind. Ein so schlechtes Ergebnis wurde seit 1973 nicht mehr verzeichnet. Ende Dezember lagen die Tagesaufkäufe bei 2000 Tonnen, denen ein täglicher Bedarf von 6000 Tonnen gegenüberstand.

Der Wirtschaftsausschuß wie auch Staatspräsident Jablonski haben angekündigt, daß die Preiserhöhungen, bevor sie endgültig in Kraft treten, den Januar hindurch öffentlich debattiert werden sollen. Offensichtlich will die Regierung sich vergewissern, daß sie die Preisreform durchsetzen kann. Wer allerdings in diesen Debatten die Arbeiterbewegung vertreten soll, ist ungewiß, da alle ihre Rechte, die eine organisierte Verständigung über ihre Möglichkeiten erlauben würden, außer Kraft gesetzt sind. Die Bemühungen des Militärrats und der Regierung, mit einflußreichen Funktionären der Gewerkschaft zu verhandeln und einen diktierten Kompromiß herbeizuführen, sprechen dafür, daß Kräfte in der Gruppe der führenden Funktionäre

aus Armee und Regierung versuchen, eine Gewerkschaft zu schaffen, die sich zwar unabhängig nennt, aber jeder politischen Betätigung entsagt. Darauf deuten auch ihre Verhandlungen mit der katholischen Kirche, die gern bereit ist, die Gewerkschaft für die Absicherung ihres eigenen Einflusses zu verkaufen.

Nicht mehr die Rede ist im Gegensatz zu den Anläufen des vergangenen Jahres von einer mit der Wirtschaftsreform verbundenen Reform der Arbeiterselbstverwaltung. Vielmehr beginnt die Wirtschaftsreform unter der Bedingung des Kriegsrechts, durch das eine Reihe von Rüstungs-, aber auch wichtigen Versorgungsbetrieben unter Militärrecht gestellt sind und die Arbeiter wie Soldaten behandelt werden. Die Einführung einer Arbeitspflicht wird erwogen. Im übrigen setzt die Regierung auf die Wirkung des ökonomischen Drucks der Lohnsenkungen auf die Arbeitsleistung. Sie kann es sich daher leisten, gleichzeitig zu versprechen, an der 42-Stunden-Woche und den drei arbeitsfreien Samstagen im Monat festzuhalten, an Errungenschaften also, die erst von der Gewerkschaft Solidarität erkämpft wurden.

Die Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen Lage und die Kapitulation vor ihrer Planbarkeit kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Ministerrat den Haushaltsplan für 1982 zurückgenommen hat. Vorderhand soll jeweils nur auf zwei Monate im voraus geplant werden, weil die Realisierung längerfristiger Pläne nicht absehbar sei.

VR China

Wieder „Lernen von Daqing“?

Anfang der sechziger Jahre erschlossen abertausende Arbeiter im unwirtschaftlichen Nordostchina das Ölfeld Daqing, das bis heute ca. 50% der chinesischen Ölförderung liefert. Damit machte sich das sozialistische China, dem die SU gerade jede wirtschaftliche und technische Hilfe gestrichen hatte und auf dem die Wirtschaftsblockade der US-Imperialisten lastete, unabhängig von Ölimporten und bewies, daß auch ein rückständiges Entwicklungsland die gewaltigen Probleme eines solchen industriellen Großprojekts meistern kann. Nicht hohe Zulagen für die Arbeiter, moderne Managementmethoden und Anlagenimporte, sondern die Weckung der Masseninitiative, die Arbeit der Führungsgruppen aus Arbeitern, Technikern und Kadern und das „Vertrauen auf die eigene Kraft“ sicherten den Erfolg von Daqing. Bis 1978 bestimmte „Lernen von Daqing“ Chinas Kurs für den Aufbau der Indu-

strie. Später kritisierten Parteiorgane das Ölfeld wegen „linker Abweichungen“, u.a. wegen der Betonung der Masseninitiative anstelle einer planmäßigen Entwicklung.

Jetzt zum Jahresende würdigte das ZK der KPCh erneut den „revolutionären Geist“ der Arbeiter von Daqing und betonte, daß „die Haultendenz der Bewegung zum Lernen von Daqing gut“ war. Das Dokument fordert auf, „ein Kontingent ideologisch fortgeschrittener, berufserfahrener und hochdisziplinierter Arbeiter und Angestellter zu schaffen ... Die Arbeiter und Angestellten sollen mit den Prinzipien und der Politik der Partei vertraut sein, damit sie die Interessen des Staates, des Kollektivs und des Individuums angemessen behandeln und Einzelinteressen dem Gesamtinteresse und kurzfristige den langfristigen Interessen unterordnen. Laxheit in der politischen und ideologischen Arbeit darf es nicht mehr geben ...“ (Xinhua, 29.12.81).

Wie die „Renmin Ribao“ in ihrem Neujahrskommentar feststellt, „erlahmten die Anstrengungen in der Industrie Anfang 81, und im Ergebnis stagnierte die Produktion während eines Großteils des Jahres“. Die marktorientierten Wirtschaftsreformen haben – im Gegensatz zur Landwirtschaft – in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zu einer Krise geführt (s. Pol. Ber. 25/81), die die ganze Volkswirtschaft gefährden kann. Einseitige Betonung materieller Anreize und wachsende Lohnspreizung dürften vielfach den Arbeitseinsatz gedämpft haben. Es bleibt aber offen, wieweit die KPCh tatsächlich eine Umorientierung ihrer Industriepolitik einleitet.

Japan Militärhaushalt erhöht

Am Montag, den 28. Dezember 81, hat das japanische Kabinett den Haushalt für 1982 verabschiedet. Noch im Januar soll die Parlamentsdebatte sein. Es ist das erste Mal seit 26 Jahren, daß die Ausgaben für das Militär mit einer höheren Rate steigen als die anderen Ausgaben. Die japanische Regierung will Zerstörer, Panzer, F-15-Kampfflugzeuge und anderes Kriegsgerät anschaffen. Dafür sind die Militärausgaben um 7,754% gesteigert worden, das sind jetzt 0,933% des für 1982 geschätzten Bruttosozialprodukts.

Weiter hat das Kabinett die Ausgaben für Energiewirtschaft und staatliche Entwicklungshilfe überproportional gesteigert. Niedrigere Steigerungsraten verzeichnet dagegen der Sozial-



Kamera-Montage bei Canon

haushalt. Insbesondere angegriffen wird die medizinische Versorgung der Alten und der Patienten, die teure Behandlungen brauchen. Schon im Frühjahr 1981 hatte der japanische Ärztenverband die Regierung angegriffen, daß sie einen „Vorkriegskurs“ im Gesundheitswesen verfolge, weil sie die Kosten für die Alten drücken wolle und wie vor dem 2. Weltkrieg gesunde Jugendliche als Soldaten produzieren wolle. Die mittlere Lebensdauer müsse 80 und nicht 50 betragen, das sei ein erster Schritt zur Demokratie. Aber auch andere Sozialleistungen will die Regierung einschränken. Ebenso sollen Kürzungen im Schulwesen fällig werden. Die japanischen Volksmassen sollen eine höhere Verbrauchssteuer für Reis bezahlen, und die Preise für die Eisenbahnen sollen steigen.

Die Kürzungen im Sozialbereich begründet das japanische Kabinett damit, daß es die Verschuldung der öffentlichen Haushalte eindämmen will, die Steigerung des Militäretats mit dem Druck der USA. Und tatsächlich ist die US-Regierung sehr an der Erhöhung des japanischen Militärhaushalts interessiert. Caspar Weinberger erklärte im Dezember, die Japaner müßten so aufrüsten, daß sie sich 1600 km von den japanischen Inseln entfernt verteidigen können. Aber das ist natürlich vor allem auch ein Interesse der japanischen Bourgeoisie. Der Kapitalistenverband Nikkeiren, in dem die Großkonzerne den Ton angeben, fordert die Revision des Artikel 9 der Japanischen Verfassung, der festlegt, daß es kein Kriegsführungsrecht des japanischen Staates gibt. Der Artikel behindere die „japanischen Anstrengungen für die kollektive Sicherheit in Asien“. Seit dem zweiten Weltkrieg gibt es in Japan harte Auseinandersetzungen über den Aufbau einer Armee. Die japanische Bourgeoisie hat unter Schirmherrschaft der USA zunächst eine „Polizeireserve“, dann eine „Sicherheitsgruppe“ und 1954 eine „Selbstverteidi-

gungsgruppe“ aufgebaut, die inzwischen 250000 Mann stark ist.

Die Sozialistische Partei Japans, die kommunistische Partei und verschiedene demokratische Organisationen haben ihren Widerstand gegen die Verabschiedung des Haushalts angekündigt.

Lohnkampf Frankreich Gewerkschaften wollen Spaltung verringern

Frühzeitig vor den Verhandlungen zwischen Staat und Gewerkschaften über Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor Anfang Februar hat Wirtschaftsminister Delors seine Vorstellungen zur Lohnentwicklung 1982 kundgetan. Der Lohn in Industrie und öffentlichem Sektor soll auf Grundlage einer Vereinbarung der Tarifparteien zunächst für ein Jahr indexiert werden, Bezugspunkt ist die geschätzte Inflationsrate. Der konkrete Vorschlag für 82 lautet: Dreimonatliche Erhöhung von Löhnen und Gehältern um 2,5% auf die angestrebte Preiserhöhungsrate von 10%; halbjährliche zusätzliche Angleichung bei stärkerer Inflation.

Es ist offensichtlich, daß dieser Vorschlag im besten Fall auf Festschreibung des Reallohns hinausläuft, jede weitere Steuererhöhung z.B. Kaufkraftverlust zur Folge hätte. Die Kapitalisten reagierten bisher entsprechend überwiegend positiv, aber auch keine der Gewerkschaften lehnte das Modell rundweg ab. Wie in der BRD nutzen die französischen Bourgeois die hohe Arbeitslosigkeit von 2019000 (11,5%) zu starkem ideologischen Druck für Lohnsenkung, zudem mag mancher Gewerkschaftsführer einem solchen Abkommen in der Hoffnung beitreten, die völlig zersplitterte Kampfesführung (die Tarife werden bisher betrieblich ausgehandelt) zu überwinden. Die Gewerkschaften CGT und CFDT haben vorsichtig eine mögliche Zustimmung

für den Fall angedeutet, daß es zu einer zusätzlichen Anhebung der Niedriglöhne komme.

Daß die Verringerung der gerade durch massive Lohnunterschiede bewirkten Spaltung der französischen Arbeiterklasse neben weiterer Arbeitszeitverkürzung für die Gewerkschaft CFDT absolute Priorität hat, bekräftigte ihr Generalsekretär Maire in einem Grundsatzartikel, in dem er u.a. ausführte: „Die Verbesserung der Situation der schlechtest Gestellten ist entscheidende Bedingung weiteren Fortschritts und strategisches Interesse aller Lohnabhängigen.“ 1981 konnte die Gewerkschaftsbewegung Erfolge in dieser Richtung verbuchen. So gelang die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes um netto knapp 20% bei einer Inflationsrate von 14,2%; der Renaultkonzern mußte Ende des Jahres einem Tarifvertrag zustimmen, der angelernten Arbeitern die Möglichkeit eröffnet, in Facharbeiterlohngruppen aufzusteigen.

Nach den Daten des Nationalen Statistischen Institutes stieg im gleichen Zeitraum der durchschnittliche Arbeitermonatslohn netto um 14,6% bei Ledigen und 15,3% bei Familienvätern mit 2 Kindern. Die Genußtuung, 1981 den Reallohn insgesamt gesichert, den Mindestlohn sogar deutlich erhöht zu haben, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach den Lohnsenkungen der Jahre 1979 und 1980 die Kaufkraft unter dem Niveau der Jahre 76 bzw. 77 liegt. Eine gewerkschaftliche Zustimmung zum Delors-Vorschlag selbst bei überproportionaler Anhebung der unteren Lohngruppen führte zwar zu Verringerung der Lohnspreizung, jedoch auf einem weiterhin gedrücktem Lohnniveau, das bei einem Durchschnittslohn für Industriearbeiter von heute 4600 FF brutto (1840 DM) vielfach die Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse nicht zuläßt. Etliche Gliederungen haben sich deshalb schon gegen Annahme des Plans ausgesprochen.

Großbritannien

Ford setzt „Bestrafungsklauseln“ nicht durch

Die Arbeiter der Werke Halewood und Swansea des amerikanischen Autokonzerns Ford beendeten am Anfang der Woche ihre Streiks. Die 13 Gewerkschaften bei Ford, die gemeinsam verhandeln, werden in dieser Woche einen Tarifvertrag unterzeichnen, nachdem die Gesamtbelegschaft mit etwa 30000 zu 21000 dem letzten Angebot der Kapitalisten zugestimmt hatte.

Dieser Lohnkampf hatte eine besondere Bedeutung für die Fordarbeiter:

Im Gefolge mehrerer Niederlagen anderer Automobilbelegschaften – z.B. Vauxhall und British Leyland – wollten die Kapitalisten nicht mehr als 4,5% zahlen (bei 12% Inflation) und daran die Bedingung knüpfen, daß die Gewerkschaften einem neuen „Produktivitätsprogramm“ zustimmen. Die Gewerkschaften forderten eine Lohnerhöhung von 20 Pfund in der Woche und die Einführung der 39-Stundenwoche.

Schon 1979 hatte Ford gegen erbitterten Widerstand und nach einem neunwöchigen Streik durchgesetzt, daß ein Teil des Lohns in eine sogenannte „Anwesenheitsprämie“ verwandelt wurde, die die Kapitalisten bei Krankheit oder Streik nicht zahlen.

Mit dem neuen „Produktivitätsvorschlag“ wollten die Kapitalisten die vollständige Mobilität der Arbeitskräfte herstellen und alle bisher bestehenden „Demarcation lines“ (Abgrenzungslinien) zwischen Berufsgruppen aufheben. Außerdem sollten alle ört-



Mai 1981: Erfolgreicher Zweiwochenstreik in Halewood gegen damaligen „Disziplin-Kode“

lich ausgehandelten Tarifverträge in Bezug auf Zulagen und Arbeitsbedingungen aufgehoben werden, weil „sie nötige Veränderungen behindern.“

Als Peitsche zur Durchsetzung dieser Maßnahmen hatten die Ford-Manager sich „Strafklauseln“ ausgetüfelt: Würde ein Werk „nicht produktiv genug“ arbeiten, sollte es „finanziell bestraft werden“ – d.h. der gesamten Belegschaft der Lohn gekürzt werden.

Mit Mehrheiten von 90% stimmten die 54000 Ford-Arbeiter auf Betriebsversammlungen Anfang Dezember für Streik. Die Gewerkschaften setzten den Streikbeginn auf den 5. Januar fest.

Zu den Vorbereitungen gehörte, daß die Gewerkschaften Kontakte zu den Gewerkschaften in Spanien, Belgien und zur IG Metall aufnahmen, u.a. trafen sich Delegationen von Vertrauensleuten. Die Gewerkschaften hatten schließlich schriftliche Zusagen ihrer

Kollegen, daß sie einen britischen Streik unterstützen und Lieferungen nach England boykottieren würden.

Ende Dezember boten die Kapitalisten plötzlich 7,4% an und gaben die „Bestrafungsklauseln“ auf. Aber erst als sie auch erklärten, die 39-Stundenwoche würde ab dem 1. Juni eingeführt, beschloß die Verhandlungskommission, den Streik auszusetzen.

In Halewood und Swansea streikten die Belegschaften trotzdem. Die Gesamtbelegschaft beschloß am Freitag in 16 Werken mit insgesamt 29100 Arbeitern, das Angebot anzunehmen, in 7 Werken mit 20710 Arbeitern stimmten die Versammlungen mit nein. Der Streik wurde Montag beendet.

„Wir glauben immer noch, daß es ein teuflisches Angebot ist, aber wir können unsere Leute nicht so allein lassen“, sagte ein Vertrauensmann aus Halewood. „Wir werden ihnen (den Ford-Kapitalisten) aber jetzt klarmachen, daß sie bei der Durchführung die Zustimmung der Belegschaften brauchen.“

El Salvador

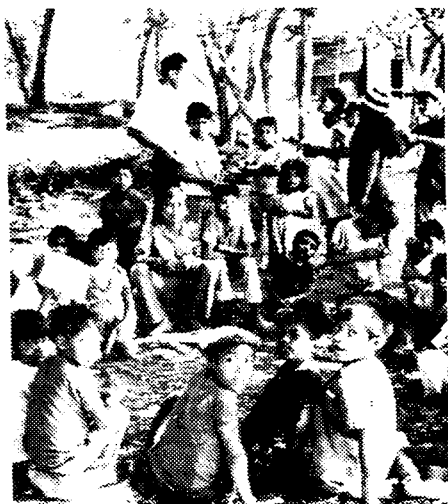
Militärische Erfolge der Befreiungsfront

In der Nacht zum 22.12. griffen Guerilleros der Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) die Hafenstadt El Savadors La Unión an und hielten sie einige Stunden lang besetzt, bevor sie sich vor den Regierungstruppen zurückzogen. Wenige Tage später gelang es der FMLN, die die verschiedenen Guerillaorganisationen des Landes vereinigt, die Brücke über den Guajoyo zu sprengen und damit die wichtigste Verkehrsverbindung nach Guatemala zu unterbrechen. Nahe der zentral gelegenen Stadt San Vicente blockierten Guerilleros die Panamerikanische Schnellstraße und erhoben auf die gestoppten Fahrzeuge eine Kriegssteuer. In der Hauptstadt San Salvador selbst wurden in den vergangenen Wochen mehrere Starkstromleitungen, Telefonzellen und auch einige öffentliche Gebäude gesprengt.

Das von den USA ausgehaltene Regime des Christdemokraten Duarte schlägt wild um sich. Kein Tag vergeht, an dem nicht die verstümmelten Leichen verschleppter Arbeiter, Bauern, Studenten oder Lehrer aufgefunden werden. Hunderttausende Bauern sind seit dem 7.3.1980, dem Tag der Verkündung der „Landreform“, vor den Regierungstruppen und Terrorbanden in die Hauptstadt und in die Nachbarländer geflohen. Anfang Dezember startete das Regime eine neue „Großoffensive“ gegen die FMLN in der öst-

lichen Provinz Morazan, die militärisch wenig bewirken, dafür um so mehr Schrecken und Terror unter der Zivilbevölkerung verbreiten wird.

Gewiß ist die FMLN vom militärischen Sieg der Revolution trotz der jüngsten Erfolge noch weit entfernt. Immerhin aber mußte das US-Außenministerium Mitte Dezember erstmals zwei ihrer Vertreter zu Verhandlungen empfangen. Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekannt, doch bedeutet allein schon die Tatsache von Verhandlungen mit der Befreiungsfront, daß die USA weder damit rech-



Unterricht im Flüchtlingslager

nen, daß die für den 28. März angesetzten „Wahlen“ das Regime festigen könnten, noch mit der militärischen Zerschlagung der Volksbewegung. Das hindert sie indes nicht, die Intervention zu forcieren. Anfang Januar trafen 600 Offiziere und 1000 Infanteriesoldaten aus El Salvador zur Anti-Guerilla-Ausbildung in den USA ein. Ein Führer der FMLN legte kürzlich gegenüber einer mexikanischen Zeitung Beweise für die Beteiligung der in El Salvador tätigen US-„Berater“ an militärischen Einsätzen vor. Bereits im Oktober 1981 hatten die USA in einer „Lateinamerika-Gruppe“ der NATO (!) ihre Einsatzpläne für El Salvador verhandelt; Anfang Dezember gelang es ihnen, die OAS mehrheitlich auf Unterstützung des Regimes Duarte festzulegen und die revolutionäre Volksbewegung damit zu isolieren.

Angesichts dieser aktuellen Gefahr der Isolierung und der militärischen Intervention der USA hat die FMLN eine neue Minimalplattform zur politischen Lösung vorgelegt. Sie fordert darin die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Meinungsfreiheit, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Bildung einer neuen Armee aus den Einheiten der Guerilla und solchen Soldaten und Offizieren der Regierungstruppen, die sich nicht schwerer Verbrechen am salvadorensischen Volk schuldig gemacht haben.

Zimbabwe

Bauern wollen Land — Verfassung hemmt unabhängigen Wirtschaftsaufbau

„Die Landfrage ist die Schlüsselfrage“, sagt uns Zimbabwes Botschafter in Bonn A.M. Chambati. „Das ist die Frage, deretwegen wir Krieg geführt haben, es ging um das Land. Und diese Frage bleibt zu lösen.“ Bisher haben erst 6000 afrikanische Bauernfamilien im Rahmen des Siedlungsprogramms der Regierung Land erhalten. Die Verfassung verbietet die Enteignung von Siedlerplantagen. Die Patriotische Front hatte diesem Punkt bei den Unabhängigkeitsverhandlungen nur zugestimmt, nachdem Großbritannien und die USA versprochen hatten, sie würden ein großes Landankaufprogramm finanzieren. Chambati: „Weil das Geld nicht in so großen Summen gekommen ist, wie wir erwartet hatten, gibt es bei dem Programm Probleme.“

Während der 90jährigen Kolonialzeit hatten die weißen Siedler die besten Böden und fast die Hälfte der Gesamtnutzfläche an sich gerissen. Die Afrikaner wurden, soweit die Siedler sie nicht als Landarbeiter auf den Plantagen ausbeuteten, in unfruchtbaren Reservaten zusammengepfercht. Gegenwärtig umfassen die „kommerziellen Farmgebiete“, die noch immer größtenteils 5000 weißen Siedlern gehören, 14,8 Mio. ha. Rund 300000 afrikanische Landarbeiter arbeiten dort. In den früheren Reservaten (16,3 Mio. ha), die nach Expertenschätzungen höchstens 325000 Familien ernähren können, leben tatsächlich 780000 Familien.

Die zahlreichen Landbesetzungen zeigen, wie ungeduldig die afrikanischen Bauern auf eine rasche Umwälzung der kolonialen Eigentumsverhältnisse drängen. Nach Presseberichten hatten im September rund 50000 Bau-

ern Siedlerland besetzt. Ein 67jähriger Bauer, dessen Familie vor 50 Jahren von den Kolonialisten vertrieben worden war, sagte nach der Rückkehr auf sein Land zu einem Reporter: „Die Regierung hat uns Land versprochen, wenn wir den Krieg gewinnen. Jetzt haben wir den Krieg gewonnen, und wir sind auf unser Land gezogen. Wir werden nicht wieder gehen.“

Zwar hat die Polizei in einzelnen Fällen Landbesetzer an ihre früheren Wohnorte gebracht. Aber im allgemeinen duldet die Regierung die Besetzungen. Gestützt auf die Bauernbewegung hat sie in den letzten Monaten verschiedene Maßnahmen zur Beschleunigung des Landerwerbs ergriffen. Landminister Sekeramayi hat im September erklärt, die Landbesetzer könnten unter bestimmten Bedingungen „bis zur endgültigen Ansiedlung“ auf dem besetzten Land bleiben, z.B. wenn es sich um verlassene Plantagen handelt. Die Regierung hat bei Landverkäufen jetzt ein Vorkaufsrecht. Sekeramayi kündigte an, die Regierung werde „brachliegendes, verlassenes und untergenutztes Land“ künftig an sich ziehen. Und Arbeitsminister Kangai hat im Dezember Plantagenbesitzern, die die zum Jahreswechsel erhöhten Mindestlöhne nicht zahlen, sofortige Enteignung angedroht.

Um die durch Landmangel gefesselte Produktivkraft hunderttausender afrikanischer Bauern zu befreien, wird eine Überwindung der einschnürenden Verfassungsbestimmungen unumgänglich sein, zumal, wenn die Imperialisten ihre Hilfszusagen nicht einhalten. Botschafter Chambati dazu: „Wir können nicht unbegrenzt Opfer von Verfassungsregelungen bleiben ...“



Maisernte. Präsident Banana und Regierungsmitglieder arbeiten mit

Wir hoffen, Korrekturen durchführen zu können.“

Die Bedingungen dafür haben sich seit der Unabhängigkeit durch die Konsolidierung der neuen Staatsmacht und die positive Wirtschaftsentwicklung verbessert. Die Integration der ehemaligen Guerillaarmeen und der Kolonialtruppen zu einer neuen nationalen Armee ist abgeschlossen; mit Ausnahme des weißen Oberkommandierenden sind fast alle Schlüsselkommandos mit Afrikanern besetzt. Bei der Regierungsübernahme waren nur 30% der Beamten Schwarze, jetzt sind es 58%. Nach einem Rekordwachstum von 14% 1980 ist das Bruttosozialprodukt auch im abgelaufenen Jahr um rund 7% gestiegen. Zimbabwe konnte 1981 große Mengen Mais in andere afrikanische Länder exportieren. Zwar haben von der Erhöhung der Maisankaufpreise um 41% 1980 vor allem die weißen Siedler kräftig profitiert. Aber insgesamt hatten 1980 die afrikanischen Bauernwirtschaften mit 43% einen erheblich höheren Produktionsanstieg zu verzeichnen als die weißen „kommerziellen Farmen“ (12%).

Die Erfolge der Politik der „Ausöhnung“ erleichtern jetzt ein energischeres Vorgehen gegen die andauernde Beherrschung weiter Teile der Wirtschaft durch imperialistisches Kapital. So liegt jetzt der Gesetzesentwurf zur Einrichtung eines Staatsmonopols für den Handel mit Bergbauprodukten vor. Damit sollen die Bergbaukonzerne gehindert werden, durch fingierte Niedrigrechnungen Profite außer Landes zu schaffen und Steuern zu hinterziehen. Die Regierungen der Heimatländer dieser Konzerne (USA und Großbritannien) hatten gegen diesen Plan interveniert.

Zum 1. Januar sind (bei einer Inflation von z.Z. 17%) die Mindestlöhne in Industrie und Handel um 23,5%, für die Landarbeiter und die rund 100000 Hausangestellten um 67%, freilich bei Wegfall der Gratisverpflegung, erhöht worden. Der industrielle Mindestlohn liegt aber mit 105 Zim\$ (330 DM) noch immer unter der amtlichen Armutsgrenze für eine städtische sechsköpfige Familie (128 Zim\$). Um eine Überwälzung der Lohnerhöhung auf die Preise zu verhindern und wirksame Preiskontrollen vorzubereiten, sind für drei Monate die Preise eingefroren worden.

Die Imperialisten verteidigen ihre bedrohten Positionen mit Terror. Nach dem Bombenanschlag auf das ZANU-Hauptquartier im Dezember hat Premierminister Mugabe Maßnahmen gegen „weiße Elemente in Armee und Polizei“ angekündigt, die „im Zusammenspiel mit Südafrika tätig sind, um einen Sturz der Regierung herbeizuführen.“

SADCC: Wirtschaftliche Zusammenarbeit der freien Länder des südlichen Afrika

Händereibend teilte vor einiger Zeit ein südafrikanisches Finanzblatt dem Börsenpublikum mit, Zimbabwe exportiere noch immer doppelt soviel nach Südafrika wie nach den vier wichtigsten unabhängigen afrikanischen Partnerländern *zusammen*. (Auf Platz 2 der Außenhandelsstatistik folgt übrigens die BRD.) Das Kolonialregime am Kap – und mit ihm die Konzernchefs in New York, London und Frankfurt – rechnet sich weiter Chancen aus, das unabhängige Zimbabwe durch eine Mischung aus wirtschaftlicher Erdrückung und Siedlerputsch doch noch unter die Knute zu kriegen. Als Ansatzpunkt dient die aus der Kolonialzeit ererbte Ausrichtung der Transportwege auf Südafrika. Abgesehen vom Handel mit Südafrika selbst wickelt Zimbabwe rund 70% seines Außenhandels über südafrikanische Häfen ab, den Rest über Mosambik.

Noch bevor in Salisbury die britische Flagge endgültig eingeholt wurde, beschlossen im April 1980 neun Staaten des südlichen Afrika die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft, um durch Zusammenarbeit untereinander die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika zu brechen. Dieser „Konferenz für Entwicklungszusammenarbeit im Südlichen Afrika“ (SADCC) gehören Zimbabwe, Tansania, Mosambik, Angola, Botswana, Malawi, Lesotho und Swasiland an. Davon haben bisher nur Angola und Tansania den Handel mit Südafrika auf Null reduzieren können. Die Befreiungsbewegungen Namibias und Azanias SWAPO, PAC und ANC nehmen an den Konferenzen teil.

Die Mitgliedsländer sind jeweils für bestimmte Bereiche zuständig, Zimbabwe z.B. für die Zusammenarbeit auf dem Nahrungsmittelsektor. Das Schwergewicht liegt bislang im Verkehrsbereich. Im Juni 1981 wurden insgesamt 97 Verkehrs- und Fernmeldeprojekte beschlossen, 22 davon sind bereits im Bau. Durch den Ausbau der Eisenbahn nach Beira/Mosambik und die Vergrößerung der Häfen von Beira und Maputo werden die Binnenländer Samibia, Zimbabwe und Malawi unabhängiger von südafrikanischen Häfen. Außerdem ist die Verschiffung von Zimbabwe aus über Beira nicht einmal halb so teuer wie über das südafrikanische Durban. Die seit 1965 stillgelegte Pipeline von Beira nach Zimbabwe soll Anfang des Jahres wieder in Betrieb genommen werden.

Auf der letzten SADCC-Konferenz im November hat Zimbabwe vorgeschlagen, bei der Verarbeitung und Vermarktung von Mineralprodukten und der Ausbildung von Bergbau-Fachkräften zusammenzuarbeiten. In seinem Vorschlag wandte sich Zimbabwe dagegen, eine derartige Entscheidung durch westliche Bergbauinteressen, die auf eigene



Premierminister Robert Mugabe

Rechnung fördern und die Rohstoffe unverarbeitet abtransportieren wollen, torpedieren zu lassen. „Es ist bestreitbar, daß die Beziehungen der SADCC zur westlichen Welt davon abhängen, ob und zu welchen Bedingungen Europa und Nordamerika Zugang zu den Mineralien der Region kriegen.“ Offenbar hatten die westlichen Imperialisten für den Fall der Sperrung solchen „Zugangs“ mit Streichung der bereits zugesagten Finanzhilfe für die SADCC gedroht.

Um die Transportschwierigkeiten in Zimbabwe zu vergrößern, zog das südafrikanische Regime Anfang 1981 26 Mietlokomotiven plötzlich ab. Mosambik half mit zwölf, Malawi mit vier Loks aus. Alte Lokomotiven wurden wieder instandgesetzt. Im Oktober sprengte die von Südafrika ausgehaltene MNR (Nationale Widerstandsbewegung) in Mosambik eine Brücke der Beira-Eisenbahn; dabei wurde auch die Pipeline beschädigt. Prompt erklärte sich Südafrika „bereit“, die 26 Loks wieder zu vermieten. Zimbabwe nahm das Angebot an, setzt aber den Ausbau alternativer Transportwege fort. Nachdem Südafrika im Sommer monatelang kaum Ölprodukte durchgelassen hatte, bezieht Zimbabwe diese schon seit einigen Monaten, zunächst mit Tankwagen, über Beira.



Endlose Liebe

Erste Liebe überdauert Unterdrückung durch Eltern- und Staatsgewalt

Zeffirelli, dem Regisseur des Films „Endlose Liebe“, schreibt die Kritik zu, er habe eine moderne Version von „Romeo und Julia“ geschaffen. Er selber bestreitet dies zu Recht. Im Gegensatz zur Tragödie von Romeo und Julia, in der von vornherein alles feststehe, werde in seinem Film alles durch die Leidenschaft der beiden Jugendlichen Jade und David in Gang gesetzt.

Dieser Ansatz, daß junge Leute über ihr Schicksal selber entscheiden und durchsetzen, daß eine Liebe, die von zwei Elternhäusern und von der Staatsgewalt in Form von Gericht, psychiatrischer Anstalt, Polizei und Gefängnis unterdrückt werden soll, am Leben bleibt, sorgt dafür, daß der Film für Jugendliche eine starke Anziehungskraft hat. Dieses Interesse wird schamlos ausgenutzt, indem die Liebe selber zum Mittel gemacht wird, mit dem sich all diese Schinderei und Entwürdigung aushalten läßt, einfach weil sie alles überdauert. Dies ist die Quintessenz, die David im Schlußmonolog, malerisch hohläugig ans Gefängnisgitter gelehnt, vorträgt, während er sieht, wie seine Geliebte ihn besuchen kommt.

Zeffirelli sagt, daß er, anders als in seinem Film „Die blaue Lagune“, habe zeigen wollen, daß „Schönheit überall sein kann, in ganz einfachen Dingen, nicht nur in fernem exotischen Welten“. (s. Cinema-Programm Nr. 31) Also hat er nach seiner früher

verfilmten Robinsonade diesmal mitten ins gesellschaftliche Leben der wohlbestallten amerikanischen Intellektuellen in Chicago gegriffen, führt also eine Welt vor, die kaum einer der Jugendlichen, die den Film ansehen, aus eigener Erfahrung kennt. Da gibt es nun allerhand Schönes. In der prächtigen Villa von Jades Eltern legt David ein bildschön lodernes Feuer, nachdem ihm verboten worden ist, nach den aufwendigen Partys, die dort veranstaltet werden und zu denen die Mutter auch mal im kostbaren antiken Kimono erscheint, die Nächte mit Jade vor dem traulicheren Kaminfeuer zu verbringen.

Alles nicht so Schöne dient als Folie, vor dem der Wachsperlenglanz dieser Liebe um so besser zur Geltung kommt. Gezeigt wird dieses feinfühlig matte Grau in Grau der Irrenanstalt, die anderen Insassen, die brutalen Therapien unterworfen werden und in der Anstalt bleiben müssen. David weigert sich einfach, sich so behandeln zu lassen und kommt damit wunderbarerweise offenbar jahrelang durch und wird schließlich durch die Beziehungen seiner Eltern aus der Anstalt erlöst.

Um weitere solche Kontraste zu schaffen, werden einige Überflüssigkeiten aufgehäuft. Nicht einsichtig ist die inzwischen erfolgte Scheidung von Davids Eltern. Recht albern behauptet sein Vater, er habe sich ein Beispiel an ihm genommen, nachdem er ihn ein-

mal mit seiner Freundin auf dem Fahrrad gesehen habe. Bei dem anderen Elternpaar weiß man nicht, ob die Scheidung hätte unterbleiben sollen oder der spätere Unfalltod des Gatten, durch den in dieser Hinsicht derselbe Effekt erzielt wird.

Hingewiesen werden muß, da dies in allen sonstigen Besprechungen und auch in dem von der Zeitschrift „Bravo“ veröffentlichten Film-Foto-Roman unterlassen wird, auf die – unverarbeitet gelassene – sexualisierte Darstellung der gesamten Familienbande. Geht einem schon die Schmutzerei des Vaters mit der Tochter auf die Nerven, die diese immerhin aufgibt, um sich David zuzuwenden, so wird der Film wirklich geschmacklos, wenn die Mutter die Kinder bei ihrer Umarmung nicht nur beobachtet, sondern später auch noch David, der gerade aus der Anstalt kommt und auf der Suche nach Jade bei ihr auftaucht, davon vorschwärmt und sich seiner jugendlichen Frische, deren Vergleich ihr Mann scheint nicht ausgehalten hat, anbietet. Des weiteren landet die Freundin des toten Vaters bei dessen Kröte von Sohn, der David, seinen früheren Freund, an die Polizei ausliefert usw. Diese Szenen wirken wie die Beimischung zu Tabletten, die das Bedürfnis nach einem bestimmten Präparat beim Konsumenten erzeugen sollen, und tragen einiges zur Verlogenheit des Films bei.

Filmbeitrag zur Hebung der Wehrkraft

Seit einigen Wochen sind gleich mehrere sog. „Militär-Klamotten“ von ähnlichem Grundmuster in den westdeutschen Kinos zu sehen. „Ich glaub' mich knutscht ein Elch“ gehört zweifellos zu den Schlechteren dieser Sorte. Dennoch, die Vorstellung war gut besucht, weitgehend von Jugendlichen, die zur Bundeswehr eingezogen oder erst kurz entlassen sind. – Zwei ausgeflippte Typen, schon leicht angegraut, treten, einer Laune folgend, in die (US-)Armee ein, geraten natürlich sogleich mit der Armeordnung, dem Drill, der Schikane in Konflikt, lassen sich nicht beugen, sondern schlagen sich mit Witz, Frechheit und der Hilfe zweier Militärpolizistinnen durch, übernehmen sogar die Führung ihrer Einheit und werden für die Vorführung einer neuen Waffe in Italien ausgewählt, benutzen das Unternehmen aber für ihre privaten Abenteuer. Zum guten Schluß befreien sie ihre Einheit, die sich auf der Suche nach ihnen in die CSSR verirrt, mit Hilfe der neuen Wunderwaffe und ihrer schon bekannten Frechheit aus den Klauen der Roten Armee und kehren als umjubelte Helden in die USA zurück. Die Moral von der Geschichte: Die Armee hat Platz für jeden, und gerade auch für die, die sich nicht beugen lassen wollen, denn wenn's drauf ankommt, stehen sie ihren Mann besser als manch anderer. Und für die Unterdrückung und Drill unterworfenen Soldaten hält der Film den versöhnenden Ratschlag bereit: Tragt's mit Fassung, dann kann's auch Spaß machen.

Vom Kopfgeldjäger zum Kopfgänger

Ben Nelson ist von den Menschen enttäuscht. Obwohl er so freundlich war, in einer Kleinstadt einige Bankräuber für die Bewohner zu erschießen, lassen sie es ihn entgelten, daß er ihr Geld nicht gerettet hat. Krank und arm geworden, beschließt er, böse zu werden. Sein Vorsatz wird jedoch durchkreuzt.

Die junge Ladenbesitzerin, die er berauben will, ist die Güte ganz und gibt ihm alles freiwillig und zehn Dollar obendrein. Dies ermöglicht ihm, das schon gestohlene Pferd zurückzuführen. Der Besitzer, ein US-Marshall, erwischt ihn gerade noch. Nach

einem prüfenden Zweikampf stellt er ihn als Gehilfen ein.

Der Marshal betätigt sich als legaler Kopfgeldjäger. Obwohl Nelson dabei auch zu Geld kommt, ringt er um die Rechtfertigung seiner Morde. Als sie bei ihrer Jägerei auf eine Gruppe Verfeindeter stoßen, die kurz davor sind, Gold wiederzufinden, das zusammen mit spanischen Soldaten in einem Berg beerdigt ist, setzt er sich von dem Marshal ab. Er gewinnt die Überzeugung, man sollte Verbrecher jagen, aber nicht ums Geld, sondern wegen des Schutzes der Gesellschaft. Er nimmt nichts von dem Gold, sondern schenkt es seiner Zukünftigen und den noch nicht umgebrachten Räubern zu zwecks Wiedergutmachung. Den toten Spaniern als den früheren Besitzern verspricht er ein standesgemäßes Begräbnis. Klar ist, daß die Nachkommen der Indianer, die den Spaniern ihr Ende bereiteten, indem sie einen Bergrutsch verursachten, als Eigentümer nicht in Frage kommen.

„Ein Western – das ist Ur-tümlichkeit. Gerade in seiner Einfachheit und Schlichtheit spricht er alle Urelemente des menschlichen Daseins an.“ So urteilt G.F. Unger über sein Schaffen. Einfach in der Tat sind die Mittel, die er gebraucht. Nachdem er auf den ersten Seiten geklärt hat, wer die Guten und wer die Bösen sind, kann der Leser sich zur Ruhe setzen. Sehr schlechtes Präsenz von vorn bis hinten erzeugt eine urige Spannungslosigkeit, bis das Ende der Geschichte eben eintritt.

G.F. Unger, Schmutziger Lohn, Western-Roman. Bastei-Lubbe-Taschenbuch Bd. 43134, 4,80 DM.

Der deutsche Treck nach Texas

Das 1842 von deutschen Fürsten begründete und von der liberalen Bourgeoisie lebhaft begrüßte Unternehmen, Texas als deutsche Kolonie zu erobern, ist weithin unbekannt. 1836/37 organisierten die amerikanischen Siedler in der mexikanischen Provinz Texas den Aufstand und erklärten diesen Teil Mexikos für unabhängig. Die Widersprüche zwischen den Nord- und den Südstaaten verhinderten jedoch vorerst den Anschluß an die USA. Die deutsche Bourgeoisie erblickte die Möglichkeit, den „Expansionsdrang der USA“ aufzuhalten und „dem deutschen Gewerbfleiß neue Märkte,

dem deutschen Seehandel eine weitere Ausdehnung zu geben“. Nachdem erste Pläne, die damals noch mexikanische Provinz Kalifornien zu „kaufen“ und in eine deutsche Kolonie zu verwandeln, fehlgeschlagen waren, gründeten 25 deutsche Landesfürsten am 18.4.1842 den „Verein zum Schutz deutscher Einwanderer in Texas“ mit dem Ziel, die Ströme deutscher Auswanderer nach Nordamerika zu zentralisieren und nach Texas zu lenken, wo man nach mehreren Anläufen ein Gebiet von mehr als 3 Mio. Acres, das sind über 12140 km², erworben hatte.

Klaus Groepers mit zahlreichen Dokumenten ausgestattete, leider jedoch unübersichtlich gegliederte kritische Darstellung dieses Unternehmens geriet ihm allerdings zu einer moralischen Rechtfertigung des Kolonialismus. Er kritisiert das mangelnde „Interesse für koloniale Abenteuer“ auf Seiten des preußischen Königs und der deutschen Landesfürsten und den Kleingeist, der schließlich das Texas-Projekt zum Scheitern verurteilt habe. Mindestens 1500 deutsche Auswanderer kamen um, von den übrigen erreichten nur die wenigsten das „deutsche Gebiet“, und dies, weil der Texas-Verein lediglich 80000 statt der erforderlichen mehreren Mio. \$ investiert habe. Und er kritisiert den mangelnden Kolonialisierungsgeist der deutschen Siedler, die sich, statt zu arbeiten, vom „Texas-Verein“ hätten aushalten lassen. Unerträglich ist jedoch vor allem die neo-koloniale Arroganz gegenüber den Indianern, von denen Groeper nur bedauert, daß sie nicht noch schneller und gründlicher ausgerottet wurden, als geschehen.

Klaus Groeper, Im Winter brach der Regenbogen, Ullstein-Buch Nr. 20161, 5,80 DM



Einwanderer gehen an Land

Schönhuber-Memoiren

Erinnerung an die Waffen-SS — Neue-alte Kriegsziele

Franz Schönhuber, stellvertretender Chefredakteur beim Bayerischen Rundfunk, hat seine Memoiren veröffentlicht: „Ich war dabei“. In diesem Buch beschreibt Schönhuber Erlebnisse als Freiwilliger der „Leibstandarte SS Adolf Hitler“, zu der er 1942 als Zwanzigjähriger kam. Der Verlag trommelt für das Buch: „Kritisch, ungeschminkt und schonungslos gegen sich selbst, setzt sich Franz Schönhuber mit der Kriegs- und Nachkriegszeit auseinander. – ... die in ihrer Offenheit aufsehenerregende und zeitgeschichtlich brisante Autobiographie!“

Das Buch hat nach seinem Erscheinen heftige Wellen aufgeworfen. Die „Deutsche Nationalzeitung“ hat es zum „Buch des Jahres“ erklärt und freut sich, daß ein „Repräsentant einer öffentlich-rechtlichen Anstalt“ der Wahrheit die Ehre gäbe. Der Vorstand des Bayerischen Journalistenverbandes (BJV) hat Schönhuber aufgefordert, den Ehrenvorsitz in dieser Organisation umgehend niederzulegen, und distanzierte sich nachdrücklich von Form und Absicht des Schönhuber-Buches. Der SPD-Vorsitzende Rothmund kritisiert, das Buch atme den Geist des Gestrigen, der nichts dazu gelernt hätte. Die Deutsche Journalistenunion (München) hat beantragt, das Buch auf die Liste der jugendgefährdenden Schriften zu setzen, weil es der Volksverhetzung Vorschub leiste und neonazistisches Gedankengut verbreite. Die Sprecher der in der IG Druck und Papier organisierten Journalisten fordern den Rücktritt Schönhubers als Abteilungsleiter des Bayerischen Rundfunks.

Schönhuber selbst erklärte, er denke nicht daran, den Ehrenvorsitz des BJV niederzulegen, sein Buch nennt er „zustieft antifaschistisch“, es habe das Ziel, „die Jugend vor solchen Situationen zu warnen und auf die Gefahren von rechts und links aufmerksam zu machen“. Da er „dabei gewesen“ sei, könne er das besser als andere. Von seinen Vorgesetzten im Bayerischen Rundfunk wird Schönhuber gedeckt. Der Intendant Vöth behandelt das Buch als Privatsache Schönhubers und hat jede Diskussion oder Stellungnahme in Rundfunk und Fernsehen unterbunden.

Tatsächlich ist es eine gezielte Provokation, wie Schönhuber in seinem Buch versucht, der SS ein Ehrenmal zu setzen. Die Unterdrückung der Arbeiterklasse im eigenen Land, die Vernichtung ihrer Organisationen, die Vernichtung der Juden, der Überfall auf die Völker Europas, die gesamten Verbrechen des Hitlerfaschismus kommen nicht vor oder werden beschönigt. Die ausländischen Zwangsarbeiter erscheinen bei Schönhuber in Gestalt von Fremdarbeiterinnen einer Munitionsfabrik, die den SS-Freiwilligen als Lieben dienen. Über die „Beseitigung von Widerstandsnestern“ auf Korsika berichtet Schönhuber: „Ich war wie im Rausch ... Ein fast sportlicher Ehrgeiz hatte mich ergriffen.“ Aber Schönhuber geht es nicht einfach darum, für die alte faschistische Politik einzutreten. Er kritisiert die Kriegsführung und die „unklugen“ Besatzungspolitik der Hitlerarmeen. Er zitiert einen französischen Faschisten, Saint Loup: „Wir, die Krieger, haben nichts zu beweisen, außer jener großen Öffnung eines faschistischen Europas, die zum großen Teil von Hitler verraten wurde.“ Sein Kommentar: „Ich für meinen Teil will kein faschistisches Europa. Die historische Schuld und die Belastungen lassen diesen wohl auch nicht mehr zu. Niemand kann aber sagen, was damals aus dem europäischen Faschismus geworden wäre, hätte es den Nationalsozialismus nicht gegeben. Faschisten und Nazis sind nicht das Gleiche.“

Schönhubers Versuch, durch die Darstellung der SS als „die letzten echten Söhne des Kriegsgottes“ die „Ehre der deutschen Soldaten wiederherzustellen“, dient dem Ziel, den Waffendienst für imperialistische Expansionspolitik als Arbeit tapferer Männer darzustellen. Er will die alten Kriegsziele propagieren, nur eine geschicktere Bündnispolitik müßte gemacht werden. „Wie polnisch war Breslau? ... Ich habe in Breslau nie ein Wort polnisch gehört“, und er empört sich, daß solche Fragen als „Revanchismus diffamiert“ werden. Die Ziele sind weit gesteckt: „Ich habe dieses Buch nicht zuletzt deshalb geschrieben, weil ich daran erinnern möchte, daß die europäische Erde von Moskau bis Südfrankreich die sterblichen Überreste von Waffen-SS-Männern deckt.“ An anderer Stelle: „Als Fazit bleibt für mich die Über-

zeugung, daß die besten Elemente des Faschismus sich in diesen Divisionen schlugen ... Geprägt waren sie von den demokratischen Traditionen ihrer Herkunftsländer ... strömten sie zu den Einheiten, um ihren Vaterländern einen besseren Platz bei der Neuordnung Europas zu sichern.“ „Wenn es sich auch als historischer Irrtum herausgestellt hat, so dachte ich doch daran, daß sich meine Kameraden als Bollwerk gegen den Bolschewismus verstanden haben und als eine Art NATO-Armee fühlten ...“

Das ist die Kernfrage, die Schönhuber in seinem Buch aufwirft: Wie die europäische Erde doch noch zu gewinnen wäre, wozu es dann wohl doch einer Truppe mit dem Charakter der Waffen-SS bedürfte. In seinem Vorwort schreibt er: „Im übrigen glaube ich, daß die sogenannte Vergangenheitsbewältigung erst jetzt beginnt.“ Es geht um die Ziele: „Die meisten der jungen französischen SS-Freiwilligen verstanden sich als Weiße Garden, als große kämpferische Bewegung gegen den Kommunismus, und fühlten sich als Vorkämpfer eines ... neuen Europas, in dem Frankreich ein gleichberechtigtes Mitglied sein sollte.“ Eine flämische Faschistin läßt er sagen: „... wobei Deutschland die Rolle des primus inter pares (des Ersten unter Gleichen) spielen könnte ...“

Schönhuber, Ich war dabei, Verlag Langen Müller, München/Wien 1981, 34 DM.

Reichstagsbrandprozeß

Kampf um bestehende Rechte gegen das reaktionäre Bündnis

Daß Konservative und Liberale mit faschistischen Kräften paktierten, führte 1933 zur Machtübernahme des Hitler-Faschismus. Alt-Bundespräsident Theodor Heuss hat darüber in den sechziger Jahren ein Zeugnis abgelegt, aus dem ersichtlich ist, daß die Politiker, die zusammen mit Heuss 1933 der Deutschen Demokratischen Volkspartei angehörten, Hermann Dietrich, Heinrich Landahl, Ernst Lemmer, Reinhold Maier, und die später die F.D.P. bzw. die CDU mitbegründeten, sich geläutert zeigen, aber für solche Schritte immer noch gut sind. Heuss:

„Denn, das ist nun meine feste Überzeugung, das ‚Ermächtigungsgesetz‘ hat für den praktischen Weitergang der nationalsozialistischen Politik keinerlei Bedeutung gehabt.“

Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 war der *parlamentarische Höhepunkt* des sich immer weiter festigenden Bündnisses zwischen den verschiedenen reaktionären Kräften in Deutschland. Die Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz ermöglichte den Faschisten, ein *legales* Terrorregime zu errichten auf Grundlage der Weimarer Verfassung. Die Ermächtigung der Reichsregierung, die Reichsgesetze zu beschließen, war in der Verfassung vorgesehen. Die 94 SPD-Abgeordneten stimmten als einzige gegen das Gesetz. Die KPD war bereits am 14. März verboten worden. Aber auch deren Stimmen hätten eine Zweidrittel-Mehrheit des reaktionär-faschistischen Bündnisses mit 441 Ja-Stimmen nicht verhindern können.

Dieses Bündnis war nach dem Sturz der christlich-reaktionären Regierung Brüning 1932 binnen einem Jahr an die Macht gelangt. Die Regierungen von Papen und von Schleicher ließen den Faschisten noch mehr Raum, mit ihrer SA Schritt um Schritt ein Terrorinstrument zu errichten. SPD und KPD kamen nicht zu einem gemeinsamen Programm, das die reaktionäre Einigungsbewegung aufhalten und spalten konnte.

Die Regierung Adolf Hitler übernimmt am 30. Januar 1933 die Regierungsgeschäfte. Reaktionäre und konservative Minister stellen noch die Mehrheit. Die Terrormaßnahmen der Faschisten verstärken sich und ermöglichen der Regierung Hitler, ein Verordnungs- und Gesetzeswerk zu errichten, das inhaltlich die bürgerliche Demokratie zerschlägt. Der Reichstagsbrand am 27.2. ist der *terroristische Höhepunkt* der Machtübernahme. Am Tatort wird der Holländer van der Lubbe festgenommen. Erst Tage später der leitende Funktionär der Kommunistischen Internationale Dimitroff. Zwei weitere bulgarische Kommunisten, Popoff und Taneff, sowie der KPD-Reichstagsabgeordnete Torgler werden wegen Reichstagsbrandstiftung verhaftet. In der Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 28. Februar sind die politischen Absichten Hitlers deutlich festgehalten:

„Der Reichskanzler führte aus, daß jetzt eine rücksichtslose Auseinandersetzung mit der KPD dringend geboten sei. Der psychologisch richtige Moment für die Auseinandersetzung sei nunmehr gekommen. Es sei zwecklos, noch länger hiermit zu warten. Die KPD sei zum Äußersten entschlossen. Der Kampf gegen sie dürfe nicht

von juristischen Erwägungen abhängig gemacht werden. Nachdem die Brandstiftung im Reichstagsgebäude sich ereignet habe, zweifle er nicht mehr daran, daß die Reichsregierung nunmehr bei den Wahlen 51% erobern werde.“

Am gleichen Tag, eine Woche nach dem Reichstagsbrand, erläßt der Reichspräsident von Hindenburg die Verordnung zum „Schutz von Volk und Staat“:

„§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtung, Anordnungen von Haus-suchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.“

In der Verordnung wird der Katalog von Verbrechen, auf die Todesstrafe steht, umfassend erweitert: bei Hochverrat, Giftbeibringung, Brandstiftung, Explosion, Überschwemmung, Beschädigung von Eisenbahnanlagen, gemeingefährlicher Vergiftung, die bisher mit lebenslangem Zuchthaus bestraft wurden. Todesstrafe wird auch für schweren Aufruhr, schweren Landfriedensbruch und Freiheitsberaubung in beghehender Absicht erlassen. Zahlreiche Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten werden festgenommen. Reichstagskandidaten, unter ihnen der Spitzenkandidat der KPD Ernst Thälmann, werden festgenommen. Die Faschisten erhalten bei den Reichstagswahlen am 5. März über drei Millionen Stimmen dazu und haben 43,9% der Stimmen. KPD und SPD verlieren 500000 Stimmen und kommen zusammen nur noch auf 30,5%. Zwar werten Sozialdemokraten und Kommunisten das Ergebnis als Erfolg, weil Hitler nicht die absolute Mehrheit erhält, aber die reaktionäre Einigungsbewegung ist gestärkt, der faschistische Einfluß bestimmend.

Die Verteidigung im Reichstagsbrandprozeß, der am 21. September vor der IV. Strafkammer des Reichsgerichts in Leipzig begann, ist politisch schwer zu führen, weil in den Monaten nach dem Ermächtigungsgesetz der „legale“ Spielraum zur politischen Verteidigung fast völlig beseitigt worden ist. Georgi Dimitroffs Verteidigung treibt einen Keil ins reaktionäre Lager. Ein Flugblatt, das man bei Dimitroff findet, wird von ihm im Prozeß verfochten: Es enthält politische Festlegungen für die Bildung einer Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten zur Spaltung des reaktionären Lagers. Das Flugblatt, eine Erklärung der Kommunistischen Internationale von Anfang März, bezieht sich auf eine Erklärung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) vom 19. Februar 1933, in der es heißt:

„Gelingt es dem Faschismus in Deutschland, seine Macht zu behaupten und zu befestigen, dann gehen mit der deutschen Demokratie, mit der deutschen Republik die Ergebnisse eines halben Jahrhunderts proletarischen Klassenkampfes verloren ... Wir rufen die deutschen Arbeiter, die Arbeiter aller Länder auf, angesichts der tragischen Gefahren, vor denen sie stehen, die gegenseitigen Angriffe einzustellen und zusammen gegen den Faschismus zu kämpfen. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale war immer bereit, über solche Kampfgemeinschaft mit der Kommunistischen Internationale zu verhandeln, sobald diese sich dazu bereit erklärt.“

Die Kommunistische Internationale erklärt in dem Flugblatt, das Dimitroff dem Gericht verliest:

„Mit Rücksicht darauf, daß kraft der Eigenart der Verhältnisse sowie der Verschiedenheit der vor der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Lande stehenden konkreten Kampfaufgaben ein Abkommen zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien zu bestimmten Aktionen gegen die Bourgeoisie am erfolgreichsten im Rahmen einzelner Länder durchgeführt werden kann, empfiehlt die EKKI den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder, an die Zentralvorstände der SAI angehörenden sozialdemokratischen Parteien mit Vorschlägen über gemeinsame Aktionen gegen den Faschismus und gegen die Offensive des Kapitals heranzutreten. Doch den Verhandlungen zwischen den ein diesbezügliches Abkommen schließenden Parteien müssen die elementarsten Voraussetzungen des gemeinsamen Kampfes zugrunde gelegt werden. Ohne konkrete Aktionsprogramme gegen die Bourgeoisie wäre jegliches Abkommen zwischen den Parteien gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet.“

Auch wenn teilweise auf örtlicher Ebene schon gemeinsame Absprachen zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und bürgerlichen Kräften bestehen, so ist dies auf übergeordneter Ebene nicht anzutreffen. Erst durch den Reichstagsbrandprozeß und die Einheitsfrontpolitik Dimitroffs kommt dies in Bewegung. Dimitroff geht es vor allem um „konkrete Aktionsprogramme“ zur Verteidigung von Rechten der Arbeiter, die die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien schließen müssen. Da die SAI in ihrer Erklärung von der Verteidigung der „Ergebnisse eines halben Jahrhunderts proletarischen Klassenkampfes“ spricht, sind Fortschritte der Einheitsfront möglich.

Im Reichstagsbrandprozeß verteidigt sich Dimitroff auf der Grundlage der gemeinsamen Absicht, noch bestehende oder zumindest formal bestehende Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zu verteidigen. Dimitroff weist dem Gericht und den faschistischen Machthabern nach, wie sie die geringsten Rechte mit

Füßen treten und eine offene Terrordiktatur errichten. Diese Prozeßführung ist nicht nur wegen der fehlenden Beweise gegenüber Dimitroff realistisch, sondern weil es gilt, die bestehenden Differenzen zwischen Konservativen, Liberalen und Faschisten im reaktionären Lager zum Aufbrechen zu bringen. Als die Reichsminister und NSDAP-Spitzen Göring und Goebbels als Zeugen vor dem Gericht erscheinen, kann ihnen Dimitroff durch Fragen die offene, willkürliche, gegen das Volk gerichtete Beseitigung bestehender Rechte nachweisen. Die ganze Spannung kann man nur beim Studium der Zeugenvernehmungen erfahren. Hier aber einige Anhaltspunkte für die Prozeßführung Dimitroffs: Nachdem Dimitroff Göring in der Vernehmung nachweist, daß Göring in einem Presseinterview davon sprach, daß van der Lubbe ein Parteimitgliedsbuch bei sich getragen haben soll, und dies den offensichtlichen Tatsachen nicht entspricht, stellt Dimitroff die Frage:

Dimitroff: „Nachdem Sie als Ministerpräsident und Innenminister die Erklärung abgegeben hatten, daß die Kommunisten die Brandstifter seien, daß die Kommunistische Partei Deutschlands mit Hilfe von van der Lubbe, als ausländischem Kommunisten, das gemacht habe, mußte da nicht diese Ihre Einstellung für die polizeiliche Untersuchung und weiterhin für die richterliche Untersuchung die bestimmte Richtung festlegen und die Möglichkeit ausschalten, andere Wege zu suchen und die richtigen Reichstagsbrandstifter ausfindig zu machen?“

Göring: „Gesetzlich ist für die Kriminalpolizei von vornherein die Anweisung festgelegt, daß sie bei allen Verbrechen ihre Untersuchungen in jeder Richtung vorzutreiben hat, gleichgültig, wohin sie führen, überall, wo Spuren sichtbar werden. Ich selbst aber bin nicht Kriminalbeamter, sondern verantwortlicher Minister, und für mich war es deshalb nicht so wichtig, den einzelnen kleinen Strolch festzustellen, sondern die Partei, die Weltanschauung, die dafür verantwortlich war. Die Kriminalpolizei wird allen Spuren nachgehen, beruhigen Sie sich. Ich hatte nur festzustellen: Ist das Verbrechen außerhalb der politischen Sphäre begangen worden oder ist es ein politisches Verbrechen. Für mich war es ein politisches Verbrechen und ebenso war es meine Überzeugung, daß die Verbrecher in Ihrer (zu Dimitroff) Partei zu suchen sind. (Schüttelt die Fäuste gegen Dimitroff und schreit) Ihre Partei ist eine Partei von Verbrechern, die man vernichten muß! Und wenn die richterliche Untersuchung sich in dieser Richtung hat beeinflussen lassen, so hat sie nur in der richtigen Spur gesucht.“

Goebbels wird über die politische Situation und die Ziele der Nationalsozialisten befragt:

Dimitroff: „Meine Anklage behaupten, daß durch den Reichstagsbrand eine gewaltsame Änderung der deutschen Verfassung erreicht werden sollte. Ich frage, welche Verfassung am 30. Januar und am 27. Februar in Deutschland herrschte?“

Goebbels: „Es herrschte die Verfassung von Weimar. Ob sie gut oder schlecht war, ist belanglos. Aber sie war legal, und wir haben sie anerkannt. Die Änderungen wollten wir nicht den Kommunisten überlassen, sondern wir haben sie uns selbst vorbehalten. Die bereits vorgenommene Verfassungsänderung hielt ich für ungenügend.“

Dimitroff führt den Nachweis, daß die Nationalsozialisten die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie zum Ziel haben und daß der Reichstagsbrand den Faschisten den Vorwand gibt, ein faschistisches Terrorregime zu errichten. Im Prozeß kommt die unmittelbare Kritik am Ermächtigungsgesetz zu kurz. Auch wenn Dimitroff, Popoff, Taneff und Torgler mangels Beweisen freigesprochen werden, so wird van der Lubbe zum Tode verurteilt. Nach der faschistischen Auflösung des Reichstages durch das Ermächtigungsgesetz wird eine Woche später ein Reichsgesetz erlassen, das beinhaltet, daß die Verordnung des Reichspräsidenten zum „Schutz von Volk und Staat“ nicht erst bei ihrer Verkündung in Kraft tritt, sondern bereits schon für die Zeit vom 31. Januar bis zum 28. Februar gilt – also auf die Angeklagten angewandt werden kann.

Das Urteil selber geht noch weiter, indem es davon spricht, „daß die Mittäter van der Lubbes in den Kreisen der KPD zu suchen sind“ und daß die KPD „Urheber“ des Reichstragsbrands ist.

Dimitroffs Prozeßführung hat einen Keil ins reaktionäre Lager getrieben, aber zu einem Zeitpunkt, wo die unumschränkte faschistische Machtergreifung und das Wegfallen jeglicher Formen der Legalität bereits weit fortgeschritten sind. 1935 billigt der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale Dimitroffs Bericht: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus“. Dieser Bericht beruht auf den Erfahrungen im Reichstagsbrandprozeß vor dem Leipziger Reichsgericht.

Quellen: *Dimitroff, Georgi*, Reichstagsbrandprozeß, Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen, Berlin 1978; *Dimitroff, Georgi*, Arbeiterklasse gegen den Faschismus, Bericht vom 2.8.1935 an den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale; *Heuss, Theodor*, Die Machtergreifung und das Ermächtigungsgesetz, Stuttgart 1967; *Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter Internationale*, Internationale Informationen für Presseverbreitung, Zürich 20.2.1933; *Kühnl, Reinhard*, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975; *Ursachen und Folgen*, Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Band 8 und 9, Berlin 1958.

„Humanisierung des Arbeitslebens“

IG Metall enttäuscht über Erfahrung mit Aktionsprogramm

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie erklärte im November stolz, „das Programm ‚Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens‘ hat bereits wichtige Ergebnisse gebracht“. Als Beleg dafür brachte es eine neue Broschüre heraus: „Fortschritt durch Forschung“ und faßte zusammen: „Entwicklung und Erprobung beispielhafter Arbeitsbedingungen, das ist das Ziel des Programms.“ Entgegen den Erfolgsverlautbarungen des Bundesministers stellte das Vorstandsmitglied der IG Metall Karl-Heinz Janzen auf einer Arbeitsschutztagung am 4. Januar fest: Die Erfahrungen der IG Metall mit dem Aktionsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ sind enttäuschend. Es habe den Arbeitern nur sehr wenig gebracht.

Für 800 Projekte hat die Regierung rund 600 Millionen DM im Rahmen des „Humanisierungsprogramms“ bisher gezahlt. Als das „Humanisierungsprogramm“ 1974 begann, stand auf dem Programm der Kapitalisten, die Produktion zu beschleunigen, die Produktionsmittel zügig und umfassend zu erneuern und in diesem Zusammenhang die gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft wirksam zu entwickeln. Sie ließen Untersuchungen darüber durchführen, wie die Arbeitsbedingungen verändert werden mußten, um die geforderte Leistungssteigerung durchzusetzen. Die Kapitalisten entwickelten neue Arbeitsformen, „um betriebliche Probleme zu lösen, die sich aus den Schwierigkeiten bzw. Grenzen der Nutzung von Arbeitskraft ergeben.“ „Die betrieblichen Interessen an der Gestaltung neuer Arbeitsformen ... richten sich zentral auf die Erweiterung der abgeforderten Leistung“, ist die knappe Zusammenfassung aus einem Forschungsbericht im Auftrag des Ministeriums, der im Oktober 1981 veröffentlicht wurde. „Die Nähe vieler Projekte des Programms zu Rationalisierungsmaßnahmen“ hatte der DGB-Bundeskongreß 1978 in dem angenommenen Antrag 31 kritisiert.

Eines der größten Projekte wurde bei VW Salzgitter in der Motorenmontage durchgeführt und 1978 abgeschlossen. Die Erfahrungen der Arbeiter widersprechen den schöngefärbten Behauptungen des Ministeriums. Die IG Metall hatte beteiligte VW-Arbeiter befragt, veröffentlicht in „Gewerkschafter“ 1/77. Anstelle der Montage an Fließbändern montierten in „Montagenestern“ Gruppen von Arbeitern die Motoren komplett zusammen. „Dabei entstand der Eindruck, daß es bei diesem Versuch ... um die Einführung von Einzelakkord geht ... Die Werkleitung will offensichtlich durch die Einführung einer Pensumvorgabe für eine Woche die Leistungen weiter erhöhen.“ Der „Gewerkschafter“ vermutete nicht zu Unrecht: „Daß sich die Volkswagen AG mit Steuergeldern die Möglichkeit schafft, Kleinserien für An- und Auslaufmodelle flexibel zu produzieren.“

Bei „Humanisierungsprojekten“ hat der DGB durchgesetzt, daß der Betriebsrat und Gewerkschaften informiert werden müssen und Anhörungsrechte haben. Die Rechte sind begrenzt, sie sind kein wirksames Mittel, um gegen die Auswirkungen der Rationalisierung zu kämpfen. Der DGB hat daher auf dem Kongreß 1978 gefordert, daß das Betriebsverfassungsgesetz geändert werden muß und die „Mitbestimmung in allen Fragen der Arbeitsorganisation und der Arbeitsgestaltung“ sichergestellt wird.

Oft lief neben dem Projekt eine „Begleitforschung“ einher, die die „sozialen Auswirkungen“ untersuchen sollte, so z.B. Entlassungen aufgrund der geplanten Produktionsänderung, Herabgruppierung, Einwirkungsmöglichkeiten der Vertretungsorgane der Belegschaften. Einen Teil dieser Untersuchungen konnten Gewerkschaften und Betriebsräte verwenden, wenn sie die Forderungen für Betriebsvereinbarungen festlegten. Daß diese Begleitforschung beseitigt wird, forderte die CDU/CSU-Fraktion letzten Oktober im Bundestag: „Keine ideologischen Wunschvorstellungen, wertfreie Orientierung am Menschen“. Die CDU forderte dringlich, daß das Job-Sharing endlich untersucht werden müsse zwecks „humanerer Arbeitswelt“. Vor kurzem wurden die Untersuchungsergebnisse bekannt: Bei Job-Sharing können die Kapitalisten bis zu 30% mehr Leistung herausholen. Im November hat das Forschungsministerium angeordnet, daß die Begleitforschung nur noch über Themen gehen dürfe, die vorher mit der Firmenleitung schriftlich vereinbart wurde.

Bericht über die Lohnstichprobe metallverarbeitende Industrie

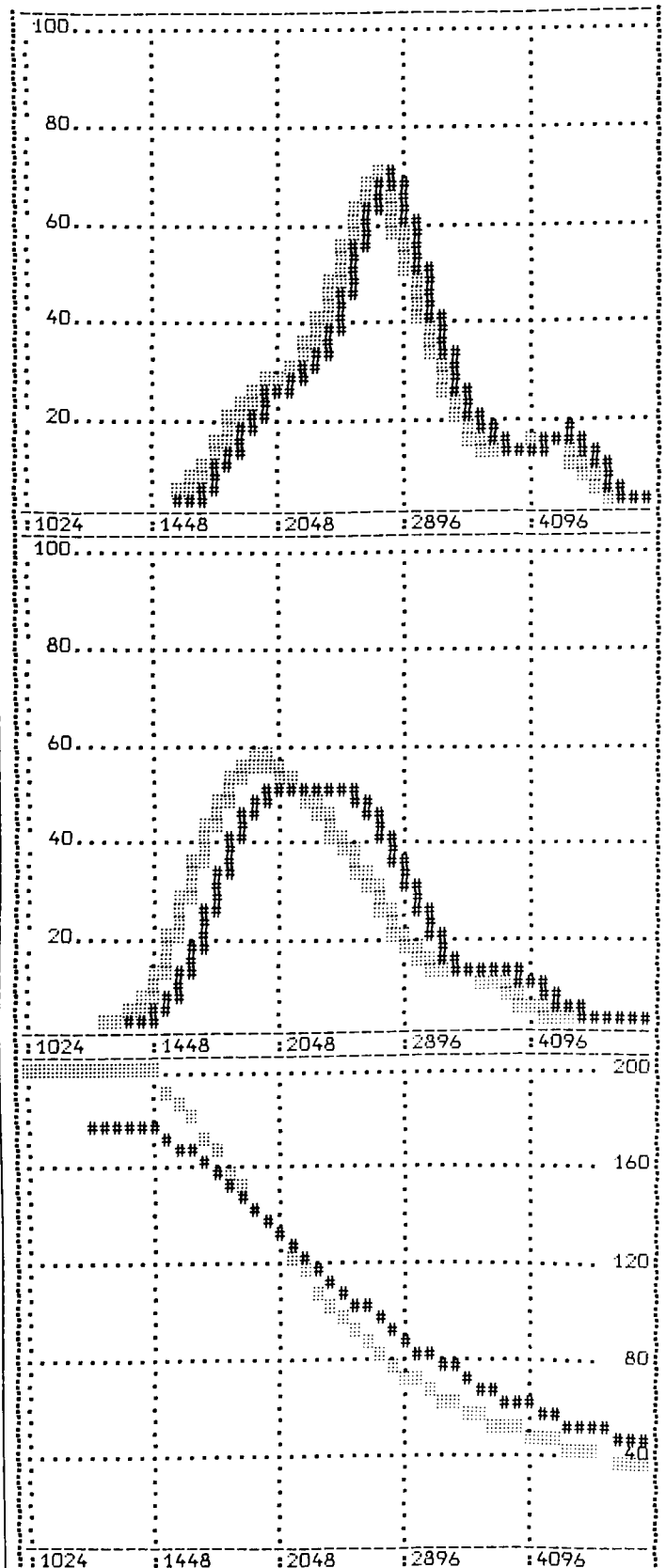
Die Summe der Bewegungen der Löhne und Gehälter kann sehr große Unterschiede im Einzelnen unsichtbar machen. Da der Lohnabhängige von seinem Lohnergebnis leben muß, bildet sich sein erster, starker, spontan prägender Eindruck von der Lohnsituation natürlich entsprechend der Bewegung seiner persönlichen Lohnposition. Um von diesen Bewegungen eine nähere Vorstellung zu bekommen, haben wir eine Lohnumfrage durchgeführt. Der Unterschied zu öffentlich zugänglichen Daten ist systematisch. Neben anderem haben wir nach dem effektiven Bruttoverdienst Juli 1980 und Juli 1981 gefragt und waren bei der Auswertung in der Lage, Einzelbewertungen festzuhalten. In der öffentlich zugänglichen Statistik wirkt sich z.B. der Effekt von Lohngruppenwechseln nicht eindeutig aus. Der Lohnabhängige wandert in die nächsthöhere Leistungsgruppe, wird dort einer verrentet und an seinem Herkunftsort eine junge Arbeitskraft eingestellt, würde sich statistisch vielleicht gar nichts ändern, unser Mann indes hätte seine persönliche Lohnposition um vielleicht 15% verbessert, auch dann, wenn die Inflation 7% betragen hat und die Bewegung der Lohndurchschnitte in den Leistungs- und Tarifgruppen bloß 5% ausmacht. Deswegen also diese besondere Umfrage. Was hat sie ergeben?

1.) Rund 150 Umfragezettel mit jeweils 17 Einzelangaben sind eingegangen. Der nachgewiesene Effektivlohn lag im Durchschnitt erheblich unter dem in der Effektivlohnstatistik ausgewiesenen. Im Gesamtdurchschnitt erzielten die Teilnehmer an unserer Stichprobe 85,5%, bei den Männern 89%, bei den Frauen 94%. Daß der Gesamtdurchschnitt stärker abweicht als bei Frauen und Männern im Einzelnen erklärt sich aus der überdurchschnittlichen Beteiligung von Frauen. Sie stellten an der Stichprobe einen Anteil von knapp 40%, im Durchschnitt der Metallverarbeitenden Industrie jedoch bloß 21,5%. Durch Anpassung der Gewichtsanteile nach weiblichen und männlichen Angestellten und Arbeitern würde sich eine erhebliche Annäherung der Stichprobe an die veröffentlichten Daten erreichen lassen. Vorderhand haben wir es für die Schaubildreihe 1 mit einem Vergleich der Verteilung der Stichprobe mit der Verteilung, die sich aus der Effektivlohnstatistik ergibt, bewenden lassen. Der Vergleich 1a/1b zeigt deutlich genug die strukturelle Ähnlichkeit, die Berechnung 1c zeigt, daß die Abweichung systematisch ist, die Beteiligung im Bereich der Niedriglöhne ist 120 – 180%, im Bereich höherer Einkommen nur noch zwischen 80% und 40%. Diese systematische Abweichung ist zurückzuführen auf die Personen, die die Umfrage durchgeführt haben – sie sind Kommunisten und finden bei höheren Angestellten weniger Resonanz –, und auf den Gegenstand der Umfrage, denn der ist interessanter für die, die weniger verdienen.

2.) Wir haben sodann berechnet, welche Lohn- und Gehaltsveränderung über den Lohnklassen stattgefunden hat. Wir haben die Geldsumme, die 1981 in der jeweiligen Lohnklasse verdient wurde, verglichen mit der Geldsumme, die von denselben Personen ein Jahr vorher erzielt wurde. Dieser Lohndrift ist in der Schaubildreihe 2 dem Lohndrift gegenübergestellt, der sich aus der Effektivlohnstatistik unter der Annahme gleichbleibender und gleich tarifierter Tätigkeit ergibt. Es ergibt sich ein total verschiedenes Bild. Der bei unserer Stichprobe im Durchschnitt aller Fälle erzielte Lohnfortschritt macht fast 10% aus, aus der Effektivlohnstatistik ergeben sich unter 5%. Wie geht das zu?

3.) Das Durchschnittsalter der Teilnehmer an der Stichprobe liegt – wahrscheinlich erheblich – unter dem Durchschnittsalter der Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie. Es liegt insgesamt bei 31 Jahren, bei den Männern bei nicht ganz 32 Jahren, bei den Frauen bei nicht ganz 30 Jahren. In der Schaubildreihe 3 läßt sich sehen, wie sich über den Lohnklassen der Altersdurchschnitt darstellt. Hieraus (und die Lebenserfahrung bestätigt das) ergibt sich: Mit dem Altern geht, jedenfalls in der ersten Lebenshälfte allgemein, ein gewisser Lohnfortschritt Hand in Hand. Bei Frauen ist damit früher Schluß als bei Männern. Die Ersetzung von teureren Arbeitskräften durch billigere stellt sich wahrscheinlich sehr oft als Ersetzung von älteren Lohnabhängigen durch jüngere dar. Eine besondere Schönheit des ganzen Entlohnungssystems erschließt sich. Stellt man sich dermaßen tarifizierte industrielle Arbeit ohne Beschäftigungsschwankungen vor, so wäre möglich, daß Jahr für Jahr jeder Einzelne mehr verdient und die Kapitalisten trotzdem Jahr für Jahr weniger bezahlen müssen. Ein junger Arbeiter erhalte eine ausgesprochene Facharbeit. Er verdient mehr als vorher, aber weniger als der Mann, den er ersetzt und der z.B. verrentet wird. Man versteht plötzlich recht gut, was sich so alles mit der Forderung nach Tarifrente verbinden läßt.

Die Senkung der Kaufkraft der Tarife trifft hiernach mit aller Wahrscheinlichkeit vor allem bei Arbeitern und Angestellten mittleren und höheren Alters mit direktem persönlichen Lohnverlust zusammen. Eine genauere Untersuchung der Lebenslage jener Generation wird erforderlich sein. Nebenbei erklärt sich, wieso die Gewinnung jüngerer Lohnabhängiger für gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaftlichen Kampf so einfach nicht ist und oft ein hohes Maß an Überblick verlangt, auf den daneben Arbeitenden, auf die Zukunftsaussichten.

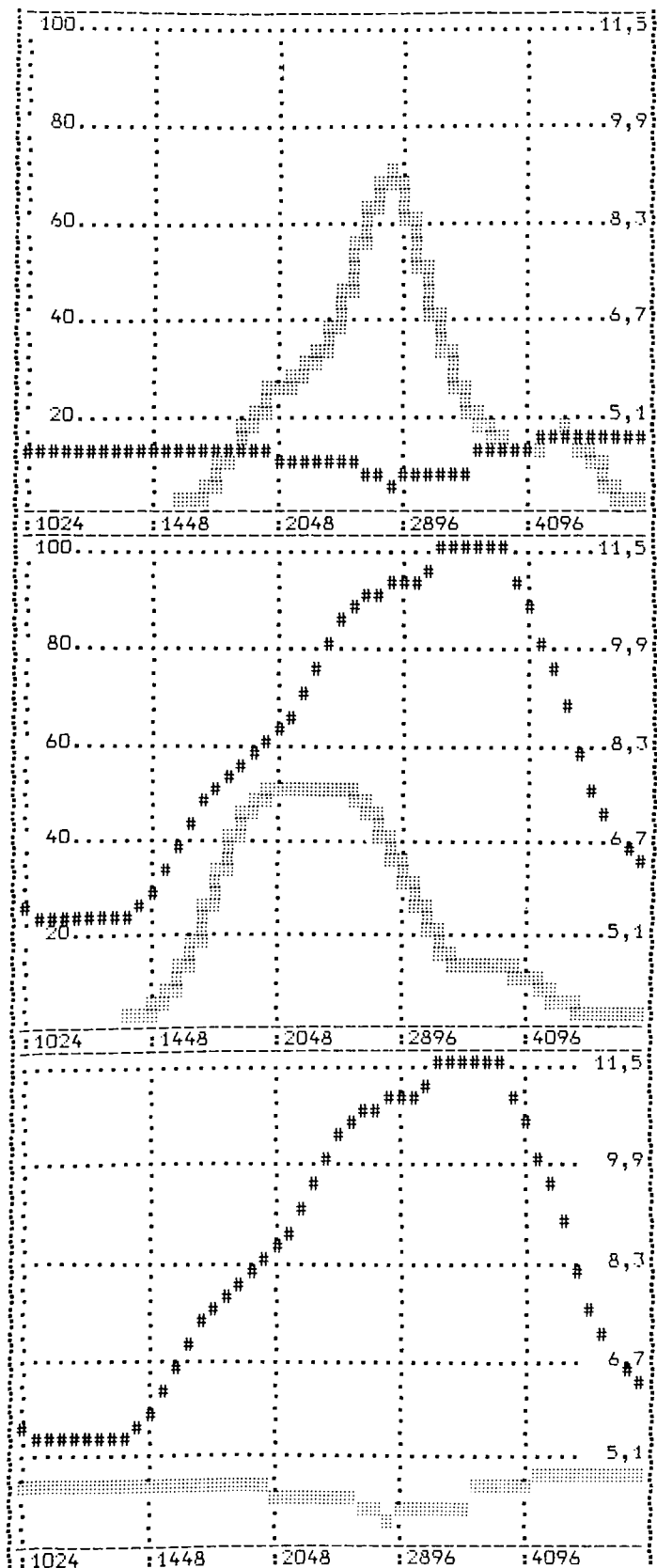


Zu den Schaubildern:

1a) Verteilung Beschäftigte Investitionsgüterindustrie nach Effektivlöhnen Juli 80 (Rasterpunkte) und Juli 81 (Balkenkreuze). Linke Skala: Promille der Grundgesamtheit (80: 3,81 Mio.; 81: 3,75 Mio.)

1b) Verteilung der Lohnstichprobe metallverarbeitende Industrie nach Effektivlöhnen Juli 80 (Rasterpunkte) und Juli 81 (Balkenkreuze). Linke Skala: Promille der Grundgesamtheit

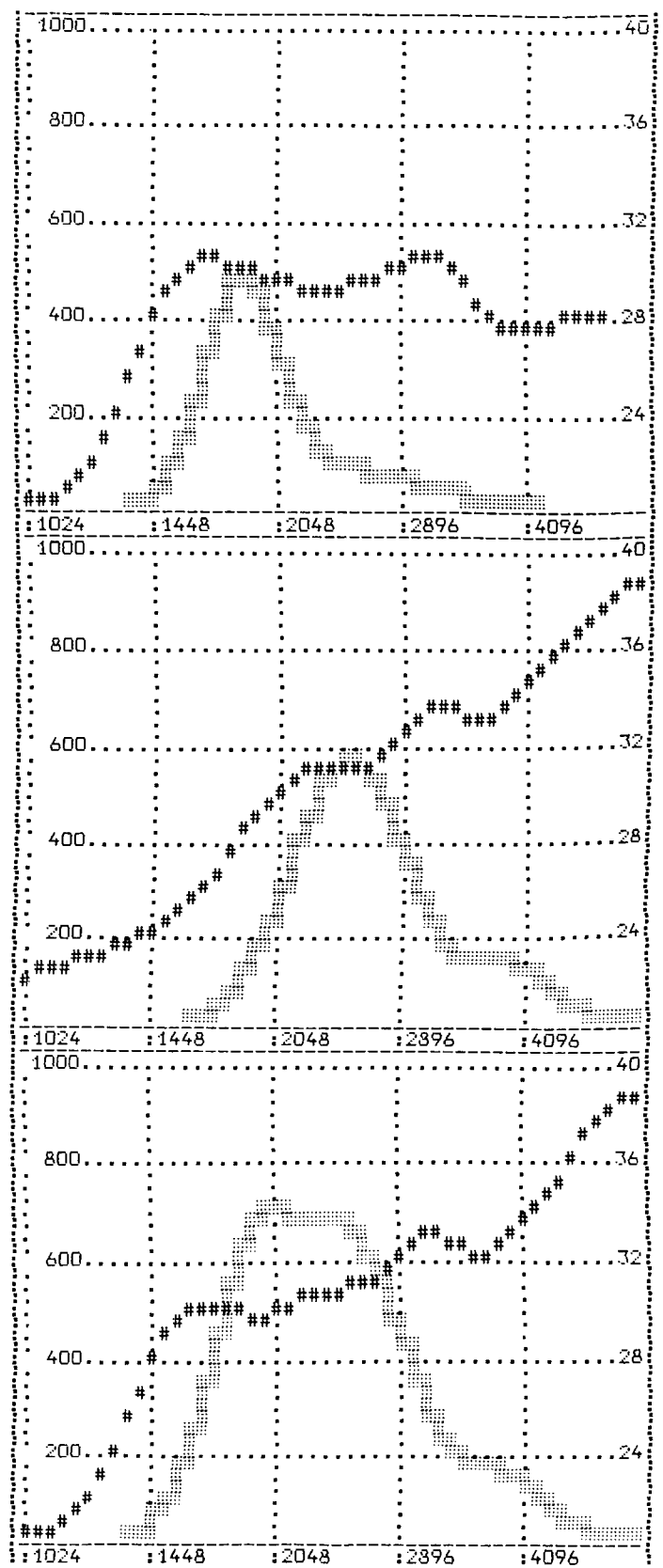
1c) Quotient aus der Belegung der Lohnklassen der Stichprobe zur Belegung der Lohnklassen nach der Effektivlohnverteilung Investitionsgüterindustrie. Juli 80 (Rasterpunkte) und Juli 81 (Balkenkreuze). Skala: Quotient (100 = 1)



2a) Lohndrift Investitionsgüterindustrie von Juli 80 auf Juli 81 nach Lohnklassen (in %, rechte Skala). Balkenkreuze: Lohndrift; Rasterpunkte: Effektivlohnverteilung Investitionsgüterindustrie Juli 81.

2b) Lohndrift Lohnstichprobe metallverarbeitende Industrie Juli 80 auf Juli 81 nach Lohnklassen (in %, rechte Skala). Balkenkreuze: Lohndrift; Rasterpunkte: Effektivlohnverteilung Stichprobe Juli 81.

2c) Lohndrift Lohnstichprobe (Balkenkreuze) und Lohndrift Investitionsgüterindustrie (Rasterpunkte) von Juli 80 auf Juli 81.



3a) Durchschnittsalter (Balkenkreuze) der weiblichen Umfrageteilnehmer, verteilt über den Lohnklassen. Unterlegt die Verteilung ihrer Effektivlöhne. Rechte Skala: Alter; linke Skala: Fälle pro Lohnklasse x 100.

3b) Durchschnittsalter (Balkenkreuze) der männlichen Umfrageteilnehmer, verteilt über den Lohnklassen. Unterlegt die Verteilung ihrer Effektivlöhne (Rasterpunkte). Rechte Skala: Alter; linke Skala: Fälle pro Lohnklasse x 100.

3c) Durchschnittsalter aller Umfrageteilnehmer (Balkenkreuze) unterlegt die Verteilung (Rasterpunkte) der gesamten Stichprobe nach Effektivlöhnen Juli 81. Rechte Skala: Alter; linke Skala: Fälle pro Lohnklasse x 100.

„Ostpolitik“

So oder so: die BRD-Imperialisten wollen die Ernte einholen



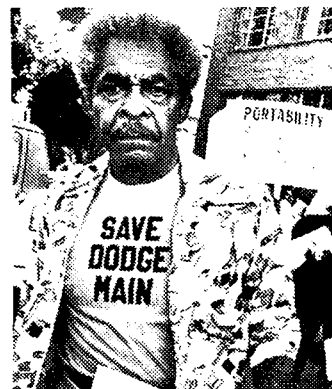
Die NATO ist über die Politik gegen die UdSSR und Polen zerstritten: Die USA wollen der BRD einen Riegel vor Ostpolitik und -geschäft schieben. Auch die CDU/CSU ist scheinbar gegen den „weichen Kurs“ der Regierung. Wo die einen in der Stille das Geschäft abwickeln und die Einmischung erproben, fordern die anderen offene Erpressung und unverhohlene Einmischung. Ergebnis: Die Geschäfte laufen, Revanchismus wird wieder gesellschaftsfähig.

US-Sozialversicherungssystem

Kapitalisten fordern Aufhebung jeglichen Versicherungsschutzes

Wenn es nach den Plänen der US-Kapitalisten und der Reagan-Regierung geht, dann waren die grausamen Kürzungen der Sozialausgaben im letzten Sommer erst der Anfang einer „Generalüberprüfung des Sozialversicherungssystems“. Schon hat die Regierung neue Kürzungen angekündigt, diesmal bei den staatlichen Rentenversicherungen und der Ge-

sundheitsversicherung für die Alten. Sowieso ist in keinem anderen imperialistischen Land der Versicherungsschutz so erbärmlich wie in den USA. So gibt es nur in fünf der 52 Bundesstaaten eine gesetzliche Krankenversicherung. Die meisten Versicherungsrechte der Lohnabhängigen sind bisher nur in Tarifverträgen festgehalten.



Krankenpflege

Auswirkungen der Kostendämpfungspolitik



In kaum einem Krankenhaus kann das Pflegepersonal heute einen Patienten „bei der Durchführung jener Handlungen unterstützen, die zur Gesundheit oder zur Wiederherstellung (oder zu einem friedlichen Tod) beitragen, die er selbst ausführen würde, wenn er über die erforderliche Kraft, den Willen und das Wissen verfügte.“ (aus: Henderson, Grundregeln der Krankenpfle-

ge). Die Auswirkungen der Kostendämpfungspolitik haben die Hoffnung vieler Krankenschwestern, daß mit dem Fortschritt der medizinischen Wissenschaft und durch den Einsatz technischer Hilfsmittel und Einwegmaterial in den Krankenhäusern die eigentliche Krankenpflege verbessert wird bzw. mehr Zeit für sie da ist, bitter enttäuscht. Dazu Berichte aus Hamburg.

Frankreich

Im Lande (der Region) leben, entscheiden, arbeiten!

Unter dieser Forderung demonstrierten unter Giscard immer wieder Tausende, um gegen Monopolisierung und Stärkung des zentralisierten staatlichen Gewaltapparates zu protestieren. Ökonomische, politische und kulturelle Entscheidungsbefugnisse für Regionen und Kommunen sowie Kontrollrechte der Gewerkschaften wurden verlangt. Entspricht der Gesetzentwurf über die Dezentralisierung diesen Wünschen?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/51 74 57

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57